

Antrag 1/III/2024
Landesvorstand
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen.

1 11 Präambel 2Die Menschen
2 in Brandenburg haben in den
3 letzten Jahrzehnten unter schwie-
4 rigen Bedingungen hart ange-
5 packt, viel geschafft und auch
6 klare Fortschritte erzielt. Bran-
7 denburg hat sich besser als
8 andere Bundesländer entwi-
9 ckelt. Die Wirtschaft ist modern
10 aufgestellt, die Arbeitslosigkeit
11 liegt auf niedrigem Niveau, Men-
12 schen ziehen zu uns. Gleichzeitig
13 befindet sich Deutschland in
14 einer Rezession. Unternehmen
15 drohen abzuwandern. Deswegen
16 stehen wir auch in Brandenburg
17 vor großen Herausforderun-
18 gen – unter anderem wegen
19 Kaufkraftverlusten und hohen
20 Preisen, besonders für Energie.
21 Diese überfordern nicht nur
22 viele Unternehmen, sondern
23 auch Menschen mit geringen
24 Einkommen oder Renten. Wir
25 werden unseren Bürgerinnen
26 und Bürgern zur Seite stehen,
27 ihre Ängste und Alltagssorgen
28 ernst nehmen und dafür sorgen,

29 dass niemand zurückgelassen
30 wird.

31 Der Erfolgsgeschichte Branden-
32 burgs wollen wir in der zweiten
33 Hälfte dieses Jahrzehnts neuen
34 Schwung verleihen. Es muss ei-
35 nen Vorrang für Investitionen ge-
36 ben. So können wir zu spürbaren
37 Verbesserungen und einer zuver-
38 sichtlichen Zukunft für die Bür-
39 gerinnen und Bürger in Branden-
40 burg beitragen, Wohlstand aus-
41 bauen und sichern. Ziel ist u. a.
42 die Senkung der Energiekosten.
43 Gleichzeitig bedarf es einer bes-
44 seren Bildungspolitik und mehr
45 Blick auf eine gute Entwicklung in
46 den ländlichen Räumen.

47 Bedrohungen von Frieden, Wohl-
48 stand und Zusammenhalt neh-
49 men zu. Der völkerrechtswidrige
50 Krieg Russlands gegen die Ukrai-
51 ne erschüttert Europa.

52 Brandenburg ist durch Artikel 2
53 Absatz 1 seiner Verfassung dem
54 Frieden verpflichtet und strebt
55 die Zusammenarbeit mit ande-
56 ren Völkern an. Dazu gehört, ak-
57 tiv zur Sicherung des Friedens
58 beizutragen und ein Bekenntnis
59 zur internationalen Zusammen-
60 arbeit. Dieses politische Ziel be-
61 steht losgelöst von der Zuständig-
62 keit des Bundes für die Außen-

63 und Verteidigungspolitik.

64 Wir nehmen die Sorgen der Bür-
65 gerinnen und Bürger ernst, dass
66 sich der Krieg ausweitet und da-
67 mit das Risiko besteht, dass auch
68 Deutschland in eine sich immer
69 schneller drehende Kriegsspira-
70 le hineingezogen wird. Der Krieg
71 wird nicht durch weitere Waffen-
72 lieferungen beendet werden kön-
73 nen.

74 Wir sind übereingekommen, dass
75 wir uns im Sinne der Charta
76 der Vereinten Nationen und des
77 Budapester Memorandums auf
78 Bundesebene und auf Ebene der
79 Europäischen Union dafür ein-
80 setzen, eine diplomatische Lö-
81 sung des Ukraine Konflikts und
82 den Abbau der damit verbunde-
83 nen Spannungen innerhalb Eu-
84 ropas durch Verhandlungen mit
85 den Konfliktparteien mit dem Ziel
86 von Waffenstillstand und dauer-
87 haftem Frieden voranzutreiben.
88 Wir sehen vor diesem Hinter-
89 grund die geplante Stationierung
90 von Mittelstrecken- und Hyper-
91 schallraketen auf deutschem Bo-
92 den kritisch. Es braucht konkrete
93 Angebote, um wieder zu Abrüs-
94 tung und Rüstungskontrolle zu
95 kommen.

96 Wir setzen uns für eine breit an-

97 gelegte gesellschaftliche Debat-
98 te zu diesen Themen ein. Wir
99 stimmen darin überein, dass für
100 Frieden und Sicherheit die Ver-
101 teidigungsfähigkeit unseres Lan-
102 des von großer Bedeutung ist
103 und die Fähigkeit der Bundes-
104 wehr zur Verteidigung gestärkt
105 werden muss. Deswegen stehen
106 wir zur Bundeswehr und ihren
107 Brandenburger Standorten.

108 Es ist unsere gemeinsame Ver-
109 antwortung, Politik für die Men-
110 schen im Land zu machen. Sie
111 erwarten Verlässlichkeit und Si-
112 cherheit – im Dorf, wie in der
113 Stadt, im Alter, wie in der Ju-
114 gend. Neuer Wohlstand muss ge-
115 schaffen und bestehender gesi-
116 chert werden. Die Menschen ha-
117 ben die klare Erwartung, dass
118 der Staat funktioniert, dass er
119 für sie, die Bürgerinnen und Bür-
120 ger, da ist. Wir wollen, dass alle
121 Brandenburgerinnen und Bran-
122 denburger von einer guten wirt-
123 schaftlichen Entwicklung profitie-
124 ren. In der Verkehrspolitik wollen
125 wir gute Anbindungen auch der
126 ländlichen Regionen. Wir unter-
127 stützen alle Verkehrsmittel.

128 Wir müssen Brandenburg in der
129 Bildung nach vorn bringen und
130 die Qualität in Kita und Schu-

131 le verbessern. In der Grundschu-
132 le legen wir einen Schwerpunkt
133 auf die Vermittlung der Kernkom-
134 petenzen Lesen, Schreiben und
135 Rechnen. Wir führen verbindliche
136 Lehrpläne ein und stärken die
137 Berufsorientierung in der Schu-
138 le. Die Beitragsentlastung aus
139 dem Brandenburg-Paket entfris-
140 ten wir.

141 Wir bauen Bürokratie in allen
142 Bereichen ab und digitalisieren
143 die Verwaltung effektiv. Wir wer-
144 den die Rahmenbedingungen so
145 gestalten, dass Industrie, Mittel-
146 stand, Handwerk und Landwirt-
147 schaft gute Entwicklungschancen
148 erhalten. Wir wollen praktika-
149 ble Lösungen ermöglichen, die
150 den Bedürfnissen gerecht wer-
151 den und verständlich, funktional
152 und dienlich sind.

153 Die Krankenhausplanung ist und
154 bleibt Sache des Landes. Wir wol-
155 len alle Krankenhausstandorte
156 erhalten und die wohnortnahe
157 Gesundheitsversorgung stärken.
158 Um aus den Maßnahmen zur Ab-
159 wehr der Corona-Pandemie für
160 die Zukunft die richtigen Schlüs-
161 se zu ziehen, setzen wir eine
162 Enquetekommission ein. Sie soll
163 herausarbeiten, wie staatliche
164 Eingriffe in die Freiheitsrech-

165 te unter dem Grundsatz der
166 Verhältnismäßigkeit so gering
167 wie möglich gehalten werden
168 können, wie unser Gesundheits-
169 system für die Bewältigung von
170 Pandemien aufgestellt ist und
171 welche Maßnahmen zur Gefah-
172 renabwehr und zum Schutz der
173 Menschen erfolgreich waren.
174 Dazu gehören auch Beratungen
175 über ein Corona-Amnestiegesetz.
176 In Brandenburg leben und arbei-
177 ten Menschen aus der ganzen
178 Welt. Sie sind hier willkommen.
179 Es braucht die Zuwanderung
180 von Fach- und Arbeitskräften.
181 Asylberechtigten Personen bietet
182 es Schutz. Brandenburg un-
183 terstützt alle geeigneten und
184 rechtssicheren Maßnahmen zur
185 Eindämmung, Verhinderung und
186 Zurückweisung von irregulärer
187 Migration. Wir bekräftigen die
188 „Gemeinsame Erklärung der
189 Landrätekonferenz zum Thema
190 Migration und Sicherheit“ vom
191 6. September 2024 und werden
192 diese konsequent umsetzen.
193 Wir wollen Polarisierungen
194 und gesellschaftliche Gräben
195 überwinden. Dafür wollen wir
196 bestehende Dialogformate fort-
197 setzen und neue schaffen. In
198 Brandenburg diskutieren wir

199 offen und unvoreingenommen
200 miteinander.

201 Wir streben eine Reform des
202 Öffentlich-Rechtlichen Rund-
203 funks mit schlankeren, effiziente-
204 ren Strukturen mit dem Ziel eines
205 stabilen Rundfunkbeitrages für
206 die nächsten Jahre an.

207 Wir gestalten eine verantwor-
208 tungsbewusste und seriöse
209 Finanzpolitik, die dem Interesse
210 der Allgemeinheit dient. Der
211 Landeshaushalt steht nach meh-
212 reren Krisenjahren vor großen
213 Herausforderungen. Für die
214 politische Handlungsfähigkeit
215 ist eine dauerhaft tragfähige
216 Gestaltung von Einnahmen
217 und Ausgaben unabdingbare
218 Voraussetzung. Die politischen
219 Vorhaben werden hinsichtlich
220 des Umfangs und Zeitrahmens
221 der Umsetzung entsprechend
222 priorisiert. Ziel ist immer, spür-
223 bare Verbesserungen für die
224 Menschen im Land zu schaffen.
225 ³2 Wirtschaft, Arbeit, Ener-
226 gie und Bürokratieabbau ⁴2.1
227 Wirtschaft Die wirtschaftliche
228 Entwicklung geht in Brandenburg
229 seit vielen Jahren voran. Unsere
230 Heimat Brandenburg hat sich
231 besser als andere Bundeslän-
232 der entwickelt. Die Wirtschaft

233 ist modern aufgestellt, die Ar-
234 beitslosigkeit liegt auf niedrigem
235 Niveau. Gleichzeitig befindet sich
236 Deutschland in einer Rezessi-
237 on. Der Krieg Russlands gegen
238 die Ukraine hat weitreichende
239 Sanktionen zur Folge. Diese
240 bringen auch Nachteile für un-
241 sere Wirtschaft. Diplomatische
242 Friedensbemühungen müssen
243 auch die Normalisierung der
244 wirtschaftlichen Beziehungen
245 zum Ziel haben.

246 Aus diesen Gründen ist heute ein
247 klares Bekenntnis zu Industrie
248 und Wirtschaft und dem Erhalt
249 und Ausbau von Arbeitsplätzen
250 im Land notwendig. Ohne erfolg-
251 reiche Industrie und Wirtschaft
252 können wir unseren Wohlstand
253 weder sichern noch steigern. Die
254 Koalition steht daher für eine
255 aktive Industrie- und Wirtschafts-
256 politik. Die 2024 beschlossene
257 Industriestrategie wird weiter
258 umgesetzt und bei Bedarf sich
259 ändernden Rahmenbedingungen
260 angepasst. Die Landwirtschaft
261 ist ein wichtiger Bestandteil der
262 Brandenburger Wirtschaft. Wir
263 fördern Wertschöpfungsket-
264 ten in der Landwirtschaft als
265 Verbindung zwischen Produ-
266 zenten, weiterverarbeitender

267 Ernährungswirtschaft und den
268 Verbraucherinnen und Verbrau-
269 cher.

270 Dabei ist es besonders wichtig,
271 – neben der anhaltend struktur-
272 prägenden Grundstoffindustrie
273 – auch den Mittelstand und
274 das Handwerk mit ihrer beson-
275 deren wirtschaftspolitischen
276 Bedeutung im Blick zu behalten.
277 Deshalb wird die Koalition die
278 Rahmenbedingungen so gestal-
279 ten, dass Industrie, Mittelstand,
280 Handwerk und Gewerbe gute
281 Entwicklungschancen erhalten.

282 Um die wirtschaftliche Entwick-
283 lung erfolgreich fortzusetzen,
284 braucht Brandenburg genügend
285 Fachkräfte. Dafür müssen wir
286 allen Menschen in Brandenburg
287 den Weg in stabile Beschäfti-
288 gungsverhältnisse ermöglichen.
289 Wir müssen ebenso Fachkräfte
290 aus anderen Regionen für ein
291 Leben und Arbeiten in Branden-
292 burg gewinnen.

293 Die Kooperation mit unseren pol-
294 nischen Nachbarn als unserem
295 wichtigsten europäischen Han-
296 delspartner ist für uns weiterhin
297 von hohem Stellenwert. Die wirt-
298 schaftliche Zusammenarbeit mit
299 unserem Nachbarland wollen wir
300 deshalb ausbauen. Dabei wollen

301 wir vor allem kleine und mitt-
302 lere Unternehmen aus Branden-
303 burg und Polen dabei unterstüt-
304 zen, besser und einfacher Kon-
305 takte zu knüpfen.

306

307 **Stärkung des Mittelstandes**

308 Die Koalition sieht die kleinen
309 und mittleren Unternehmen
310 (KMU) als tragende Säule der
311 brandenburgischen Wirtschaft.
312 Eine zentrale Aufgabe bleibt
313 es, ihre Investitions- und Inno-
314 vationskraft zu stärken sowie
315 ihre Wettbewerbsfähigkeit am
316 Markt zu erhöhen. Ein besonde-
317 rer Fokus liegt hierbei auf der
318 Unterstützung von KMU bei der
319 Bewältigung von Transformation,
320 bei öffentlichen und privaten
321 Zukunftsinvestitionen und wett-
322 bewerbsfähigen Energiepreisen.
323 Entscheidend sind verlässliche
324 und auf den Mittelstand ange-
325 passte Rahmenbedingungen.
326 Dazu wird die Koalition Entlas-
327 tungen von bürokratischem Auf-
328 wand für KMU auf Landesebene
329 erarbeiten und die bestehenden
330 Förderverfahren vereinfachen.
331 Auch auf Bundesebene wird
332 sich die Koalition intensiv für
333 einen praxisgerechten Abbau
334 bürokratischer Anforderungen,

335 das Vermeiden zusätzlicher
336 Berichtspflichten und eine Be-
337 schleunigung von Planungs-
338 und Genehmigungsverfahren
339 einsetzen. Die Koalitionspartner
340 stimmen darin überein, dass
341 ein Bürokratieabbau nicht zu
342 Lasten der Beschäftigten und
343 ihrer Arbeitsrechte gehen darf.

344 Die Koalition wird das Außenwirt-
345 schaftskonzept in Abstimmung
346 mit den Kammern und weiteren
347 Partnern aktualisieren und da-
348 mit die außenwirtschaftliche Ba-
349 sis im brandenburgischen Mittel-
350 stand ausweiten.

351 Die Koalition legt daneben Au-
352 genmerk auf gelingende Unter-
353 nehmensnachfolgen und die Aus-
354 weitung von Technologietrans-
355 fers von den Brandenburgischen
356 Hochschulen in die Unterneh-
357 men.

358 Messen stellen ein wichtiges
359 Instrument der Wirtschaftsför-
360 derung für die Unternehmen
361 im Land Brandenburg dar. Das
362 Zusammenspiel aller Akteure in
363 der Hauptstadtregion wird dabei
364 kontinuierlich weiterentwickelt
365 und begleitet. Die alle zwei Jahre
366 stattfindende Internationale
367 Luft- und Raumfahrtausstellung
368 (ILA) ist die einzige Industriemes-

369 se in Ostdeutschland und das
370 Aushängeschild der Luft- und
371 Raumfahrtindustrie in Deutsch-
372 land. Wir stellen die landesseitige
373 Finanzierung der ILA sicher und
374 entwickeln die Messe weiter.

375

376 **Neuansiedlungen und Umbau**
377 **bestehender Wirtschaftsstand-**
378 **orte**

379 Wir werden die Transformation
380 unserer Wirtschaft durch den
381 Erhalt bestehender und den
382 Aufbau bzw. die Ansiedlung
383 neuer Industrien und Techno-
384 logien befördern. So gilt es,
385 z. B. den Aufbau neuer Wert-
386 schöpfungsketten im Bereich
387 der Zukunftstechnologien (u. a.
388 E-Mobilität, Batterietechnologie,
389 Wasserstoff) zu unterstützen.
390 Hierzu sollen gemeinsam mit
391 den Kommunen die Entwicklung
392 strukturpolitisch bedeutsamer
393 Gewerbeflächen vorangebracht
394 und kommunale, universitäre
395 oder unternehmensnahe Inno-
396 vationsorte entwickelt werden.
397 Die Koalition wird die Gemein-
398 schaftsaufgabe "Verbesserung
399 der regionalen Wirtschaftsstruk-
400 tur" schwerpunktmäßig auf die
401 wirtschaftsnahe kommunale
402 Infrastruktur ausrichten.

403 Zugleich sollen bestehende
404 Industrien und Standorte wie
405 z. B. Schwedt, Eisenhüttenstadt,
406 Rüdersdorf oder Brandenburg
407 an der Havel gestärkt bzw. in
408 ihrer Transformation begleitet
409 werden. Dabei hat die Koalition
410 im Blick, dass es Industriezweige
411 gibt, in deren Produktions-
412 prozessen zwangsläufig CO₂
413 freigesetzt wird. Wir unter-
414 stützen diese Unternehmen
415 dabei, die europäischen Vorga-
416 ben zur CO₂-Reduzierung mit
417 technologieoffenen und wettbe-
418 werbsorientierten Lösungen zu
419 erreichen.

420 Von herausragender Bedeutung
421 für den Wohlstand in Branden-
422 burg und in ganz Deutschland
423 ist eine wettbewerbsfähige Stahl-
424 industrie. Stahl ist ein unver-
425 zichtbarer Grundpfeiler der in-
426 dustriellen Wertschöpfung. Ins-
427 besondere der „grüne Stahl“, der
428 mit deutlich reduziertem CO₂-
429 Ausstoß produziert wird, ist ein
430 Schlüsselmaterial für Branden-
431 burgs Mobilitäts- und Energie-
432 wende. Damit die Wettbewerbs-
433 fähigkeit der Stahlindustrie wie-
434 derhergestellt und Arbeitsplät-
435 ze langfristig gesichert werden,
436 muss die Transformation erfolg-

437 reich gelingen.

438 Um diesen Umbau möglichst un-
439 bürokratisch zu gestalten und
440 Abläufe zu beschleunigen, wird
441 die Koalition Genehmigungsbe-
442 hörden stärken und in ihrer Ar-
443 beit fördern. Zur Stärkung der
444 Wirtschaft wird die Koalition Bü-
445 rokratie abbauen und Genehmi-
446 gungen vereinfachen.

447 Instrumente zur Reduzierung
448 des Treibhausgasausstoßes,
449 wie CO2-Preise, dürfen nicht zu
450 sozialen Verwerfungen im Land
451 führen und den Unternehmens-
452 standort Deutschland gefährden.
453 Die Koalition setzt sich daher
454 dafür ein, Änderungen herbei-
455 zuführen und sozialen Ausgleich
456 sicherzustellen.

457

458 **Handwerk**

459 Das Handwerk ist mit fast 40.000
460 Betrieben und über 160.000
461 Beschäftigten ein zentraler
462 Pfeiler der brandenburgischen
463 Wirtschaft. Die Koalition wird
464 das Handwerk bei wesentlichen
465 Herausforderungen wie Digita-
466 lisierung und der Gewinnung
467 von Auszubildenden und Fach-
468 kräften unterstützen. Auch der
469 Fortbestand und die Qualität der
470 Betriebe sollen gesichert werden.

471 Die Koalition wird gemeinsam
472 mit den brandenburgischen
473 Handwerkskammern und den
474 Sozialpartnern Unterstützungs-
475 angebote im Rahmen eines neu
476 aufgelegten Aktionsprogramms
477 „Zukunft des Handwerks im Land
478 Brandenburg“ erarbeiten und
479 umsetzen.

480 Der Meisterabschluss spielt eine
481 entscheidende Rolle, da er einen
482 hohen Qualitätsstandard setzt
483 und oft Voraussetzung für die
484 Gründung oder Übernahme
485 eines Handwerksbetriebs ist. Auf
486 Bundesebene setzt sich die Koali-
487 tion dafür ein, die Kosten für die
488 Meisterfortbildung abzuschaf-
489 fen, um die Meisterausbildung
490 der kostenfreien Hochschul-
491 ausbildung gleichzustellen.
492 Das bewährte Instrument der
493 Meistergründungsprämie wird
494 fortgeführt und die Abrechnung
495 vereinfacht.

496

497 **Tourismus**

498 Der Tourismus in Brandenburg
499 leistet einen wichtigen Beitrag
500 zur regionalen Wertschöpfung,
501 sorgt für Lebensqualität und trägt
502 maßgeblich zum Erhalt von Infra-
503 strukturen im ländlichen Raum
504 bei. Unsere landschaftlichen und

505 kulturellen Schätze ziehen Gäste
506 aus dem In- und Ausland an und
507 stärken die lokale Wirtschaft. Die
508 Koalition möchte Brandenburg
509 als wachsende Tourismusregion
510 gemeinsam mit dem Tourismus-
511 marketing Brandenburg, den Ver-
512 bänden und Unternehmen wei-
513 ter fördern und ausbauen. Da-
514 zu unterstützt sie die wach-
515 tumsstarken Sparten des Touris-
516 mus im Land wie Naturerlebnis-
517 se, Wassertourismus, Städterei-
518 sen, Gesundheitstourismus, Rad-
519 und Wandertourismus sowie Kur-
520 und Bädertourismus.

521 Touristische Unternehmen un-
522 terstützen wir im Sinne der
523 Tourismusstrategie bei ihren
524 Investitionstätigkeiten. Beson-
525 ders wichtig sind hierbei digitale
526 Angebote.

527 Wir setzen uns im Bund für steu-
528 erliche Erleichterungen ein, um
529 unsere Betriebe in wirtschaft-
530 lich herausfordernden Zeiten zu
531 unterstützen und ihre Wettbe-
532 werbsfähigkeit zu sichern.

533

534 **Digitalisierung und Künstliche** 535 **Intelligenz (KI)**

536 Digitalisierung bietet wertvolle
537 Chancen für Innovation und
538 Produktivität, für die Ansied-

539 lung von Unternehmen sowie
540 für eine zukunftsfähige, re-
541 siliente Gesellschaft in allen
542 Landesteilen Brandenburgs. Die
543 Koalition betrachtet deshalb
544 den flächendeckenden Zugang
545 zu einem zuverlässigen, giga-
546 bitfähigen Festnetz und zur
547 Mobilfunkversorgung als Teil der
548 Daseinsvorsorge. In Branden-
549 burg soll es künftig weder „weiße
550 Flecken“ ohne schnelles Inter-
551 net noch „graue Flecken“ ohne
552 Glasfaseranschluss geben. In Re-
553 gionen, in denen dieser Ausbau
554 aus wirtschaftlichen Gründen
555 nicht realisierbar ist, wird gezielt
556 gefördert. Das Land plant, die
557 vom Bund bereitgestellten Mit-
558 tel für den Glasfaserausbau in
559 brandenburgischen Regionen zu
560 ergänzen.

561 Die Koalition wird die bereits be-
562 stehenden KI-Strategien fortent-
563 wickeln. Mit Blick auf die wirt-
564 schaftliche Entwicklung sind be-
565 sonders die Handlungsfelder di-
566 gitale Infrastruktur, Best Practi-
567 ce und Leuchtturmprojekte – et-
568 wa in der Medienwirtschaft oder
569 der Logistik – unter gleichzei-
570 tiger Nutzarmachung von För-
571 dermitteln von Bundes- und EU-
572 Ebene, die Verfügbarkeit sicherer

573 Daten und strategische Untersu-
574 chungen zur Ansiedlung von Re-
575 chenzentren sowie der Kompe-
576 tenzaufbau bei KI und Sicherstel-
577 lung guter Arbeitsplätze wichtig.

578

579 **Medienwirtschaft**

580 Die Koalition verfolgt das Ziel,
581 für die Medien- und Kreativ-
582 wirtschaft weiterhin attraktive
583 Förder- und Unterstützungs-
584 bedingungen zu schaffen, um
585 das Wachstum der Branche
586 nachhaltig zu sichern.

587 Für eine zukunftsfeste Film- und
588 Medienproduktion sollen medi-
589 entechnologische Entwicklungen
590 mit hohem Wirtschaftspoten-
591 tial, wie Künstliche Intelligenz,
592 aktiv mitgestaltet werden. Auch
593 Formate für die Vernetzung und
594 Sichtbarmachung der Kultur-
595 und Kreativwirtschaft sollen
596 fortgesetzt und weiterentwickelt
597 werden. Dies betrifft insbeson-
598 dere den Ausbau des MediaTech
599 Hub Potsdam.

600 Angesichts sich wandelnder Me-
601 dienmärkte und einer Neuaus-
602 richtung der Förderlandschaft
603 auf Bundesebene soll die Film-
604 und Medienförderung in Bran-
605 denburg sowohl förderpolitisch
606 als auch strukturell weiterentwi-

607 ckelt werden, um insbesondere
608 den Filmstandort Babelsberg
609 auch in den kommenden Jahren
610 sichern zu können. Dazu un-
611 terstützen wir die Novelle der
612 Filmförderung auf der Bundes-
613 ebene.

614 Die Medienboard Berlin-
615 Brandenburg GmbH steht mit
616 den durch sie geförderten Filmen
617 und neuen Medienprojekten als
618 Aushängeschild für den Medi-
619 enstandort Berlin-Brandenburg
620 und erzielt dabei bedeutende
621 regionale Effekte. Die Medien-
622 anstalt Berlin-Brandenburg und
623 ihre Projekte werden auch in
624 Zukunft die notwendige Un-
625 terstützung erhalten, um ihre
626 wichtige Rolle weiterhin zu
627 erfüllen.

628 **Gründen in Brandenburg**

629 Die Koalition möchte Branden-
630 burg als Standort für Start-ups
631 weiter etablieren. Hierzu soll
632 die Gründungsoffensive weiter
633 umgesetzt und mit bestehenden
634 Strategien verzahnt werden.
635 Zusätzlich sollen Hürden der
636 Bürokratie abgebaut und die
637 Potenziale der Nähe zur Bundes-
638 hauptstadt ausgereizt werden.
639 Hierbei möchte die Koalition die
640 enge Zusammenarbeit vor allem

641 im Bereich Standortwerbung,
642 Unternehmensakquisition, Start-
643 ups, Internationalisierung und
644 regionale Wirtschaftsentwicklung
645 weiter vertiefen.

646 Die Koalition unterstützt Pro-
647 gramme, um erfolgreiche
648 Unternehmensnachfolgen zu
649 organisieren.

650 Gleichzeitig ist es der Koalition
651 ein besonderes Anliegen, Un-
652 ternehmensgründungen durch
653 Frauen zu unterstützen und mit
654 geeigneten Instrumenten zu
655 begleiten.

656 Die Koalition unterstützt die
657 in Vorbereitung befindlichen
658 Start-up-Zentren. Zur besseren
659 Finanzierung der dort ansässigen
660 Start-ups plant die Koalition, den
661 Eigenkapitalfonds aufzustocken.
662 Für effektive Beratung und Koor-
663 dination der Gründerzentren und
664 Gründerinnen und Gründer in al-
665 len Regionen richten die Koalition
666 einen GründerHub Brandenburg
667 ein. Die Erfahrungen mit der
668 Meistergründungsprämie und
669 dem Startgeld Lausitz werden
670 wir auswerten. Darauf aufbau-
671 end prüfen wir, künftig einen
672 landesweit verfügbaren Grün-
673 dungszuschuss anzubieten.

674

675 **Innovationen und Technologie-**
676 **transfer**

677 Innovationen und Innovations-
678 transfers sind ein zentraler
679 Ansatzpunkt für die Stärkung
680 und den Ausbau des Wirt-
681 schäftsstandortes Brandenburg.
682 Grundlage unserer Innovations-
683 förderung ist die gemeinsame
684 Innovationsstrategie mit Ber-
685 lin, innoBB2025. Die Koalition
686 wird die innoBB2025 unter Be-
687 rücksichtigung der besonderen
688 Potentiale der brandenburgi-
689 schen Wirtschaft überprüfen und
690 weiterentwickeln.

691

692 ⁵2.2 Arbeit und Fachkräfte
693 An der erfolgreichen Entwicklung
694 von Brandenburgs Wirtschaft ha-
695 ben unsere großen Unterneh-
696 men, vor allem aber die vielen
697 Klein- und Mittelstandsunterneh-
698 men und das Handwerk entschei-
699 denden Anteil. Die Koalition wird
700 weiter daran arbeiten, dass alle
701 Brandenburgerinnen und Bran-
702 denburger von dieser guten Ent-
703 wicklung profitieren.

704 Nach wie vor besteht ein Abstand
705 zwischen dem Entgelt von Män-
706 nern und Frauen. Diese Lohnlü-
707 cke gilt es auch in Brandenburg
708 zu schließen.

709 Eine besondere Bedeutung
710 gewinnt dabei auch die Aus-
711 und Weiterbildung berufstätiger
712 Menschen, um eine dauerhaf-
713 te Berufstätigkeit in einer sich
714 verändernden Arbeitswelt zu er-
715 halten. Die Koalition unterstützt
716 Maßnahmen, um Arbeitslosigkeit
717 aufgrund von Transformationen
718 in der Arbeitswelt zu vermeiden
719 und um die Zahl der Langzeit-
720 arbeitslosen zu reduzieren.
721 Damit leisten wir einen Beitrag
722 zur Bekämpfung von Armut in
723 Brandenburg. Zudem machen
724 wir uns stark für eine inklusi-
725 ve Ausgestaltung des Arbeits-
726 und Ausbildungsmarktes. Dazu
727 wollen wir den Übergang von
728 Menschen mit Behinderung aus
729 der Schule in einen Beruf auf
730 dem ersten Arbeitsmarkt weiter
731 befördern. Öffentliche Arbeit-
732 geber können hier mit gutem
733 Beispiel vorangehen.

734

735 **Gerechte Löhne - Verbesse-** 736 **rung der Tarifbindung**

737 Die Koalition setzt sich aktiv für
738 eine Steigerung der Tarifbindung
739 und Gute Arbeit im Land ein.
740 Dazu ergreifen wir Maßnahmen
741 zur Stärkung der Mitbestimmung
742 und der Tarifbindung.

743 Wir werden in Brandenburg eine
744 Tariftreueregelung für die Verga-
745 be öffentlicher Aufträge einfüh-
746 ren. Hierzu wird das Brandenbur-
747 gische Vergabegesetz angepasst
748 und die Vergabe an die Tarif-
749 bindung eines Unternehmens ge-
750 koppelt werden. Für nicht tarifge-
751 bundene Unternehmen, die bei
752 einer Vergabe zum Zuge kom-
753 men wollen, gelten weitere Ver-
754 gabekriterien. Dazu zählen be-
755 währte Instrumente wie ein Ver-
756 gabemindestlohn, der auf 15 Eu-
757 ro anzuheben und entsprechend
758 der Einkommensentwicklung zu
759 erhöhen ist.

760 Darüber hinaus wird die Koaliti-
761 on im Rahmen einer Bundesrats-
762 initiative auf eine deutliche Anhe-
763 bung des allgemeinverbindlichen
764 Mindestlohns und auf eine schär-
765 fere Kontrolle der Einhaltung hin-
766 wirken.

767 Die Förderung von Unternehmen
768 durch das Land soll sich stär-
769 ker an guten Arbeitsbedingun-
770 gen und Tarifbindung orientie-
771 ren. Dies kann auch ein geeig-
772 netes Mittel zur Fachkräftegewin-
773 nung sein. Wir wollen Entschei-
774 dungen in der Wirtschaftsförde-
775 rung an soziale Kriterien und die
776 Anwendung von Tarifverträgen

777 knüpfen.

778 Wir werden durch eine bessere
779 Besetzung der zuständigen Be-
780 hörden für die Einhaltung der Ar-
781 beitszeitvorgaben und die Stär-
782 kung des Arbeitsschutzes sorgen.
783 Durch die Bündelung der Zu-
784 ständigkeit bei einer Staatsan-
785 waltschaft sollen Verstöße ge-
786 gen das Betriebsverfassungsge-
787 setz und die gesetzeswidrige Be-
788 hinderung von Betriebsratswah-
789 len und der Arbeit von Betriebs-
790 räten schneller und erfolgreicher
791 unterbunden werden. Betriebe
792 müssen sich an die Mitbestim-
793 mungsgesetze halten – die be-
794 triebliche Mitbestimmung ist zu
795 stärken.

796 Im Falle eines Betreiberwechsels
797 nach öffentlichen Ausschreibun-
798 gen im übrigen ÖPNV soll ein
799 Beschäftigtenübergang sicherge-
800 stellt sein.

801

802 Um die Herausforderungen der
803 Arbeitswelt strukturiert und er-
804 folgreich zu begleiten, wird die
805 Koalition die Sozialpartnerschaft
806 weiter stärken. Hierzu sollen Dia-
807 logformate wie der „Sozialpart-
808 nerdialog“, das „Bündnis für Gu-
809 te Arbeit in Brandenburg“ und
810 die Kooperation mit dem Wissen-

811 schaftszentrum Berlin für Sozial-
812 forschung (WZB) im Rahmen des
813 Bündnisses für gute Arbeit fort-
814 gesetzt werden.

815

816 **Fachkräftegewinnung**

817 Brandenburgische Unternehmen
818 stehen vor der Aufgabe, voraus-
819 schauende Personalstrategien zu
820 entwickeln, um den zukünftigen
821 Bedarf an Fachkräften zu erfül-
822 len sowie die Weiterbildung ih-
823 rer Arbeitskräfte sicherzustellen.
824 Aktuell sind fast 82.000 Bran-
825 denburgerinnen und Branden-
826 burger arbeitslos. Diese Men-
827 schen und ihre Potentiale kön-
828 nen wir für die Fachkräftegewin-
829 nung nutzen. Die Koalition sieht
830 in der Fachkräftegewinnung ei-
831 ne ganzheitliche Aufgabe, die so-
832 wohl die Stärkung der eigenen
833 Aus- und Weiterbildungsstruktu-
834 ren, als auch das Werben von
835 Fachkräften aus dem In- und
836 Ausland umfasst. Die Koalition
837 wird darauf achten, dass An-
838 werbeprogramme von ausländi-
839 schen Fachkräften nicht zu einer
840 Schwächung von strukturschwa-
841 chen Herkunftsländern führen.
842 Zudem bildet die Aus- und Fort-
843 bildung der erwerbslosen Bran-
844 denburgerinnen und Branden-

845 burger einen Schwerpunkt.
846 Die Koalition wird das Erfolgs-
847 modell der weltweit anerkannten
848 dualen Ausbildung weiter stärken
849 und eine Ausbildungsoffensive
850 starten. Dabei gilt es, den Ausbil-
851 dungsstandort Brandenburg wei-
852 terhin attraktiv zu gestalten. Die
853 Koalition wird individuelle Mo-
854 bilitätsangebote in Regionen er-
855 proben, in denen die Erreichbar-
856 keit von Betrieben, Berufsschulen
857 und Weiterbildungsstätten mit-
858 tels ÖPNV nicht gewährleistet ist.
859 Die Koalition setzt sich zudem für
860 den weiteren flächendeckenden
861 Ausbau der Jugendberufsagentu-
862 ren ein.
863 Gleichzeitig bedarf es einer ver-
864 einfachten Anerkennung von
865 Ausbildungsabschlüssen. Hierzu
866 sind neue Möglichkeiten in der
867 Anerkennungsprüfung durch
868 die verantwortlichen Stellen
869 (Industrie- und Handelskam-
870 mern, Handwerkskammern etc.)
871 zu prüfen und zu unterstützen.
872 In Zusammenarbeit mit Berlin
873 sollen weitere Potentiale iden-
874 tifiziert und Maßnahmenpakete
875 zur Fachkräftegewinnung in der
876 Hauptstadtregion erarbeitet wer-
877 den.
878 Qualifizierung ist ein zentraler

879 Schlüssel zur nachhaltigen Fach-
880 kräftepolitik und zum Erhalt von
881 Beschäftigungsfähigkeit im Wan-
882 del. Im Bundesrat setzen wir uns
883 daher für ein Recht auf Weiterbil-
884 dung ein. Die Inanspruchnahme
885 des Bildungsurlaubsanspruches
886 aus dem Brandenburgischen
887 Weiterbildungsgesetz (BbgWBG)
888 muss gestärkt werden.

889

890 ⁶2.3 Energieversorgung Bran-
891 denburg muss Energie- und In-
892 dustrieland bleiben. Dafür brau-
893 chen wir eine sichere, bezahl-
894 bare und umweltfreundliche En-
895 ergieversorgung. Sinkende Ener-
896 giepreise und Versorgungssicher-
897 heit sind für die Bevölkerung
898 wie auch für Unternehmen von
899 grundlegender Bedeutung.

900 Wir halten am gesetzlich und ge-
901 meinsam vereinbarten Kohleaus-
902 stiegsdatum bis spätestens 2038
903 fest, gerade mit Blick auf die Ver-
904 sorgungssicherheit.

905 Wir setzen uns beim Bund für
906 eine grundlegende Reform des
907 Abgaben- und Umlagesystems
908 und einen kosteneffizienten
909 Netzausbau im Energiebereich
910 ein. Dies beinhaltet eine umfas-
911 sende Senkung der Stromsteuer
912 für alle Verbraucher, weite-

913 re Maßnahmen zur Senkung
914 und fairen Verteilung der Netz-
915 entgelte sowie einen zeitlich
916 begrenzten Industriestrompreis.
917 Die Koalition wird die Förderun-
918 gen im Bereich Energieeffizienz
919 weiter ausbauen und Unterneh-
920 men im Rahmen der beihilfe-
921 rechtlichen Möglichkeiten unter-
922 stützen.

923

924 **Ausbau der Erneuerbaren En-** 925 **ergien**

926 Die Koalition bekennt sich zum
927 Ausbauziel der Energiestrategie
928 2040 und setzt sich für die
929 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Anlagen
930 der Erneuerbaren Energien
931 ein. Durch den weiteren Aus-
932 bau, insbesondere von Wind-,
933 Photovoltaik- und Biogasenergie
934 sowie den Aufbau und die
935 Etablierung einer Wasserstoff-
936 wirtschaft, treiben wir die
937 weitgehende Energieunabhängigkeit
938 der Hauptstadtregion von
939 fossilen Energieträgern voran.
940 Die Koalition wird dafür Sorge
941 tragen, die Flächenbeitragswerte
942 des Windenergieflächenbedarfs-
943 gesetzes durch die Ausweisung
944 von Windvorranggebieten als
945 Steuerungsfunktion zu errei-

947 chen. Dabei unterstützen wir
948 die Planungsregionen und die
949 regionalen Planungsstellen.

950 Die Genehmigungen für Anla-
951 gen der Erneuerbaren Energien
952 sollen stärker daran geknüpft
953 werden, dass an den Standorten
954 zuverlässig ein Anschluss ans
955 Verteilernetz ermöglicht werden
956 kann. Vorhaben mit günstigen
957 Anschlussbedingungen sollen
958 priorisiert werden. Die Koalition
959 wirkt darauf hin, dass die zustän-
960 digen Netzbetreiber die dafür
961 nötigen Investitionen tätigen und
962 erhöhen.

963 Die Koalition plant, die Anzahl
964 von speziellen Solaranlagen
965 wie Agri-PV, Parkplatz-PV und
966 Floating-PV auszubauen. Ein
967 Großteil der zukünftigen Photo-
968 voltaikanlagen soll bevorzugt auf
969 bereits versiegelten Flächen und
970 Dachflächen installiert werden.

971 Die Koalition bekräftigt, keine
972 Photovoltaik oder Windkraftan-
973 lagen in Naturschutzgebieten
974 zu errichten. An dem Bran-
975 denburgischen Windenergiean-
976 lagenabstandsgesetz werden
977 wir festhalten. Grundsätzlich
978 sollten Freiflächen-PV-Anlagen
979 vorrangig auf ökologisch we-
980 niger wertvollen Flächen und

981 landwirtschaftlichen Nutzflächen
982 mit geringer Ertragsleistung
983 installiert werden.

984 In der Energieregion Lausitz
985 sollen vorzugsweise Industrie-
986 und Tagebaufolgeflächen für
987 den Ausbau von Solar- und
988 Windenergie genutzt werden.

989

990 **Gerechte Energieversorgung**

991 Der Ausbau der erneuerbaren
992 Energien ist eine große Chan-
993 ce für Brandenburg. Schon heu-
994 te siedeln sich Unternehmen an,
995 weil es in Brandenburg deut-
996 lich mehr Wind- und Solarenergie
997 gibt als in den meisten Bundes-
998 ländern. Das ist ein Umstand, der
999 sich auch für die Brandenburge-
1000 rinnen und Brandenburger aus-
1001 zahlen muss.

1002 Die Koalition setzt sich für ei-
1003 ne sichere und flächendeckende
1004 Energieversorgung zu bezahlba-
1005 ren Strompreisen für Bürgerin-
1006 nen und Bürger sowie Unterneh-
1007 men ein. Dazu sollen die Kos-
1008 ten für den Netzausbau auf al-
1009 le Haushalte bundesweit gerecht
1010 erteilt werden. Mit einer dau-
1011 erhaften Regelung der Bundes-
1012 netzagentur, die ab dem 1. Janu-
1013 ar 2025 gelten soll, sollen Regio-
1014 nen mit einem hohen Anteil an

1013erneuerbaren Energien spürbar
1016entlastet werden. Die Koalition
1017wird darauf hinwirken, dass diese
1018Regelung wie geplant in Kraft tritt
1019und sich aktiv am weiteren Evalu-
1020ierungsprozess beteiligen.

1021Ziel der Koalition ist es, dass der
1022in Brandenburg erzeugte günsti-
1023ge Strom auch günstig vor Ort
1024gespeichert und genutzt werden
1025kann. Neben attraktiveren Strom-
1026preisen sollen steigende Heizkos-
1027ten verstärkt bei der Umsetzung
1028der Wärmewende berücksichtigt
1029und soziale Folgen frühzeitig ab-
1030gemildert werden. Die Koalition
1031setzt sich gegenüber dem Bund
1032für Maßnahmen zur Senkung der
1033Energiepreise ein.

1034Zudem sollen finanzielle Betei-
1035ligungsmodelle für Bürgerinnen
1036und Bürger und verschiedene
1037Teilhabemaßnahmen für Kom-
1038munen geschaffen werden, um
1039die Akzeptanz für den Ausbau
1040der Erneuerbaren zu steigern.
1041Das bestehende Windenergiean-
1042lagenabgabengesetz wird die Ko-
1043alition so verändern, dass die Hö-
1044he der Abgabe künftig von der
1045installierten Leistung der Anlage
1046abhängig ist.

1047Für die zunehmende Zahl von
1048elektrischen PKW braucht es eine

104gute Ladeinfrastruktur. Wir wer-
105den die Kommunen dabei un-
105terstützen, in Zusammenarbeit
105mit den regionalen Energiever-
105sorgern Konzepte zum Ausbau
105der Ladeinfrastruktur zu entwi-
105ckeln.

1056

1057 **Wasserstoffwirtschaft in Bran-** 1058 **denburg**

1059 Neben dem weiteren Ausbau
106der Wind- und Solarenergien
106gewinnt die Nutzung von inno-
106vativen Wasserstofftechnologien
106zunehmend an Bedeutung für
106die Transformation der Branden-
106burger Wirtschaft. Wasserstoff
106kann eine Schlüsselrolle für die
106Transformation der Industrie
106spielen, doch er muss zu wett-
106bewerbsfähigen Preisen zur
107Verfügung stehen. Die Koaliti-
107on bekennt sich zur weiteren
107Umsetzung der Brandenbur-
107ger Wasserstoffstrategie aus
107dem Jahr 2021 und setzt auf
107den Aufbau einer großflächigen
107Wasserstoff-Infrastruktur. Die
107Strategie wird zeitnah weiter-
107entwickelt und fortgeschrieben.
107Dies wird im Rahmen einer
108breiten Stakeholder-Beteiligung
108erfolgen. Das Wasserstoffkern-
108netz muss die infrastrukturelle

108 Erschließung Ostbrandenburgs
108 und der Lausitz ermöglichen
108 und durch ein Verteilnetz er-
108 gänzt werden. Erklärtes Ziel
108 ist, das Wasserstoffkernnetz in
108 Brandenburg an alle relevanten
108 industriellen Abnehmer anzu-
109 schließen. Die Erzeugung von
109 Windkraft und die Gewinnung
109 von Wasserstoff sollen wenn
109 möglich gemeinsam an einem
109 Ort gedacht werden.

109 Der in Brandenburg produzierte
109 Wasserstoff sollte auch die Ba-
109 sis für die Produktion synthe-
109 tischer Kraftstoffe in der PCK
109 Schwedt sein. Auf diese Weise
110 unterstützt die Koalition indus-
110 triepolitisch die Schaffung neu-
110 er Wertschöpfungsketten und Ar-
110 beitsplätze in Brandenburg.

110 Die Koalition wird den begon-
110 nenen Hochlauf der Wasserstoff-
110 wirtschaft fortsetzen und unter-
110 stützen. Sie wirkt auf die Finan-
110 zierung der europäischen Leucht-
110 turmprojekte (Important Project
111 of Common European Interest)
111 im Bereich Wasserstoff in Bran-
111 denburg hin.

1113

1114 **Kohleausstieg 2038 und Ener-**
1115 **gieregion Lausitz**

1116 Die Koalition bekräftigt den ge-

111 gesetzlich geregelten Ausstieg aus
111 der Kohleverstromung. Voraus-
111 setzung für die Umsetzung bis
112 2038 ist die Sicherstellung der
112 Energieversorgung und die weit-
112 gehende Energieunabhängigkeit
112 Brandenburgs. Ein entscheiden-
112 der Faktor ist dabei der Bau neu-
112 er steuerbarer Kraftwerke. Die
112 Koalition wird sich in die Aus-
112 gestaltung der entsprechenden
112 Vorhaben der Kraftwerksstrate-
112 gie des Bundes einbringen, da-
113 mit Brandenburg weiterhin sei-
113 nen Anteil an der Versorgungs-
113 sicherheit in Deutschland leisten
113 kann und bestehende Kraftwerk-
113 standorte Ausgangspunkt indus-
113 trieller Wertschöpfung bleiben.
113 Die Energieregion Lausitz bietet
113 hierfür dank ihrer bestehenden
113 Kraftwerksstandorte, den quali-
113 fizierten Beschäftigten und der
114 vorhandenen Infrastruktur ideale
114 Bedingungen. Die Lausitz ist ein
114 Garant für eine sichere und wirt-
114 schaftliche Energieversorgung
114 und soll zu einem noch stärkeren
114 und zukunftsweisenden Ener-
114 giestandort ausgebaut werden.
114 Die Bewerbung der Region als
114 „Net-Zero-Valley“ unterstützt die
114 Koalition ausdrücklich.

1150

1151 7.2.4 Bürokratieabbau Durch
1152konsequenten Bürokratieabbau
1153wollen wir Unternehmen, Verwal-
1154tungen, Bürgerinnen und Bürger
1155spürbar entlasten. Wir wollen
1156auch durch pragmatisches Ver-
1157waltungshandeln Planungs-
1158und Genehmigungsverfahren
1159beschleunigen, Regelungen
1160vereinfachen sowie Berichts-
1161pflichten reduzieren. Formulare
1162und Bescheide müssen allgemein
1163und verständlich formuliert sein.
1164Daten von Betrieben sollen nicht
1165doppelt erhoben werden. Neue
1166Gesetze und Verordnungen
1167unterziehen wir einem Büro-
1168kratiecheck. Neue Regelungen,
1169Standards und Verfahren sollen
1170nur eingeführt werden, wenn an
1171anderer Stelle Regelungen, Stan-
1172dards und Verfahren wegfallen.
1173Als wesentliche Voraussetzung
1174für die Umsetzung des Bürokra-
1175tieabbaus wird die Digitalisierung
1176der Verwaltung auf allen Ebenen
1177vorangebracht. Wir vereinfachen
1178und straffen die Arbeitsprozesse
1179der Investitionsbank des Landes
1180Brandenburg (ILB) und anderer
1181Landesstellen, die Förderpro-
1182gramme bewirtschaften. Wir
1183wollen kleinteilige Förderungen
1184bündeln und Förderrichtlinien,

1185 insbesondere mit Blick auf die Re-
1186 duzierung von Dokumentations-,
1187 Nachweis- und Meldepflichten,
1188 überprüfen. Damit vereinfachen
1189 wir auch die Verfahren
1190 zur Beantragung und Bewilligung
1191 von Fördermitteln für die
1192 Kommunen.

1193 Brandenburger Unternehmen
1194 leiden unter bürokratischen
1195 Hürden bei der Vergabe von
1196 Fördermitteln und öffentlichen
1197 Aufträgen. Wir setzen uns auch
1198 auf EU- und Bundesebene für
1199 Bürokratieabbau und damit
1200 für eine Reduzierung dieser
1201 Hemmnisse ein. EU- und Bundes-
1202 regelungen werden wir 1:1
1203 umsetzen und nicht zusätzliche
1204 Landesregelungen „draufsatteln“.
1205 Bestehende landespolitische
1206 Regelungen werden wir
1207 überprüfen und die Vorschriften
1208 zurückfahren, die über EU-
1209 und Bundesrecht hinausgehen.
1210 Wir werden insbesondere das
1211 Vergaberecht vereinfachen und
1212 die Wertgrenzen bei den Ver-
1213 gaben überprüfen. Auch die
1214 Beantragung und Auszahlung
1215 der Meistergründungsprämie
1216 soll einfacher werden.

1217 Um eine zügige rechtliche Umset-
1218 zung zu erreichen, werden wir im

1219 Landtag einen Sonderausschuss
1220 einrichten, der auf Vorschlag von
1221 Wirtschafts-, Landwirtschafts-
1222 und sonstigen Verbänden Vor-
1223 schriften überprüft, vereinfacht
1224 und abschafft. Dieser Prozess
1225 wird seitens der Verwaltung an
1226 zentraler Stelle flankiert, um
1227 durch eine effiziente Koordinie-
1228 rung die Abstimmung zwischen
1229 unterschiedlichen Fachberei-
1230 chen und Verwaltungsebenen
1231 zu gewährleisten. ⁸³ Bildung,
1232 Jugend und Sport ⁹¹⁰ 3.1 Bildung
1233 Unser Ziel ist es, Brandenburg im
1234 Bildungsbereich nach vorne zu
1235 bringen und die Qualität in Kitas
1236 und Schulen zu verbessern. In
1237 der Grundschule legen wir den
1238 Schwerpunkt auf die Vermittlung
1239 der Kernkompetenzen Lesen,
1240 Schreiben und Rechnen. Wir
1241 führen verbindliche Lehrpläne
1242 ein und stärken die Berufsori-
1243 entierung in der Schule. Wir
1244 werden die Demokratie an den
1245 Schulen stärken, indem wir El-
1246 tern, Schülerinnen und Schüler
1247 bei der Ausübung ihrer Mitwir-
1248 kungsrechte unterstützen und
1249 Instrumente der Demokratiebil-
1250 dung deutlich ausbauen.
1251 Die Steuerschätzung vom Ok-
1252 tober 2024 hat gezeigt, dass

1253 Bund, Länder und Kommunen
1254 über geringere finanzielle Mittel
1255 verfügen als ursprünglich ge-
1256 plant. Dennoch haben wir uns
1257 dazu entschlossen, die finanzielle
1258 Entlastung von Familien, die das
1259 Fundament unserer Gesellschaft
1260 bilden, weiterhin zu priorisieren.
1261 Alle Kindergartenjahre bleiben
1262 beitragsfrei, und die Reduzierung
1263 der Elternbeiträge in Krippe und
1264 Hort wird dauerhaft sicherge-
1265 stellt.

1266 Die Koalition wird in den kom-
1267 menden Schritten den Fokus ver-
1268 stärkt auf die Qualitätssicherung
1269 und die Fachkräftesicherung in
1270 Kitas und Schulen legen. Weitere
1271 beitragsfreie Jahre in Krippe und
1272 Hort bleiben unser gemeinsames
1273 Ziel bei einer verbesserten finan-
1274 ziellen Lage. Darüber hinaus set-
1275 zen wir uns dafür ein, dass das
1276 Kita- und Schulesen gesund ist
1277 und bezahlbar bleibt.

1278

1279 **Fachkräftegewinnung** **und** 1280 **sicherung**

1281 Für eine zukunftsorientierte Bil-
1282 dung braucht es qualifiziertes
1283 Personal in unseren Kitas, Schu-
1284 len und Berufsschulen. Um dem
1285 gestiegenen Bedarf gerecht zu
1286 werden, setzt die Koalition auf

1287 praxisnahe Ausbildung und inno-
1288 vative Maßnahmen zur Fachkräf-
1289 tengewinnung und -bindung. Un-
1290 ser Ziel ist es, die Bildungsqualität
1291 durch eine gezielte Personalstra-
1292 tegie nachhaltig zu sichern und zu
1293 verbessern.

1294 Die Qualität der frühkindlichen
1295 Bildung hängt wesentlich von
1296 gut ausgebildeten Fachkräften
1297 ab. Daher wollen wir die Erzie-
1298 herausbildung attraktiver und
1299 praxisnäher gestalten. In Zu-
1300 sammenarbeit mit dem Bund
1301 und den anderen Bundeslän-
1302 dern werden wir die Ausbildung
1303 modernisieren und die Aus-
1304 bildungsdauer von fünf auf
1305 vier Jahre verkürzen. Zusätzlich
1306 haben wir das Ziel, 500 neue
1307 Plätze für die praxisintegrierte
1308 Ausbildung zu schaffen.

1309 Um dem Fachkräftemangel in
1310 unseren Schulen entgegenzuwir-
1311 ken, setzt die Koalition gezielt
1312 auf eine praxisnahe Lehramts-
1313 ausbildung und die Erweiterung
1314 der Ausbildungskapazitäten. Die
1315 Universität Potsdam und die
1316 Brandenburgische Technische
1317 Universität Cottbus-Senftenberg
1318 werden ihren Beitrag zur Stär-
1319 kung der Lehrkräftebildung
1320 leisten. Die Studienplätze an der

1321 Universität Potsdam wurden be-
1322 reits auf jährlich ca. 1.200 Plätze
1323 erhöht. Zusätzlich haben wir an
1324 der BTU Cottbus-Senftenberg
1325 einen zweiten Standort für die
1326 Lehrkräftebildung geschaffen, an
1327 dem dieses Jahr 160 angehende
1328 Lehrkräfte das Studium aufge-
1329 nommen haben. Die Kapazität
1330 wollen wir auf 200 Plätze aufsto-
1331 cken. Bereits jetzt wird an beiden
1332 Standorten ein Schwerpunkt auf
1333 eine praxisintegrierte Ausbildung
1334 gelegt. In Zukunft ist das duale
1335 Studium im Lehramt ab dem
1336 Master an der BTU Cottbus-
1337 Senftenberg möglich. Ziel der
1338 praxisnahen Ausbildung ist es,
1339 auch die Abbruchquoten zu sen-
1340 ken. Um die dual Studierenden
1341 zu unterstützen, führen wir eine
1342 angemessene Vergütung ein. Da-
1343 mit stärken wir den Praxisbezug
1344 und erhöhen die Attraktivität des
1345 Lehramtsstudiums.

1346 Die Attraktivität der neuein-
1347 gerichteten Berufsschullehr-
1348 amtsausbildung wollen wir
1349 verbessern, um so Interessierten
1350 den Weg aus der Berufstätigkeit
1351 in ein Studium zu erleichtern.

1352 Das Zentrum für Lehrerbildung
1353 an der Universität Potsdam wird
1354 gestärkt, um notwendige Verän-

135 Änderungen umzusetzen und den
135 Wissenstransfer zwischen Theo-
135 rie und Praxis zu verbessern.
135 Um dem Bedarf an Lehrkräften
135 langfristig gerecht zu werden, set-
136 zen wir auf eine enge Verzahnung
136 der Aus- und Fortbildung und auf
136 eine gezielte Qualifizierung von
136 Seiteneinsteigern. Das LIBRA, das
136 neue Landesinstitut für Qualitäts-
136 sicherung und Qualitätsentwick-
136 lung, wird seine Angebote flä-
136 chendeckend und möglichst nah
136 an den Schulen ausrichten, um
136 Lehrkräfte in ihrer täglichen Ar-
137 beit bestmöglich zu unterstützen.
137 Die weitere Qualifizierung von
137 Seiteneinsteigern ist unabding-
137 bar. Die Koalition wird dazu die
137 Ausbildungsqualität weiter hoch-
137 halten, während wir praktische
137 Maßnahmen umsetzen, um qua-
137 lifizierten Menschen den Einstieg
137 ins Lehramt zu erleichtern. Da-
137 bei bauen wir unnötige Hürden
138 wie das Zweifachstudium – ab
138 und stellen eine faire Vergütung
138 sicher. Anerkennungs- und Auf-
138 stiegsmöglichkeiten für langjäh-
138 rig erfolgreich Tätige im Seiten-
138 einstieg werden ausgebaut. Da-
138 zu streben wir u. a. für langjährig
138 erfolgreich tätige Seiteneinstei-
138 gende bessere Möglichkeiten der

1389Anerkennung an. Die Universität
1390Potsdam und die BTU Cottbus-
1391Senftenberg werden sich stärker
1392als bisher der universitären Qua-
1393lifizierung von Quer- und Seiten-
1394einsteigerinnen sowie Quer- und
1395Seiteneinsteigern widmen.

1396In der Schule sollen Kinder und
1397Jugendliche mehr lernen als
1398reines Fachwissen – sie sollen
1399auf das Leben als Erwachse-
1400ne vorbereitet werden. Dazu
1401gehören umfassende soziale
1402Kompetenzen und Demokratie-
1403bildung sowie Kenntnisse über
1404das Wirtschafts- und Arbeits-
1405leben. Um Lehrkräfte bei der
1406Vermittlung dieser Kompetenzen
1407zu unterstützen, werden wir
1408die Aus- und Fortbildung der
1409Lehrkräfte in diesen Bereichen
1410gezielt stärken.

1411Viele Lehrkräfte stehen in den
1412kommenden Jahren vor dem Ru-
1413hstand. Ihre Expertise ist für un-
1414ser Bildungssystem wertvoll. Un-
1415sere Schülerinnen und Schüler
1416sollen weiter von ihnen profitie-
1417ren können. Mit dem Programm
141863+ wurde bereits ein wichti-
1419ger Schritt gemacht, um erfah-
1420rene Lehrkräfte durch attraktive
1421Angebote im Bildungssystem zu
1422halten. Wir werden dieses Pro-

1423gramm ausbauen und individuel-
1424le Angebote schaffen, die Zuver-
1425dienstmöglichkeiten neben der
1426Pension ermöglichen und flexible
1427Beschäftigungsmodelle fördern.
1428Um auch in den ländlichen Regio-
1429nen Brandenburgs ausreichend
1430qualifizierte Lehrkräfte zu gewin-
1431nen, setzt die Koalition auf zielge-
1432richtete Maßnahmen. Das Land-
1433lehrerstipendium zur Gewinnung
1434von Lehrkräften für ländliche Re-
1435gionen wird fortgeführt. Wir prü-
1436fen eine Erweiterung, um den
1437ländlichen Raum weiter zu stär-
1438ken.

1439

1440 **Personal- und Fachkräfteent-** 1441 **lastung**

1442Um den spezifischen Anforde-
1443rungen vor Ort gerecht zu wer-
1444den und Multiprofessionalität zu
1445stärken, ermöglichen wir Schu-
1446len, neben Lehrkräften auch an-
1447deres qualifiziertes Personal wie
1448Therapeutinnen und Therapeu-
1449ten, Gesundheitsfachkräfte, Sozi-
1450alarbeiterinnen und Sozialarbei-
1451ter, Verwaltungs- oder Alltags-
1452assistenzen direkt oder mittel-
1453bar beschäftigen zu dürfen. Diese
1454Maßnahme gewährleistet, dass
1455Schulen flexibel und passgenau
1456auf die Bedürfnisse ihrer Schü-

1457erinnen und Schüler reagieren
1458können. Dafür wird die Koaliti-
1459on die Bewirtschaftungsregeln im
1460Haushaltsgesetz anpassen.

1461Zusätzlich zur pädagogischen
1462Förderung wird das Schulbud-
1463get ausgeweitet. Dieses Budget
1464ermöglicht es Schulleitungen,
1465unbürokratisch und eigenver-
1466antwortlich auf spezifische
1467Anforderungen zu reagieren.

1468Die Mittelvergabe orientiert sich
1469am Sozialindex und richtet sich
1470gezielt an Schulen mit erhöh-
1471tem Unterstützungsbedarf. So
1472können zusätzliche personelle
1473und finanzielle Ressourcen an
1474die Schulen fließen, an denen sie
1475besonders benötigt werden.

1476Für die erfolgreiche Entwicklung
1477der Schülerinnen und Schüler
1478braucht es Schulsozialarbeit. Wir
1479werden die Schulsozialarbeit am
1480Ort Schule stärken. Unser Ziel ist,
1481dass es an jeder Schule, die ent-
1482sprechenden Bedarf hat, mindes-
1483tens eine Stelle für Schulsozialar-
1484beit gibt. Die Zahl der Plätze für
1485ein Freiwilliges Soziales Jahr an
1486Schulen soll auf hohem Niveau
1487verstetigt werden.

1488Schulaversive Kinder und Jugend-
1489liche bedürfen unserer beson-
1490deren Aufmerksamkeit. Die im

149 Brandenburgischen Kinder- und
149 Jugendgesetz getroffenen Rege-
149 lungen werden wir im Jahr 2027
149 evaluieren und gegebenenfalls
149 fortentwickeln.

149 Schulen, an denen viele Schü-
149 lerinnen und Schüler besonde-
149 ren Förderbedarf haben, benö-
149 tigen zusätzliche Unterstützung.
150 Wir werden auf Grundlage sozia-
150 ler Indikatoren flexibel Ressour-
150 cen zuweisen, um eine gezielte
150 Förderung der Schülerinnen und
150 Schüler an diesen Schulen zu er-
150 möglichen.

1506

1507 **Kita und Frühkindliche Bildung**

1508 Die Koalition wird gemeinsam mit
1509 den Kommunen entsprechend
1510 der Gemeinsamen Erklärung mit
1511 dem Städte- und Gemeindebund
1512 sowie dem Landkreistag vom 25.
1513 Juli 2024 die Kita-Finanzierung
1514 bis zum 1. Januar 2027 neu
1515 regeln. Dabei streben wir eine
1516 weitgehende Kostenneutralität
1517 im Gesamtsystem an. Härten im
1518 Übergang zur neuen Regelung
1519 werden wir in den Blick neh-
1520 men und gerecht gestalten und
1521 bei Bedarf Übergangslösungen
1522 schaffen. Diese grundsätzliche
1523 Systemmodernisierung regelt
1524 die Finanzströme in der Kita-

1525 Finanzierung neu, klar und
1526 eindeutig. Mit ihr ist ausdrücklich
1527 keine Standarderhöhung ver-
1528 bunden. Ziel ist eine Umstellung
1529 auf eine Objektfinanzierung.

1530 Wir werden die Betreuungsquali-
1531 tät von Krippe, Kindergarten und
1532 Hort weiter verbessern. Das För-
1533 derprogramm „KIEZ-KITA“ wird
1534 fortgeführt und es wird geprüft,
1535 inwiefern es mit den Inklusionski-
1536 tas verknüpft werden kann.

1537 Wir werden sprachliche Kom-
1538 petenzen in der frühkindlichen
1539 Bildung gezielt stärken. Sie
1540 sind zentrale Grundlagen für
1541 Teilhabe, den späteren Bildungs-
1542 erfolg. Daher werden wir alle
1543 bisherigen Sprachprogramme
1544 fortführen, verstärkt auf die
1545 Entwicklung sprachlicher Kom-
1546 petenzen ausrichten und die
1547 kindlichen Sprachfähigkeiten
1548 durch frühzeitige, evidenzba-
1549 sierte Sprachstandserhebungen
1550 gezielt erfassen und fördern.

1551 Wir werden dafür die Sprach-
1552 standserhebung flächendeckend
1553 um ein Jahr vorziehen. Die kom-
1554 pensatorische Sprachbildung
1555 werden wir in den Horten der
1556 Jahrgangsstufen 1 und 2 wei-
1557 terentwickeln und dafür auch
1558 zusätzliche Personalkapazitäten

1559im Hort vorsehen.

1560

1561**Schule**

1562Die Koalition hält an der Struktur
1563des brandenburgischen Schul-
1564systems fest. Die Schulstandorte
1565im ländlichen Raum werden
1566gesichert. Wir bekennen uns
1567zu allen Schularten und zum
1568Schulfrieden. Die Durchlässig-
1569keit zwischen den Schularten
1570und den Bildungsgängen ist
1571Leitschnur unseres Handelns.
1572Hierfür werden die Lehrpläne
1573stärker abgestimmt. Wir för-
1574dern die weitere Errichtung von
1575Gesamtschulen.

1576Den Anspruch auf Ganztagsbe-
1577treuung setzen wir um. Dieser
1578wird vertrauensvoll zwischen
1579Jugendhilfe und Schule abge-
1580stimmt. Dabei steht für uns die
1581Bildungsbiografie des Kindes im
1582Mittelpunkt.

1583In der Grundschule legen wir ei-
1584nen Schwerpunkt auf die Vermitt-
1585lung der Kernkompetenzen Le-
1586sen, Schreiben und Rechnen. Da-
1587bei hat in den Jahrgangsstufen
15881 bis 4 die Arbeit mit analogen
1589Medien Vorrang. Um die feinmo-
1590torischen Fähigkeiten auch in ei-
1591ner sich immer mehr digitalisier-
1592ten Welt gleichermaßen zu för-

1593dern, wollen wir die Schreib –
1594und Lesepraxis für die Schülerin-
1595nen und Schüler in allen Unter-
1596richtsfächern erhöhen. Die Emp-
1597fehlung für die Unterrichtsmate-
1598rialien soll sich besonders in der
1599Grundschule aber auch während
1600der gesamten Schulzeit künftig
1601danach ausrichten. Private digi-
1602tale Endgeräte der Schülerinnen
1603und Schüler sind während des
1604Unterrichts in den Taschen oder
1605Schließfächern zu verstauen.

1606Die Sprachentwicklung soll auch
1607in der 1. Klasse nochmals über-
1608prüft werden und innerhalb der
1609Stundentafel weitere Möglichkei-
1610ten für Sprachförderung geschaf-
1611fen werden, die individuell und
1612nach Bedarf genutzt werden kön-
1613nen. Sprachverständnis soll wäh-
1614rend der gesamten Schulzeit in
1615allen Fächern als unverzichtbare
1616Grundlage für alle weiteren Lern-
1617prozesse dienen. Begleitend zum
1618Leseband führen wir auch ein
1619Rechenband verbindlich an allen
1620Grundschulen ein.

1621Die Koalition führt verbindliche
1622Lehrpläne ein. Wir entlasten so
1623unsere Lehrkräfte und sichern
1624gleichzeitig das Unterrichts-
1625niveau. Die Lehrpläne sollen
1626darüber hinaus eine alters-

162 gerechte Kombination von
162 analogen und digitalen Lehrma-
162 terialien beinhalten. Hierfür soll
163 die Expertise der Wissenschaften
163 stetig zu Rate gezogen werden.
163 Grundsätzlich halten wir an dem
163 bestehenden System der Beno-
163 tung fest. Der Lernprozess muss
163 noch mehr in den Mittelpunkt
163 gestellt werden. Lehrkräfte und
163 auch Schülerinnen und Schüler
163 sollen mehr Zeit bekommen,
163 um sich darauf zu konzentrie-
164 ren. Deswegen werden wir alle
164 Prüf- und Diagnostikverfahren
164 und Berichtspflichten auf ihren
164 Arbeitsaufwand für Lehrkräfte
164 und den weiteren Bildungserfolg
164 für Schülerinnen und Schüler
164 überprüfen.

164 Der Einsatz digitaler Lernan-
164 wendungen und adaptiver
164 Lernsysteme fördert den indi-
165 viduellen Lernprozess und ist
165 damit insbesondere für lern-
165 schwächere Schülerinnen und
165 Schüler eine echte Chance. Wir
165 wollen, dass sie pädagogisch
165 sinnvoll und altersgerecht im
165 und neben dem Unterricht ein-
165 gesetzt werden. Das Land wird
165 die Schulen diesbezüglich unter-
165 stützen und Empfehlungen für
166 die Auswahl der einzusetzenden

166 digitalen Lernsysteme sowie
166 KI-Anwendungen in Verbindung
166 mit den Lehrplänen erarbeiten.
166 Darüber hinaus werden die Lehr-
166 kräfte gezielt und fortlaufend im
166 Umgang mit den Lernanwendun-
166 gen geschult. Diese Schulungen
166 sollen vor Ort, in der Fläche
166 des Landes oder durch digitale
167 Teilnahme ermöglicht werden.
167 Die Schul-Cloud Brandenburg
167 wird ausgebaut. Basis dafür ist
167 auch das gemeinsame Strate-
167 giepapier „Digitale Schule“ des
167 Ministeriums für Bildung, Jugend
167 und Sport und der kommunalen
167 Spitzenverbände. Grundsatz
167 ist dabei ein Gleichgewicht aus
167 klassischer Vermittlung von In-
168 halten und der Nutzung digitaler
168 Möglichkeiten zur Wissensver-
168 mittlung. Wir werden für alle
168 Schülerinnen und Schüler der
168 Schulen und Berufsschulen eine
168 Landeslizenz für eine Software
168 zum selbstständigen Erlernen
168 einer Zweitsprache beschaffen.
168 Sie kann zur Vertiefung schuli-
168 scher Anforderungen oder zum
169 eigenständigen Erlernen einer
169 Zweitsprache genutzt werden.
169 Die Koalition wird das Gemein-
169 same Lernen fortsetzen. Dane-
169 ben müssen wir für den Förder-

1695 Schwerpunkt emotionale und so-
1696 ziale Entwicklung weitere Mög-
1697 lichkeiten schaffen, um Schüle-
1698 rinnen und Schülern gerecht zu
1699 werden und die Unterrichtssitua-
1700 tion in den Klassen zu verbes-
1701 sern.

1702 Ober- und Gesamtschulen und
1703 ihre Abschlüsse werden mehr
1704 Wertschätzung erfahren. Diese
1705 müssen in ihrer Praxisbezogen-
1706 heit gestärkt werden, so dass
1707 sie vor allem für Kinder mit
1708 handwerklich-praktischen Bega-
1709 bungen besser als bisher eine
1710 wirkliche Lebens- und Berufsvor-
1711 bereitung sein können. Die Be-
1712 rufsorientierung werden wir wei-
1713 ter stärken. Wir werden insbe-
1714 sondere in der Sekundarstufe
1715 weitere Möglichkeiten prüfen
1716 und einführen. Wir werden eine
1717 Praktikumsplattform einführen.

1718 Eine Nachwuchswerbung der
1719 Bundeswehr kann in der Un-
1720 terrichtszeit, aber nicht im
1721 Unterricht stattfinden. Die Schu-
1722 len entscheiden eigenständig
1723 und freiwillig, ob und wie sie die
1724 Angebote nutzen. Neben der
1725 Bundeswehr sollten die Schulen
1726 entsprechend des „Beutelsba-
1727 cher Konsenses“ parallel auch
1728 Vertreter der Zivilgesellschaft

1729 einladen.

1730 Sofortmaßnahmen sind bei der
1731 Lebensrettung und beim Brand-
1732 schutz von besonderer Bedeu-
1733 tung. Jede und jeder Einzelne
1734 kann dazu beitragen. Daher wer-
1735 den wir an unseren Schulen die
1736 Vermittlung von Kompetenzen zu
1737 Erster Hilfe und Brandschutz eta-
1738 blieren, um regelmäßig alle Schü-
1739 derinnen und Schüler in diesen
1740 Themen zu schulen.

1741 Kulturelle Bildung stärkt das
1742 gemeinsame Aufwachsen und
1743 Lernen von Kindern und Jugend-
1744 lichen mit unterschiedlichem so-
1745 zialen, familiären und kulturellen
1746 Hintergrund. Wir unterstützen
1747 die Entwicklung von Schulen mit
1748 einer stärkeren kulturellen Pro-
1749 filierung. Neben dem Unterricht
1750 sind zur Sicherung der Unter-
1751 richtsqualität und Förderung
1752 von Schulentwicklungsprozessen
1753 entsprechende fachübergrei-
1754 fende Fortbildungsangebote
1755 erforderlich. In allen Phasen und
1756 Formaten der Ausbildung von
1757 Lehrkräften und von pädago-
1758 gischen Fachkräften sollte die
1759 unmittelbare Einbindung kultu-
1760 reller Bildung in Kooperation mit
1761 den außerschulischen Partnern
1762 ein wichtiger Baustein sein. Die

1763 Musik- und Kunstschulen sichern
1764 Bildungschancen für junge Men-
1765 schen. Die Kooperationsprojekte
1766 „Klasse Musik“, „Klasse Kunst“
1767 und „Klangvolle Bildung“ sind
1768 beispielgebend. Die Verankerung
1769 kultureller Bildung soll in der
1770 Schulentwicklungsberatung als
1771 ein anerkanntes Ziel der Schul-
1772 und Unterrichtsentwicklung
1773 unterstützt werden.

1774

1775 **Bildungsinfrastruktur und Aus-** 1776 **stattung**

1777 Um diese Entwicklungen erfolg-
1778 reich zu gestalten braucht es
1779 auch weitere Investitionen in die
1780 Bildungsinfrastruktur. Wir wollen
1781 die Kommunen bei Neubau und
1782 Sanierung von Schulen und Ki-
1783 tas weiter unterstützen. Im Bund
1784 setzen wir uns dafür ein, In-
1785 vestitionen für Bildungseinrich-
1786 tungen aus der Schuldenbrem-
1787 se auszunehmen. Für Neubau-
1788 ten wollen wir Typenbauten er-
1789 möglichen, um Planungsaufwän-
1790 de zu minimieren und Antrags-
1791 verfahren zu entbürokratisieren.
1792 Die Schulstandorte im ländlichen
1793 Raum wollen wir sichern und
1794 ein flächendeckendes, wohnort-
1795 nahes Angebot an Kindertages-
1796 stätten erhalten. Darüber hinaus

1797 wird die Koalition die Beschaf-
1798 fung der digitalen Endgeräte ver-
1799 einfachen und über eine einheitli-
1800 che Beschaffung auch den finan-
1801 ziellen Aufwand reduzieren. Die
1802 Geräte sollen in diesem Fall auch
1803 Fernwartung und Administration
1804 ermöglichen. Eine Beteiligung der
1805 Eltern an den Kosten ist nur sozi-
1806 al gestaffelt vorstellbar und muss
1807 dann in jedem Fall die private
1808 Nutzung ermöglichen.

1809

1810 **Erwachsenenbildung, Lebens-** 1811 **langes Lernen**

1812 Wir werden die anerkannten
1813 Träger der Erwachsenenbil-
1814 dung in Brandenburg gezielt
1815 darin unterstützen, bedarfs-
1816 gerechte Bildungsangebote zu
1817 schaffen. Dabei nehmen die
1818 Volkshochschulen eine beson-
1819 dere Rolle ein. Ein besonderer
1820 Schwerpunkt liegt in der Vermitt-
1821 lung digitaler Kompetenzen und
1822 der Stärkung bürgerschaftlicher,
1823 demokratischer Fähigkeiten. Die
1824 wichtige Arbeit der Grundbil-
1825 dungszentren werden wir weiter
1826 ausbauen.

1827

1828 ¹¹3.2 Kinder- und Jugendpoli-
1829 tik Junge Menschen sind nicht nur
1830 die Zukunft unseres Landes, sie

183 sind auch unsere Gegenwart. Sie
183 verdienen die Möglichkeit, sich
183 frei zu entfalten und aktiv an
183 der Gesellschaft teilzuhaben. Un-
183 ser Ziel ist es, Rahmenbedingun-
183 gen zu schaffen, die ihnen Frei-
183 räume bieten, um zu lernen, sich
183 auszubüchtern und wertvolle Er-
183 fahrungen zu sammeln. Wir ver-
184 pflichten uns, junge Menschen
184 auf diesem Weg zu unterstüt-
184 zen und so gute Voraussetzungen
184 für ihre Entwicklung und das Er-
184 lernen sozialer Kompetenzen zu
184 schaffen.

184 Die Kinder- und Jugendarbeit leis-
184 tet einen wesentlichen Beitrag
184 zur Entwicklung junger Men-
184 schen und unterstützt sie darin,
185 eigenverantwortliche Persön-
185 lichkeiten zu werden. Wir setzen
185 uns dafür ein, die Rahmenbedin-
185 gungen für eine wirkungsvolle
185 Jugendarbeit zu verbessern.

185 Die Koalition prüft eine Erhöhung
185 der landesseitigen Finanzanteile
185 der Personalkosten für sozialpäd-
185 agogische Fachkräfte in der Ju-
185 gendarbeit und Jugendsozialar-
186 beit, um die Kostensteigerungen
186 der vergangenen Jahre auszuglei-
186 chen. Diese Maßnahme kann die
186 personelle Ausstattung der Ju-
186 gendarbeit verbessern und ihre

1865 Wirksamkeit stärken.

1866 Der Landesjugendplan und die
1867 politische Bildungsarbeit, sind
1868 die Basis für Jugendförderung,
1869 außerschulische Jugendbildung,
1870 internationale Jugendarbeit und
1871 Jugendverbandsarbeit. Die dafür
1872 bereitgestellten Landesmittel
1873 werden entsprechend der Kos-
1874 tensteigerungen der letzten
1875 Jahre angepasst. Das stellt sicher,
1876 dass die Förderungen den rea-
1877 len Bedingungen entsprechen
1878 und somit eine nachhaltige Un-
1879 terstützung der Jugendarbeit,
1880 Jugendverbandsarbeit und Ju-
1881 gendsozialarbeit gewährleistet
1882 ist.

1883 An der Schnittstelle zur Schule
1884 existiert in Brandenburg mit
1885 dem Europäischen Sozialfonds
1886 Programm „Jugendhilfe-Schule“
1887 ein wirksames Instrument, um
1888 jugendliche mit besonderem
1889 sozialen Unterstützungsbedarf
1890 durch die Schulzeit zu beglei-
1891 ten. Dieses Programm soll in
1892 seiner jetzigen Form gemeinsam
1893 mit der kommunalen Familie
1894 nach 2028/2029 weitergeführt
1895 werden.

1896 Freiwilligendienste wie das Frei-
1897 willige Soziale Jahr (FSJ), das
1898 Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)

1899und der Bundesfreiwilligendienst
1900(BFD) bieten jungen Menschen
1901wertvolle Möglichkeiten zur ge-
1902sellschaftlichen Beteiligung und
1903zur Erkundung eigener Fähigkei-
1904ten und Interessen. Sie fördern
1905zudem das Interesse an sozialen
1906und pädagogischen Berufen und
1907dienen so der Fachkräftegewin-
1908nung. Wir setzen uns dafür ein,
1909dass ein absolvierter Freiwilligen-
1910dienst im Rahmen der folgenden
1911Ausbildung oder des folgenden
1912Studiums positiv berücksichtigt
1913wird. Wir werden uns für eine
1914Erhöhung des Taschengeldes
1915für Freiwillige einsetzen, um
1916ihre gesellschaftliche Leistung
1917stärker zu würdigen. Wir prüfen
1918eine stärkere Unterstützung
1919der Trägerstrukturen für die
1920Freiwilligendienste.

1921Kinderrechte sind Menschen-
1922rechte. Die Koalition bekennt
1923sich zu einer Politik, die gute
1924Rahmenbedingungen für die
1925Umsetzung der Kinderrechte
1926schafft, und werden uns auf Bun-
1927desebene dafür einsetzen, dass
1928Kinderrechte als eigenständiges
1929Grundrecht im Grundgesetz
1930verankert werden.

1931Kinder und Jugendliche haben
1932ein fundamentales Recht auf

1933 Teilhabe. Das Land unterstützt
1934 die Interessenvertretungen von
1935 Kindern und Jugendlichen und
1936 fördert ihre aktive Beteiligung auf
1937 kommunaler Ebene. Aufbauend
1938 auf § 19 der brandenburgischen
1939 Kommunalverfassung sowie
1940 auf dem neuen Kinder- und
1941 Jugendgesetz werden wir die Mit-
1942 wirkungsrechte von Kindern und
1943 Jugendlichen weiter ausbauen.
1944 Ziel ist es, den Interessenvertre-
1945 tungen von Kindern und Jugendli-
1946 chen ein Rede- und Antragsrecht
1947 in Kommunalvertretungen zu
1948 ermöglichen. Die Landes-Kinder-
1949 und Jugendbeauftragte wird hier-
1950 zu weiter Anleitung, Beratung
1951 und finanzielle Unterstützung
1952 anbieten.

1953 Wir werden die Selbstvertretun-
1954 gen von Kindern und Jugendli-
1955 chen weiter fördern. Dabei haben
1956 wir neben dem Dachverband der
1957 Kinder- und Jugendgremien, ins-
1958 besondere die Kinder und jungen
1959 Erwachsenen in Heimen, Pflege-
1960 familien und anderen Einrichtun-
1961 gen der Hilfen zur Erziehung im
1962 Blick.

1963 Wir unterstützen Modellprojekte
1964 zur Gewährung von Hilfen aus ei-
1965 ner Hand im Bereich der inklusi-
1966 ven Kinder- und Jugendhilfe.

1967 Die im Kinder- und Jugendge-
1968 setz erstmals verankerten Netz-
1969 werke „Frühe Hilfen“ und „Gesun-
1970 de Kinder“ wollen wir dauerhaft
1971 sichern, konzeptionell verbinden
1972 und auf den Zeitraum mindes-
1973 tens bis zur Grundschule ausdeh-
1974 nen. Dafür wird eine Neuaufstel-
1975 lung in den Trägerstrukturen we-
1976 sentliche Voraussetzung sein.

1977

1978 ¹²3.3 Sportland Brandenburg
1979 **Brandenburg bleibt ein Sport-**
1980 **land** - eine Region, in der der
1981 Sport das gesellschaftliche Leben
1982 prägt und einen wertvollen Bei-
1983 trag zum Zusammenhalt und zur
1984 Gesundheit der Menschen leis-
1985 tet. Wir wollen diese Entwicklung
1986 fortsetzen.

1987 Das Ehrenamt ist das Rückgrat
1988 des Sports, denn ohne die en-
1989 gagierte Unterstützung freiwilli-
1990 ger Helferinnen und Helfer wä-
1991 re der Vereins- und Breitensport
1992 in seiner Vielfalt und Lebendig-
1993 keit nicht möglich. Daher wird
1994 die Koalition den Breitensport
1995 und das ehrenamtliche Engage-
1996 ment in unseren Sportvereinen
1997 fördern, die gesetzliche Sportför-
1998 derung entsprechend der Mit-
1999 gliederstärke, der Tarifentwick-
2000 lung sowie der allgemeinen Kos-

2001tensteigerungen anpassen. Zu-
2002dem wird die Koalition den Lan-
2003dessportbund bei der Digitalisie-
2004rung der Vereinsförderung und
2005der Mitgliederverwaltung unter-
2006stützen.

2007Zur langfristigen Stärkung der
2008Sportinfrastruktur durch Bau-
2009investitionen führen wir das
2010kommunale Investitionspro-
2011gramm Sport „Goldener Plan
2012Brandenburg“ fort. Wir erleich-
2013tern den Sportstättenbau durch
2014die Vereinfachung der genehmi-
2015gungsrechtlichen Verfahren.

2016Bewegungsarmut in Kindheit
2017und Jugend führt zu langfristigen
2018gesundheitlichen Schäden und
2019enormen volkswirtschaftlichen
2020Kosten in der Zukunft. Wir wer-
2021den die Programme wie „Kinder
2022in Bewegung“ zur Bewegungsför-
2023derung im Kindesalter fortsetzen
2024und eine Ausweitung prüfen.

2025Brandenburg genießt aufgrund
2026seiner leistungsstarken Sport-
2027strukturen über die Landesgren-
2028zen hinweg hohes Ansehen.
2029Insbesondere wegen des Olym-
2030piastützpunktes mit seinen drei
2031Standorten in Potsdam, Frank-
2032furt (Oder) und Cottbus sowie
2033der sportlichen Spezialschulen
2034gilt Brandenburg bundesweit

2035 als Vorbild im Spitzensport. Wir
2036 bekennen uns daher weiterhin
2037 zur Förderung des Spitzen- und
2038 Leistungssports und zur quali-
2039 tativen Weiterentwicklung der
2040 Standorte und des Fördersys-
2041 tems des Olympiastützpunktes
2042 und der Spezialschulen Sport.
2043 Einen Schwerpunkt werden wir
2044 dabei auf die Förderung der
2045 dualen Karriere der Athletinnen
2046 und Athleten und auf die Ein-
2047 beziehung des Paralympischen
2048 Sports legen.

2049 **Die beeindruckende Medail-**
2050 **denbilanz der Brandenburger**
2051 **Athletinnen und Athleten**
2052 **bei den Olympischen und be-**
2053 **sonders den Paralympischen**
2054 **Spiele in Paris zeigt die Stärke**
2055 **des Sports in unserer Regi-**
2056 **on.** Durch unsere Bundes- und
2057 Landesstützpunkte für den Pa-
2058 rasport in Cottbus und Potsdam
2059 fördern wir gezielt den paralymp-
2060 ischen Sport und setzen uns
2061 nachhaltig für seine Weiterent-
2062 wicklung ein. Bei einer Berliner
2063 Bewerbung um die Ausrichtung
2064 Olympischer und Paralympi-
2065 scher Spiele 2040 ist es uns ein
2066 besonderes Anliegen, dass die
2067 international bewährte Regatta-
2068 strecke Beetzsee in Brandenburg

an der Havel einbezogen wird.
¹³⁴ Wissenschaft, Forschung
und Kultur ¹⁴4.1 Wissenschaft
und Forschung Gesellschaftlicher
Fortschritt, Innovation, Verständ-
nis und Prosperität gründen auf
den Erkenntnissen aus Wissen-
schaft und Forschung. Durch
Forschung und Lehre leisten die
Brandenburger Hochschulen und
außeruniversitären Forschungs-
einrichtungen maßgebliche
Beiträge zur wissenschaftlichen,
kulturellen, sozialen und wirt-
schaftlichen Entwicklung des
Landes. Als Orte von Dialog und
Bildung fördern die Hochschulen
die Fähigkeit zum demokrati-
schen Diskurs ebenso wie zur
innovativen und reflektierten
Auseinandersetzung mit den
Herausforderungen unserer Zeit.
Die Hochschulen bieten für Men-
schen aus der Region wie aus
der ganzen Welt attraktive Studi-
enmöglichkeiten. Damit sind sie
zentrale Partner bei der Gewin-
nung qualifizierter Fachkräfte, die
unsere Unternehmen und Insti-
tutionen dringend benötigen. Mit
ihren Forschungsaktivitäten sind
sie Innovationsmotoren, die die
Grundlagen für eine zukunftsori-
entiertere Wirtschaft und Arbeits-

2103welt schaffen sowie unverzicht-
2104bare Beiträge zum Gelingen der
2105ökologischen, digitalen und öko-
2106nomischen Transformation leis-
2107ten. Für uns ist klar: Wissenschaft
2108und Forschung bilden ein Fun-
2109dament für den Wohlstand von
2110morgen, weshalb wir ihre Ent-
2111wicklung nachhaltig fördern und
2112unterstützen.

2113Um seine Zukunft erfolgreich
2114gestalten zu können, braucht
2115Brandenburg starke Hoch-
2116schulen. Um sie zukunftssicher
2117aufzustellen und sie gezielt bei
2118der Verfolgung strategischer
2119Entwicklungsziele zu unterstüt-
2120zen, werden wir den jährlichen
2121Aufwuchs der Hochschulfinanzie-
2122rung fortsetzen. Damit bleiben
2123ihre Kernaufgaben unabhängig
2124von Drittmittelfinanzierung. Auch
2125in Zukunft wird das Land auf Stu-
2126diengebühren für Studierende
2127verzichten; der Semesterbeitrag
2128bleibt davon unberührt.

2129Weil gute Wissenschaft ver-
2130lässliche Arbeitsbedingungen
2131und transparente Karrierewege
2132braucht, werden wir die Ergeb-
2133nisse aus dem Dialogprozess
2134„Gute Arbeit in der Wissenschaft“
2135umsetzen. Die Koalition bekennt
2136sich zu dem Ziel, landesweit

2137 einen Anteil von 40 Prozent un-
2138 befristeten haushaltsfinanzierten
2139 akademischen Mitarbeitenden
2140 anzustreben und setzen uns
2141 für einen Tarifvertrag für stu-
2142 dentische Beschäftigte ein. Für
2143 Daueraufgaben sollen Dauer-
2144 stellen geschaffen werden. Die
2145 mit der Novelle des Branden-
2146 burgischen Hochschulgesetzes
2147 neu verankerten Karrierewege
2148 in Forschung und Lehre werden
2149 wir stärken. Wir wollen zudem
2150 Anreize für die Einführung von
2151 Departmentstrukturen setzen.
2152 Neben der Stärkung der Gesund-
2153 heitsversorgung in der Lausitz
2154 und der Ausbildung von Ärztin-
2155 nen und Ärzten für Brandenburg
2156 soll die Medizinische Universi-
2157 tät Lausitz – Carl Thiem (MUL)
2158 mit den beiden in Deutschland
2159 einzigartigen und vom Wissen-
2160 schaftsrat als zukunftsweisend
2161 gewürdigten Forschungsschwer-
2162 punkten Gesundheitssystem-
2163 forschung und Digitalisierung
2164 des Gesundheitswesens einen
2165 Beitrag zur Modernisierung des
2166 Gesundheitssystems in ganz
2167 Deutschland leisten und sich
2168 zu einem Spitzenstandort in
2169 Forschung, Lehre und Kranken-
2170 versorgung entwickeln.

217 Brandenburg ist stolz auf seine
217 starke Forschungslandschaft. Die
217 außeruniversitären Forschungs-
217 einrichtungen werden wir wei-
217 ter unterstützen und Ressourcen
217 für ihre strategische Weiterent-
217 wicklung zur Verfügung stellen.
217 Im Bund setzen wir uns für eine
217 weiterhin auskömmliche Finan-
218 zierung damit verbundener Pro-
218 jekte und Einrichtungen ein.
218 Nur so werden wir Lösungen
218 für die drängendsten Zukunfts-
218 fragen und gesellschaftlichen
218 Herausforderungen finden.
218 Gemeinsam mit Hochschulen
218 und Forschungseinrichtungen
218 erarbeiten wir eine Forschungs-
218 strategie, die auf den Stärken
219 der brandenburgischen Wissen-
219 schaftslandschaft wie die Klima-,
219 Klimafolgenforschung, Geowis-
219 senschaften und Bioökonomie
219 aufbaut.
219 Wissenschaftsparks sind In-
219 kubatoren für Innovation und
219 wirtschaftliche Entwicklung.
219 Sie bieten in der Nähe mit
219 Hochschulen und Forschungs-
220 einrichtungen kreative Plätze
220 für Gründerinnen und Gründer.
220 Als erfolgreiche Transferinstru-
220 mente helfen sie, die klügsten
220 Köpfe zum Nutzen des Landes

220in Brandenburg zu halten und
220nach Brandenburg zu holen. Wir
220werden daher die Science Parks
220wie in Potsdam und der Lausitz
220ressortübergreifend stärken.
221Die Koalition prüft, ob die Vor-
221aussetzung für die Einrichtung
221weiterer Standorte – allen voran
221in Schwedt und der Dahme-
221Spreewald-Region – gegeben
221sind. Vor allem kleine und mitt-
221lere Unternehmen sind darauf
221angewiesen, unkomplizierte Zu-
221gänge zum Wissenstransfer aus
221Universitäten und Hochschulen
222zu haben. Diese Vernetzung
222werden wir gezielt stärken.
222Digitalisierung ist eine wesentli-
222che Voraussetzung für zukunfts-
222weisende Forschung und Leh-
222re. Die Koalition unterstützt die
222Hochschulen im Rahmen der be-
222reitgestellten Haushaltsmittel da-
222bei, die Digitalisierung in allen
222Leistungsbereichen voranzutrei-
223ben. Dabei gilt, dass nicht jeder
223alles machen muss und kann,
223sondern hochschulübergreifend
223zusammengearbeitet wird. Zur
223Stärkung von Wissenschaft und
223Forschung zur Anwendung von
223AI/KI mit internationaler Strahl-
223kraft sind strukturelle Änderun-
223gen notwendig, die wir unterstüt-

223zen.

224Wir wollen den Hochschulbau,
224auch innerhalb des Brandenbur-
224gischen Landesbetriebes Bauen,
224neu aufstellen. Dazu sind landes-
224rechtliche Vorschriften mit dem
224Ziel zu vereinfachen und zu ent-
224bürokratisieren, das Bauen zu er-
224leichtern und schneller zu reali-
224sieren.

224Wohnraum für Studierende und
225Auszubildende muss bezahlbar
225bleiben. Wir wollen mehr be-
225zahlbaren Wohnraum für jun-
225ge Menschen in der Nähe ih-
225rer Studien- und Ausbildungs-
225orte schaffen. Deshalb werden
225wir das Bundesprogramm „Jun-
225ges Wohnen“ zielgerichteter nut-
225zen, um weitere Wohnheimplät-
225ze zu schaffen. Mit einer ei-
226genen Richtlinie zur Förderung
226des Wohnheimbaus erhöhen wir
226die Verlässlichkeit und Planbar-
226keit für die Studierendenwerke.
226Die Koalition hält an dem Ziel ei-
226ner Versorgungsquote von 20%
226fest. Dort, wo es sinnvoll und not-
226wendig ist, werden wir die För-
226derung gemeinsamer Wohnhei-
226me für Studierende und Auszubil-
227dende prüfen und – soweit not-
227wendig – die gesetzlichen Vor-
227aussetzungen dafür schaffen. Au-

2273ßerdem werden wir externe Part-
2274ner und denkbare Kooperations-
2275modelle beim Wohnheimbau ein-
2276beziehen. Hierbei wird gesichert,
2277dass die Mietbedingungen dau-
2278erhaft denen der Studierenden-
2279werke entsprechen und diese die
2280Bewirtschaftung der Wohnheim-
2281plätze übernehmen.

2282Die Wirtschaft ist auf interna-
2283tionale Fachkräfte angewiesen.
2284Daher erweitern wir das Ange-
2285bot für internationale Studieren-
2286de und fördern ihre Integrati-
2287on z. B. durch studienbegleitende
2288Sprachkurse. Mit den Arbeitge-
2289bern der zukünftigen Absolven-
2290tinnen und Absolventen werden
2291wir über eine gezielte Integration
2292in den Arbeitsmarkt beraten.

2293Die Koalition wird die Brü-
2294ckenfunktion der Stadt Frank-
2295furt (Oder) und der Europa-
2296Universität Viadrina mit ihren
2297Kompetenzen für polnische
2298Studien sowie den „Kompe-
2299tenzverbund Interdisziplinäre
2300Ukrainestudien Frankfurt (Oder)
2301- Berlin (KIU)“ durch den Auf-
2302bau von Ukraine-Zentrum und
2303Dialogforum Osteuropa stärken.

2304

2305 ¹⁵4.2 Kultur Brandenburg ist
2306geprägt von einer reichen und

vielfältigen Kulturlandschaft, die unsere Identität stärkt und die Brandenburgerinnen und Brandenburger verbindet. Die Pflege und Förderung dieser Kulturlandschaft sind eine wichtige Aufgabe unserer Politik. Wir erkennen Kultur als ein öffentliches Gut an, das unabhängig von sozialen, wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Hürden allen Menschen offenstehen muss. Die Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg definiert den Kulturbegriff umfassend. Die Koalition wird alle kulturpolitischen Entscheidungen an diesem Kulturbegriff ausrichten und will die reichhaltige Kulturlandschaft in Brandenburg erhalten.

Die Koalition wird die kulturellen Ankerpunkte im ländlichen Raum weiter stärken, um zivilgesellschaftliche Strukturen, ressortübergreifende Kooperationen und Synergien zu befördern, breite kulturelle Teilhabe zu ermöglichen sowie die Potenziale und die Attraktivität der ländlichen Räume zu nutzen, weiterzuentwickeln und nach innen und außen zu kommunizieren.

Die freien darstellenden Künste bereichern die kulturelle Teilha-

234be von allen Altersgruppen im
234gesamten Land. Wir werden sie
234daher weiter gezielt unterstüt-
234zen. Zur Förderung freischaffen-
234der Künstler setzen wir ein Sti-
234pendienprogramm fort. Soziokul-
234tur und Festivals sind wichtige Be-
234standteile der Kulturlandschaft
234Brandenburgs und werden von
235uns gefördert.

235Brandenburgs Kulturlandschaft
235profitiert vom Austausch und
235der Zusammenarbeit von Kunst,
235Bildung und ehrenamtlichem
235Engagement. Kulturverbände
235spielen hierbei eine zentrale
235Rolle, die wir unterstützen und
235fördern.

235Kultur benötigt Fairness und Pla-
236nungssicherheit. Daher prüfen
236wir die Übernahme der Finan-
236zierung von Tarifsteigerungen
236für alle geförderten Einrichtun-
236gen und Initiativen analog zum
236öffentlichen Dienst.

236Die Theater und Orchester sind
236die kulturellen Leuchttürme
236des Landes Brandenburg, die
236für hohe künstlerische Qualität
237und überregionale Ausstrahlung
237des Landes stehen. Sie schaffen
237Identität und über den Gastspiel-
237austausch ermöglichen sie die
237kulturelle Teilhabe in der Fläche

237des Landes. Diese Einrichtungen,
237getragen von dem Gedanken
237der Vernetzung, Kooperation
237und Synergie, gilt es verant-
237wortungsvoll zu befördern und
238zukunftsfähig zu gestalten.

238Wir stärken unsere Musik- und
238Kunstschulen und binden qua-
238lifizierte und motivierte Musik-
238pädagoginnen und -pädagogen
238als Fachkräfte zukunftsorientiert,
238um den Zugang zur kulturellen
238Bildung und zur kulturellen Teil-
238nahme ohne Hürden in allen Regio-
238nen zu ermöglichen. Dazu erhö-
239hen wir die finanzielle Förderung
239der Musik- und Kunstschulen.

239Die Stiftung Preußische Schlösser
239und Gärten Berlin-Brandenburg
239(SPSG) und die Stiftung Fürst-
239Pückler-Museum Park und
239Schloss Branitz sind für Branden-
239burg bedeutsame Stiftungen. Die
239Koalition tritt beim Bund für eine
239weiterhin gute Kofinanzierung
240ein. Wir werden mit den jeweili-
240gen Stiftungsmitgliedern über die
240zukünftige Finanzierung beraten,
240insbesondere hinsichtlich von
240Mehrbedarfen bei Bausanierung
240und -unterhalt.

240Um für die Klimaanpassung nö-
240tige Maßnahmen zu finanzieren,
240werden wir gezielte Fördermaß-

2409nahmen für die SPSG und die Stif-
2410ftung Fürst-Pückler-Museum Park
2411und Schloss Branitz bereitstellen.
2412Im Zuge dieser Maßnahmen wird
2413eine Organisationsuntersuchung
2414bei der SPSG durchgeführt, um si-
2415cherzustellen, dass die Mittel ins-
2416gesamt effizient und zielgerichtet
2417eingesetzt werden.

2418Um dem Rang des einzigarti-
2419gen kulturellen Erbes des Klos-
2420ters Chorin gerecht zu werden
2421und insbesondere auch seine Be-
2422treibung zukunftsorientiert auf-
2423zustellen und die überregiona-
2424le Ausstrahlung zu steigern, be-
2425darf es einer umfassenden stra-
2426tegischen und strukturellen Neu-
2427aufstellung. Hierfür streben wir
2428die Errichtung einer Landesstif-
2429ftung an.

2430

2431 **Gedenken und Erinnern**

2432Unsere Gedenkstätten bewahren
2433die Erinnerung an die Verbrechen
2434zweier Diktaturen und leisten ei-
2435nen unverzichtbaren Beitrag zur
2436Demokratiebildung. Sie sind Or-
2437te der Reflexion, des Lernens und
2438der Mahnung, die für die heutige
2439und zukünftige Gesellschaft von
2440großer Bedeutung sind. Insbe-
2441sondere die sieben historischen
2442Orte der Stiftung Brandenburgi-

2443sche Gedenkstätten leisten einen
2444entscheidenden Beitrag zur Er-
2445innerungskultur des Landes und
2446sind von nationaler und interna-
2447tionaler Bedeutung. Die Koaliti-
2448on unterstützt die Gedenkstätten
2449beim Erhalt der Bausubstanz der
2450Gedenkorte und der Ausweitung
2451der Kapazitäten für Besuche von
2452Schülergruppen.

2453Wir unterstützen die Arbeit des
2454Netzwerks Zeitgeschichte und
2455verstetigen dessen Förderung.
2456Dabei legen wir besonderen Wert
2457auf die Förderung der zahlrei-
2458chen ehrenamtlich getragenen
2459Gedenkorte, deren Engagement
2460wesentlich zur Erinnerungskultur
2461in unserem Land beiträgt.

2462Wir prüfen, ob Schülerinnen
2463und Schüler, Auszubildende und
2464Studierende künftig kostenfreien
2465Eintritt in landeseigene Museen
2466und Gedenkstätten erhalten
2467können. Zudem stärken wir eine
2468Zusammenarbeit zwischen Schu-
2469den, Jugendarbeit und Museen
2470sowie Gedenkstätten.

2471 **Sorben und Wenden**

2472Zur lebendigen Kultur Branden-
2473burgs gehört auch das Volk der
2474Sorben und Wenden. Sie sind
2475hier heimisch. Die Koalition för-
2476dert ihre Kultur und arbeitet in-

2477ensiv am Erhalt der niedersor-
2478bischen Sprache. Wir setzen uns
2479dafür ein, dass die Stiftung für
2480das sorbische Volk durch ein Fi-
2481nanzierungsabkommen des Lan-
2482des Brandenburg mit dem Bund
2483und dem Freistaat Sachsen eine
2484auskömmliche Finanzierung er-
2485hält. Wir wollen die Sorabistik
2486an der BTU Cottbus-Senftenberg
2487stärken.

2488

2489**Zusammenleben, Glaube und** 2490**Weltanschauung**

2491Niederdeutsch gehört zu unserer
2492Heimat Brandenburg. Die Koaliti-
2493onsparteien führen die Pflege der
2494niederdeutschen Sprache fort.
2495Wir werden auf der Grundlage
2496des Evangelischen Kirchenvertra-
2497ges Brandenburg und des Vertra-
2498ges des Landes Brandenburg mit
2499dem Heiligen Stuhl weiterhin gut
2500und vertrauensvoll mit den Kir-
2501chen zum Wohl der Menschen im
2502Land Brandenburg zusammenar-
2503beiten. Wir erkennen die große
2504Bedeutung der Kirchen als Akteu-
2505re der Zivilgesellschaft an. Dorf-
2506kirchen sind wichtiger baukultu-
2507reller und gesellschaftlicher Mit-
2508elpunkt. Den Erhalt ihrer Bau-
2509substanz werden wir weiterhin
2510unterstützen.

251 Jüdisches Leben und jüdische
251 Kultur sind ein wichtiger Be-
251 standteil der Brandenburgischen
251 Identität und Gesellschaft. Ihr
251 Schutz und ihre Förderung sind
251 in der Landesverfassung ver-
251 ankert und wir wollen diese
251 Verpflichtung mit Leben füllen.
251 Um dem auch in Zukunft gerecht
252 zu werden, erhöhen wir die
252 finanzielle Ausstattung der jüdi-
252 schen Verbände und Gemeinden
252 in Brandenburg. Hierzu werden
252 wir den jüdischen Staatsvertrag
252 Brandenburg ändern.

252 ¹⁶175 Inneres, Kommunales,
252 öffentlicher Dienst und Digi-
252 talisierung ¹⁸5.1 Inneres Die
252 Stellenzielzahl der Polizei Bran-
253 denburg wird auf 9.000 erhöht
253 und schrittweise realisiert. Die
253 Koalition wird die Besetzung von
253 Stellen beschleunigen, indem
253 wir die Ausbildung im Polizei-
253 dienst intensivieren und diesen
253 auch für Seiteneinsteigerinnen
253 und Seiteneinsteiger attraktiv
253 machen. Ein Baustein hierfür
253 wird ebenfalls eine moderne
254 Personalentwicklung sein. Die
254 Hochschule der Polizei wird
254 personell und hinsichtlich der
254 Sachmittel bedarfsgerecht aus-
254 gebaut. Wir setzen uns für

2545 die zeitnahe Fertigstellung des
2546 Anwärterwohnheims in Orani-
2547 enburg ein. Das Ziel ist, die Zahl
2548 der Polizeianwärter zu erhöhen.
2549 Die Liegenschaften der Polizei,
2550 insbesondere die Polizeiwachen,
2551 werden im notwendigen Umfang
2552 beschleunigt ertüchtigt.

2553 Die Koalition wird die Ausstat-
2554 tung aller Bereiche innerhalb
2555 der Polizei nach aktuellem Stan-
2556 dard und mit der erforderlichen
2557 modernen Technik bereitstellen,
2558 dabei u. a. auch den Einsatz von
2559 Künstlicher Intelligenz verstärken
2560 und moderne Ermittlungskom-
2561 petenzen für Kriminalität im
2562 Internet und der digitalen Welt
2563 aufbauen. Wir werden die Ein-
2564 satzkräfte flächendeckend mit
2565 Bodycams und Tasern ausstatten
2566 und damit Deeskalationsmög-
2567 lichkeiten und den Schutz der
2568 Polizisten und Polizistinnen ver-
2569 bessern. Eine zeitgemäße und
2570 qualitative Ausstattung aller
2571 Einsatzkräfte hat für uns höchste
2572 Priorität.

2573 Die Koalition wird die Einrichtung
2574 von lokalen Sicherheitskon-
2575 ferenzen von Polizei, Staats-
2576 anwaltschaft, Ordnungs- und
2577 Jugendämtern sowie Sicher-
2578 heitspartnern unterstützen,

257 die Sicherheitspartnerschaften
258 fortsetzen und die kommunale
259 Kriminalprävention stärken.

258 Um die öffentliche Sicherheit zu
259 stärken, ist eine Zusammenar-
258 beit zwischen Polizei und Ord-
259 nungsämtern entscheidend. Wir
258 werden prüfen, wie wir die Ein-
259 satzkräfte mit den notwendigen
258 Befugnissen ausstatten und da-
259 für insbesondere ein allgemeines
259 Sicherheits- und Ordnungsgesetz
259 in den Blick nehmen. Auch bun-
259 desgesetzliche Regelungen wer-
259 den wir vor diesem Hintergrund
259 kritisch begleiten.

259 Die Koalition wird Möglichkei-
259 ten prüfen, wie Präsenz und
259 Ansprechbarkeit der Polizei ge-
259 steigert werden können. Hierzu
259 werden wir offen und kritisch
260 betrachten, von welchen sach-
260 fremden Tätigkeiten, insbeson-
260 dere die Revierpolizei, entlastet
260 werden kann. Die Arbeit der Re-
260 vierpolizei als Ansprechpartner
260 im jeweiligen Polizeirevier soll
260 somit gestärkt werden. Zur Sicht-
260 barkeit in der Fläche gehört für
260 uns der Erhalt aller Polizeireviere
260 und Polizeiinspektionen.

261 Den Aufbau einer weiteren Ein-
261 satzhundertschaft werden wir
261 prüfen.

2613 Wir wollen die deutsch-polnische
2614 Zusammenarbeit im Sicher-
2615 heitsbereich weiterführen. Das
2616 deutsch-polnische Zentrum
2617 und die Einrichtung deutsch-
2618 polnischer Ermittlungsteams
2619 werden insbesondere zur Ein-
2620 dämmung der grenzüberschrei-
2621 tenden Kriminalität weiterhin
2622 unterstützt. Die lageabhängige
2623 „Schleierfahndung“ im grenz-
2624 nahen Raum wird fortgeführt.
2625 Dabei ist die enge Zusammenar-
2626 beit mit der Bundespolizei von
2627 besonderer Bedeutung.

2628 Der Schutz unserer Einsatzkräfte
2629 ist ein wichtiges Anliegen. Über-
2630 griffe auf oder Behinderungen
2631 von Einsatz- und Rettungskräften
2632 werden noch konsequenter ver-
2633 folgt und bestraft.

2634 Wir sind uns einig, dass in
2635 Brandenburg nur Beamtin und
2636 Beamter werden darf, wer un-
2637 eingeschränkt auf dem Boden
2638 der freiheitlichen demokrati-
2639 schen Grundordnung steht. Es
2640 bedarf daher geeigneter, aber
2641 auch verhältnismäßiger Mittel,
2642 um Personen mit Bezügen aus
2643 dem Bereich des politischen
2644 und religiösen Extremismus mit
2645 verfassungsfeindlichen Bestre-
2646 bungen vom Staatsdienst fernzu-

halten. Vor diesem Hintergrund
wird der Verfassungstreuecheck
hinsichtlich seiner Geeignetheit,
Verhältnismäßigkeit sowie be-
züglich der mit ihm verbundenen
Grundrechtseingriffe und diszi-
plinarrechtlichen Auswirkungen
bereits im Jahr 2025 überprüft
und entsprechend angepasst.

Der Verfassungsschutz vertei-
digt unabhängig und durch
das Parlament kontrolliert die
freiheitliche demokratische
Grundordnung. Die verfassungs-
gemäßen Kernaufgaben des
Verfassungsschutzes sind aus-
schließlich die Beobachtung
und Bekämpfung verfassungs-
feindlicher Bestrebungen, die
Spionageabwehr, der Wirt-
schaftsschutz, die Prävention,
die Begleitung von Extremisten
bei ihrem Szeneausstieg und die
Unterrichtung der Öffentlichkeit
sowie zuständiger Stellen über
seine Erkenntnisse im Bereich
des politischen oder religiösen
Extremismus. Er wird sich auf
seine Kernaufgaben konzentrie-
ren. Dazu statten wir ihn unter
Berücksichtigung der jeweiligen
Sicherheitslage personell und
sachlich angemessen aus.

2680

2681¹⁹

2682 **Brand-, Bevölkerungs- und Ka-**
2683 **tastrophenschutz**

2684 Die Anforderungen an den
2685 Brand- und Katastrophenschutz
2686 in Brandenburg sind in den
2687 vergangenen Jahren stetig ge-
2688 wachsen. Insoweit kommt es
2689 darauf an, seine Strukturen zu
2690 stärken und weiterzuentwickeln.
2691 Wir bekennen uns zu unserer
2692 Verantwortung bei der Digitali-
2693 zierung der Gefahrenabwehr.

2694 Daher soll die Errichtung ei-
2695 nes zweiten Standorts der
2696 Landesschule und Technische
2697 Einrichtung für Brand- und Ka-
2698 tastrophenschutz des Landes
2699 Brandenburg (LSTE) mitsamt
2700 eines leistungsfähigen Kata-
2701 strophenschutzwarmlagers und
2702 einem Waldbrandkompetenz-
2703 zentrum am Standort Wünsdorf
2704 forciert werden.

2705 Das bestehende Angebot der
2706 zentralen Beschaffung durch
2707 den Zentraldienst der Polizei
2708 (ZDPol) für die kommunalen
2709 Träger des Brand- und Kata-
2710 strophenschutzes soll erweitert
2711 werden.

2712 Der beim ZDPol organisierte
2713 Kampfmittelbeseitigungsdienst
2714 (KMBD) zählt zu den leistungs-

2715 fähigsten Räumdiensten in
2716 Deutschland.

2717 Wir werden uns weiterhin mit
2718 Nachdruck dafür einsetzen, dass
2719 sich der Bund an der Kosten-
2720 tragung für die Beseitigung von
2721 Kampfmitteln aus dem Zweiten
2722 Weltkrieg endlich angemessen
2723 beteiligt. Die Koalition wird die
2724 „Modellregion Oranienburg“
2725 in eine „Kompetenzregion für
2726 Kampfmittelbeseitigung“ über-
2727 führen.

2728 Es sollen bessere rechtliche Rah-
2729 menbedingungen für den Ein-
2730 satz gut ausgestatteter Werkfeu-
2731 erwehren im örtlichen Brand-
2732 schutz geprüft werden.

2733 Wir wollen die öffentlichen Feuer-
2734 wehren und die im Bevölkerungs-
2735 und Katastrophenschutz mitwir-
2736 kenden Organisationen gut
2737 ausstatten und eine solide Quali-
2738 fizierung sicherstellen. Dazu zählt
2739 auch die Überprüfung entspre-
2740 chender Rechtsgrundlagen. Das
2741 Engagement der Einsatzkräfte,
2742 die ganz überwiegend ehrenamt-
2743 lich tätig sind, würdigen wir mit
2744 den bewährten Instrumenten
2745 und Formen der Anerkennung.
2746 Die Koalition wird auch zukünftig
2747 das ehrenamtliche Engagement
2748 durch Anerkennungsformate

2749 unterstützen. Wir arbeiten an
2750 der Gleichstellung der vielfach
2751 ehrenamtlich agierenden Hilfsor-
2752 ganisationen.

2753 Die seit 1990 eingetretenen
2754 Katastrophen- und Großscha-
2755 denslagen im Land Brandenburg,
2756 insbesondere Hochwasser so-
2757 wie Wald- und Flächenbrände,
2758 zeigten, dass sich die Bundes-
2759 wehr, die Bundespolizei und
2760 die Bundesanstalt Technisches
2761 Hilfswerk stets als verlässliche
2762 Partner erwiesen haben. Dies
2763 bezieht sich auf Kapazitäten
2764 der Luftunterstützung und auf
2765 die Gestellung von Personal im
2766 Spektrum von geschlossenen Ein-
2767 heiten bis hin zum spezialisierten
2768 Fachberater. Diese bewährte
2769 Kooperation mit den Behörden
2770 des Bundes bleibt auf die Ge-
2771 währleistung des zivilen Brand-
2772 und Katastrophenschutzes für
2773 die Brandenburgerinnen und
2774 Brandenburger ausgerichtet.

2775 Auch die Nachwuchsgewinnung
2776 insbesondere bei den Jugendfeu-
2777 erwehren ist ein entscheidender
2778 Erfolgsfaktor. Die Koalition unter-
2779 stützt daher unsere Feuerweh-
2780 ren weiterhin bei der Gewinnung
2781 von Nachwuchs und stärkt den
2782 Feuerwehrunterricht an Schulen

2783 über die Ausweitung des Projekts
2784 „Feuerwehr macht Schule“.

2785

2786 **Bundeswehrstandorte**

2787 Wir stimmen darin überein, dass
2788 für Frieden und Sicherheit die
2789 Verteidigungsfähigkeit unseres
2790 Landes von großer Bedeutung
2791 ist und die Fähigkeit der Bundes-
2792 wehr zur Verteidigung gestärkt
2793 werden muss. Deswegen stehen
2794 wir zur Bundeswehr und ihren
2795 Standorten in Brandenburg. Wir
2796 unterstützen die Entwicklung
2797 dieser Standorte, den Ausbau
2798 der zivilen Infrastruktur sowie
2799 die Ansiedlung entsprechender
2800 Wirtschaftsunternehmen.²⁰

2801

2802 ²¹5.2 Kommunales Die Kom-
2803 munale Selbstverwaltung ist
2804 die Basis unserer Demokratie
2805 und des toleranten Zusammen-
2806 lebens. Wir bekennen uns zu
2807 starken Landkreisen, Städten
2808 und Gemeinden als Fundament
2809 für das Land und Ausdruck des
2810 politischen Gestaltungswillens
2811 seiner Menschen.

2812 Die Brandenburgische Kommu-
2813 nalverfassung, das Gesetz zur
2814 Kommunalen Gemeinschaftsar-
2815 beit, sowie das Kommunalabga-
2816 bengesetz sind die rechtlichen

281 Leitplanken der Kommunen in
281 unserem Land. Moderne Geset-
281 ze, die sich an den Bedürfnissen
282 unserer kommunalen Wirklich-
282 keit sowie der bestehenden
282 Praxis orientieren, sind dafür die
282 Grundlage. Die Koalition wird die-
282 se Gesetze in den Blick nehmen
282 und gegebenenfalls notwendige
282 Anpassungen vornehmen.

282 Um einen Anreiz für die Kom-
282 munen zur Finanzierung von In-
282 vestitionsvorhaben zu schaffen,
283 werden wir die Möglichkeit der
283 Einrichtung eines Zinsstützungs-
283 programms über die Investitions-
283 bank des Landes Brandenburg
283 prüfen. Die Ergebnisse der Prü-
283 fung sollen als Grundlage für wei-
283 tere Entscheidungen dienen.

283 Die Koalition wird die inter-
283 kommunale Zusammenarbeit
283 stärken, indem wir die Rahmen-
284 bedingungen für ein freiwilliges
284 Zusammenwirken und eine
284 Bündelung der Kräfte von Kom-
284 munen verbessern. Dazu sollen
284 mit Modellvorhaben positive
284 Beispiele gezielt gefördert, die
284 Beratungstätigkeit durch das
284 Ministerium des Innern und für
284 Kommunales (MIK) durch einen
284 Beratungsdienst intensiviert
285 und eine steuerlich günstigere

285 Gestaltung geprüft werden.
285 Zur Weiterentwicklung der di-
285 rekten Demokratie im Rahmen
285 der kommunalen Selbstverwal-
285 tung werden wir die vorhande-
285 nen Möglichkeiten hinsichtlich ih-
285 rer Wirksamkeit und des Bedarfs
285 einer Erweiterung prüfen.
285 Wir werden die Kommunen bei
286 der Durchführung von Vergabe-
286 verfahren entlasten. Hierzu wer-
286 den wir die Befristung bei Di-
286 rektvergaben (§ 30 Kommuna-
286 le Haushalts- und Kassenverord-
286 nung) bis zu einer Wertgrenze bis
286 3.000 EUR netto aufheben.
286 Die Koalition begrüßt jedes eh-
286 renamtliche Engagement in un-
286 serem Land. Die Koalition wird
287 sich dafür einsetzen, dass sich
287 noch mehr Bürgerinnen und Bür-
287 ger kommunal engagieren und
287 ihre Mandate ausüben. Um be-
287 sondere Verdienste um die kom-
287 munale Selbstverwaltung ange-
287 messen zu würdigen, begrüßen
287 wir, dass die Ehrungen des Minis-
287 terpräsidenten auch kommunal-
287 politisches Ehrenamt umfassen.
288 Darüber hinaus unterstützen wir
288 die Bemühungen der Kommunen
288 selbst das Ehrenamt zu würdi-
288 gen. Um besondere Verdienste
288 um die kommunale Selbstverwal-

2888tung angemessen würdigen zu
2889können, soll eine spezifische Aus-
2890zeichnung durch Einführung ei-
2891ner Medaille geprüft werden.²²

2892²³

2893

2894 ²⁴5.3 Öffentlicher Dienst
2895 ²⁵Die Beschäftigten des Landes
2896 sind das Rückgrat der Verwal-
2897 tung und der Garant für einen
2898 demokratischen und funktionie-
2899 renden Staat. Jedoch haben sich
2900 die Anforderungen an das Land
2901 Brandenburg als Arbeitgeber und
2902 Dienstherrn erheblich verändert.
2903 Damit auch zukünftig möglichst
2904 qualifiziertes Personal gewonnen
2905 und langfristig gebunden werden
2906 kann, müssen die notwendigen
2907 Rahmenbedingungen geschaffen
2908 werden.

2909 Um dem fortschreitenden Fach-
2910 kräftemangel der Landesver-
2911 waltung entgegen zu wirken,
2912 bündeln wir die Kräfte zur Per-
2913 sonalgewinnung aller Landesbe-
2914 hörden unter einer Dachmarke
2915 „Land Brandenburg – Arbeitge-
2916 ber der vielen Möglichkeiten“.
2917 Durch eine weitreichende Zen-
2918 tralisierung der Personalbeschaf-
2919 fungsmaßnahmen harmonisie-
2920 ren wir den Auftritt des Landes
2921 auf dem Arbeitsmarkt, heben

2919 Synergiepotenziale in der Zusam-
2920 menarbeit der Landesbehörden
2921 und erhöhen die Sichtbarkeit der
2922 beruflichen Chancenvielfalt in
2923 der Landesverwaltung.

2924 Die Attraktivitätsgespräche sei-
2925 tens der Landesregierung und
2926 den Gewerkschaften werden
2927 fortgesetzt.

2928 Um IT-Kompetenzen unter
2929 jungen Fachkräften in der Ver-
2930 waltung auszubauen, werden
2931 wir entsprechende Lerninhalte
2932 in den gemeinsamen Studien-
2933 gängen „Öffentliche Verwaltung
2934 Brandenburg“ und „Verwaltungs-
2935 informatik Brandenburg“ sowie
2936 in der Laufbahnausbildung für
2937 den mittleren allgemeinen Ver-
2938 waltungsdienst für die Landes-
2939 und Kommunalverwaltung als
2940 Teil der Maßnahmen zur Stär-
2941 kung der Digitalkompetenzen in
2942 der Landesregierung integrieren.

2943 Sachgrundlose Befristungen für
2944 Daueraufgaben der Ressorts
2945 im Verantwortungsbereich des
2946 Landes sind zu vermeiden. Sach-
2947 grundbezogene Befristungen
2948 sind auf das notwendige Maß zu
2949 reduzieren.

2950 Weiterhin hält die Koalition an
2951 das Ausbringen entsprechender
2952 Nachwuchsstellen in der Perso-

2953malbedarfsplanung fest, um u. a.
2954den Wissenstransfer ausschei-
2955dender Beschäftigter zu fördern
2956und abzusichern.

2957Die Koalition setzt sich bei der Ta-
2958rifgemeinschaft deutscher Län-
2959der für eine vollständige Anglei-
2960chung der tarifrechtlichen Stan-
2961dards des Tarifgebietes Ost an
2962das Tarifgebiet West ein.

2963Tarifverhandlungsergebnis-
2964se werden systemgerecht auf
2965die Beamtenbesoldung und
2966Versorgung übertragen. Das
2967Zulagenwesen im Land werden
2968wir umfassend evaluieren. Die
2969Koalition prüft, ob die Laufbahn-
2970verordnung angepasst werden
2971soll, insbesondere die der Po-
2972izei. Zudem werden wir mehr
2973Beförderungssämter schaffen
2974und damit ebenfalls die Auf-
2975stiegsmöglichkeiten erhöhen.
2976Die Koalition wird dafür sorgen,
2977dass sich das Land für tarifliche
2978Bezahlungen in den Betrieben
2979mit Landesbeteiligung einsetzt.

2980Leistungsfähige und bürgernahe
2981Verwaltungen von Land und
2982Kommunen brauchen stabile
2983personelle und finanzielle Rah-
2984menbedingungen. Um auch in
2985Zukunft das nötige Verwaltungs-
2986personal zu gewinnen, werden

2987Wir das Land und die Kommu-
2988nen noch stärker als attraktive
2989Arbeitgeber aufstellen.

2990Das Betriebliche Gesundheitsma-
2991nagement wird auch in Zukunft
2992bestehen bleiben.

2993

2994 ²⁶5.4 Digitalisierung ²⁷**Digita-**
2995**lisierung entschlossen gestal-**
2996**ten**

2997Wir wollen, dass Digitalisierung
2998das Leben der Menschen einfa-
2999cher und besser macht. Gera-
3000de für ein Flächenland wie Bran-
3001denburg bietet die Digitalisierung
3002enorme Chancen bei der Über-
3003windung von Distanzen. Stadt
3004und Land rücken so enger zusam-
3005men.

3006Die Koalition wird zeitgemäße In-
3007frastrukturen, Schnittstellen und
3008Plattformen sowie eine effiziente,
3009zentrale Digitalkoordination mit
3010einem Digitalbudget schaffen.

3011Wir werden die Digitalisierung
3012der Verwaltung prioritär vor-
3013antreiben, um Abläufe für die
3014Bürgerinnen und Bürger zu er-
3015leichtern. Digitalisierung darf
3016jedoch nicht dazu führen, dass
3017Menschen abgehängt werden
3018oder Behörden nicht mehr er-
3019reichbar sind. Dies werden wir
3020durch entsprechende Beratung

302und Unterstützung sicherstellen.
302Sie bietet aber solche Chancen
302für das Land, seine Kommunen,
302die Bürgerinnen und Bürger
302sowie die Wirtschaft, dass wir die
302Bereiche digitale Gesellschaft,
302Verwaltungsdigitalisierung sowie
302KI- und Datenpolitik administra-
302tiv zusammenführen werden.
303Diese Themen gebündelt und
303prioritär zu bearbeiten, ist für
303das Gelingen von Digitalisierung
303entscheidend.

303Die Koalition entwickelt die stra-
303tegischen Leitplanken der Digita-
303lisierung in Brandenburg weiter
303und gestaltet damit eine Digital-
303politik, die an dem Nutzen der
303Gesellschaft orientiert ist. Zu die-
304sem Zweck evaluieren wir in re-
304gelmäßigen Abständen die Wir-
304kung der Strategien und entwi-
304ckeln darauf basierend eine zu-
304kunftorientierte Vision der Digi-
304talpolitik im Land.

3046

3047²⁸

3048**Digitale Verwaltung - leis-**
3049**tungsfähig, schnell und resili-**
3050**ent**

3051Für die Funktions- und Hand-
3052lungsfähigkeit unseres Staates
3053ist dabei die gute Digitalisierung
3054der Verwaltung von besonderer

305 Bedeutung. Das Land sowie
305 die Landkreise und Kommu-
305 nen brauchen leistungsfähige
305 IT-Dienstleister, die unterneh-
305 merisch mit einer „Kultur des
306 Ermöglichens“ arbeiten und
306 „Cybersicherheit“ für kritische
306 Infrastrukturen gewährleisten.
306 Wir werden mehr digitale Verwal-
306 tungsleistungen zur Verfügung
306 stellen und die 16 Fokusleistun-
306 gen des Onlinezugangsgesetzes
306 (OZG) sowie die wichtigsten
306 Leistungen für Unternehmen
306 allen Bürgerinnen und Bürgern
307 in Brandenburg zur Verfü-
307 gung stellen. Durch die digitale
307 Ummeldung bei Umzug, den
307 digitalen Führerschein oder das
307 digitale Bürger- und Elterngeld
307 entlasten wir die Bürgerinnen
307 und Bürger und die Verwaltung.
307 Mit dem „Kommunalpakt Bran-
307 denburg“ bieten wir ab sofort
307 Unterstützung bei der Nachnut-
308 zung von Leistungen. Wir werden
308 diese Kooperation weiterent-
308 wickeln und gemeinsam mit
308 den Kommunen eine Roadmap
308 für eine effektive und effizien-
308 te Zusammenarbeit zwischen
308 Landes- und Kommunalebene
308 vereinbaren. Die Roadmap soll
308 Schwerpunkte für die flächende-

308ckende und nutzerfreundliche
309Verfügbarmachung von Verwal-
309tungsleistungen, die Register-
309modernisierung und die interne
309Verwaltungsdigitalisierung der
309Kommunen benennen.

309Wir werden unsere Strukturen
309und Prozesse für die Verwal-
309tungsdigitalisierung im Land ef-
309fizienter und wirksamer aufstel-
309len, damit digitale Leistungen den
310Bürgerinnen und Bürgern schnel-
310ler und qualitativ hochwertig zur
310Verfügung stehen. Dafür wird die
310Koalition zeitnah prüfen, wie die
310bestehenden Einrichtungen und
310IT-Dienstleister für die Digitalisie-
310rung auf kommunaler und Lan-
310desebene weiterentwickelt und
310gestärkt werden müssen, um un-
310sere Ziele für die Digitalisierung
311des Landes bestmöglich und kos-
311teneffizient zu erreichen. Damit
311verbunden ist die Stärkung der
311Cyber- und Informationssicher-
311heit des Landes und unserer
311Kommunen.

311Die IT-Beschaffung wollen wir
311vereinfachen, indem alle dafür
311notwendigen Informationen
311und Dokumente zusammen-
312geführt, die Möglichkeiten von
312Rahmenverträgen genutzt und
312die gemeinsame Entwicklung

3123 von innovativen Lösungen verga-
3124 berechtlich zugelassen werden.

3125 Für die IT-Architektur innova-
3126 tiver Bereiche setzt das Land
3127 klare Rahmenbedingungen und
3128 Standards.

3129 Wir entwickeln die bestehenden
3130 Infrastrukturen und Prozesse für
3131 die Nutzung von Daten – insbe-
3132 sondere offener Daten – für die
3133 Landes- und Kommunalverwal-
3134 tungen, aber auch für Unterneh-
3135 men und Bürgerinnen und Bür-
3136 ger weiter. Dafür werden wir eine
3137 „Datenstrategie des Landes Bran-
3138 denburg“ entwickeln. Zudem soll
3139 die Datenstrategie Wege aufzei-
3140 gen, wie Künstliche Intelligenz
3141 und datenbasierte Lösungen, et-
3142 wa sogenannte „Digitale Zwilling-
3143 ge“, im Land und in Kommunen
3144 mehrwertstiftend eingesetzt wer-
3145 den können.

3146 Die Digitalisierung der Verwal-
3147 tung muss dabei immer die Inter-
3148 essen der Bürgerinnen und Bür-
3149 ger und den verantwortungsvol-
3150 len Umgang mit ihren Daten in
3151 den Mittelpunkt stellen. Deswe-
3152 gen setzen wir uns für Schritte
3153 hin zu einer digitalen Souveräni-
3154 tät der Landesverwaltung ein.

3155 Wir unterstützen auf Bundes-
3156 ebene die Etablierung des Once-

3157 Only-Prinzips und verfolgen
3158 damit das Ziel, dass Bürgerinnen
3159 und Bürger sowie Unternehmen
3160 notwendige Angaben nur noch
3161 ein einziges Mal an die Verwal-
3162 tung übermitteln müssen. Mit
3163 Einwilligung der Bürgerinnen
3164 und Bürger tauschen Behörden
3165 die Daten untereinander aus und
3166 dürfen diese für andere Anliegen
3167 später wiederverwenden. ²⁹6
3168 Justiz und Europa ³⁰6.1 Justiz
3169 Ein funktionierender, zügig und
3170 wirksam handelnder Rechtsstaat
3171 verschafft den Bürgerinnen
3172 und Bürgern Sicherheit und
3173 stärkt das Vertrauen in staatliche
3174 Entscheidungen. Den aufga-
3175 benbezogenen Stellenaufwuchs
3176 zur Verfahrensbeschleunigung
3177 setzen wir fort. So wollen wir
3178 die Altbestände zügig weiter
3179 abbauen und die Verfahren
3180 insgesamt beschleunigen. Die
3181 Gerichtsvollzieher-Ausbildung
3182 werden wir modernisieren sowie
3183 Fort- und Weiterbildungsange-
3184 bote, auch für ehrenamtliche
3185 Richterinnen und Richter, weiter-
3186 entwickeln.
3187 Die Koalition wird in der Justiz die
3188 flächendeckende Digitalisierung
3189 fortsetzen und sich gegenüber
3190 dem Bund für eine Versteti-

319 gung des Pakts für den digitalen
319 Rechtsstaat einsetzen. Wir wer-
319 den die E-Akte flächendeckend
319 ausrollen, wollen das elektro-
319 nische Staatsexamen auch in
319 der ersten juristischen Prüfung
319 verfügbar machen und uns an
319 der geplanten KI-Plattform von
319 Bund und Ländern beteiligen.
320 Den Einsatz von künstlicher
320 Intelligenz in gerichtlichen Mas-
320 chenverfahren, insbesondere
320 bezüglich Fluggastrechten, wer-
320 den wir prüfen. Wir werden den
320 schnellen, einfachen und unkom-
320 plizierten Zugang zu Gerichten
320 erhalten, etwa durch elektroni-
320 sche Terminbuchungssysteme,
320 den Abbau von Schriftformerfor-
321 dernissen und die Ausweitung
321 von Gerichtstagen.
321 Die Koalition wird die Zentral-
321 stelle Hasskriminalität weiter-
321 entwickeln und den Opferschutz
321 stärken. Informationsangebote
321 über das Funktionieren unseres
321 Rechtsstaates entwickeln wir
321 weiter und bauen sie aus. Wir
321 werden die Arbeitsgerichtsre-
322 form und die Zuständigkeit für
322 personalvertretungsrechtliche
322 Streitigkeiten zeitnah evaluieren
322 und die sich daraus ergebenden
322 Schlussfolgerungen rasch um-

3225setzen. Das Brandenburgische
3226Richtergesetz werden wir im
3227Lichte der Zukunftskonferenz
3228Justiz überprüfen und anpas-
3229sen. Die Unabhängigkeit der
3230Justiz werden wir unterstreichen,
3231indem wir sicherstellen, dass
3232Ministerweisungen gegenüber
3233der Staatsanwaltschaft zukünftig
3234schriftlich zu erfolgen haben und
3235saktenkundig zu machen sind.³¹

3236

3237 ³²6.2 Europa Wir bekennen
3238uns zu der Idee eines im Frie-
3239den vereinten Europas. Europa
3240ist Querschnittsaufgabe in allen
3241Ministerien. Auf EU-Ebene brin-
3242gen wir unsere brandenburgi-
3243schen Positionen auf den ver-
3244schiedenen Ebenen, insbesonde-
3245re beim Bund und in Brüssel,
3246ein. Über die Landesvertretung
3247in Brüssel und über die EU-
3248institutionen nehmen wir Einfluss
3249auf die europäische Politikgestal-
3250tung, treten in Netzwerken für
3251die Durchsetzung brandenburgi-
3252scher Interessen und europapo-
3253litischer Positionen ein und nut-
3254zen dabei auch die Chancen der
3255gemeinsamen Hauptstadtregion
3256mit Berlin.

3257Das Europa der Menschen lebt
3258von einer vielfältigen Zivilgesell-

325schaft und freiwilligem Einsatz.
326Wir unterstützen ehrenamtliches
326und zivilgesellschaftliches Enga-
326gement, um Verständigung und
326Austausch europaweit auf breiter
326Ebene zu stärken.

326Die Landesregierung wird die
326Verhandlungen über den mehr-
326jährigen Finanzrahmen der
326EU und die Vorbereitung der
326EU-Förderung für die Zeit ab
3272028 intensiv begleiten sowie
327entsprechende landespolitische
327Prioritäten formulieren.

327Wir werden uns – mit unseren
327Schwerpunkten (Innovation,
327Nachhaltigkeit, Klima, Digita-
327lisierung, Kultur, Regionalent-
327wicklung) – aktiv in die Debatte
327zur Ausgestaltung der Struktur-
327und Agrarförderung nach 2027
328einbringen. Wir werden uns für
328eine angemessene Mittelaus-
328stattung der Kohäsionspolitik als
328langfristige, auf die Bedürfnisse
328vor Ort ausgerichtete und daher
328regional geplante und verwaltete
328EU-Investitionspolitik einset-
328zen. Die Koalition tritt weiter
328für den Abbau bürokratischer
328Hürden auf EU-, Bundes- und
329Landesebene ein.

329Die Nutzung direkt verwalteter
329EU-Fonds soll gestärkt werden.

3293 Wir setzen uns dafür ein, dass
3294 brandenburgische Städte und
3295 Gemeinden stärker entspre-
3296 chende europäische Förderpro-
3297 gramme nutzen. Gleiches gilt
3298 für wissenschaftliche Einrichtun-
3299 gen, Unternehmen und andere
3300 Partnerinnen und Partner.

3301 Die Kooperation von Branden-
3302 burg mit Polen ist in der branden-
3303 burgischen Landesverfassung
3304 fest verankert. Der Zusammen-
3305 arbeit mit unseren polnischen
3306 Nachbarwoiwodschaften kommt
3307 dabei eine besondere Bedeutung
3308 zu. Die Koalition wird die Funkti-
3309 on eines oder einer Beauftragten
3310 für Brandenburgisch-Polnische
3311 Beziehungen beibehalten. Die
3312 brandenburgisch-polnischen
3313 Beziehungen werden wir als
3314 Querschnittsthema in allen
3315 Ministerien weiter ausbauen.

3316 Die brandenburgisch-polnische
3317 Nachbarschaftsstrategie wird im
3318 Sinne des Zukunftskonzepts für
3319 den deutsch-polnischen Verflech-
3320 tungsraum fortgeschrieben. Die
3321 wirtschaftliche Zusammenarbeit
3322 mit unserem Nachbarland Polen
3323 bauen wir aus und unterstützen
3324 vor allem kleine und mittlere
3325 Unternehmen aus Brandenburg
3326 und Polen, um besser und ein-

332facher Kontakte zu knüpfen.
332Zugleich wird die Zusammen-
332arbeit insbesondere mit Fokus
333auf Forschung und Innovation
333fortgesetzt und ausgebaut.

333Die Koalition wird das Weima-
333rer Dreieck wiederbeleben, z. B.
333auf Ebene der Hauptstadtregio-
333nen (Île de France, Brandenburg,
333Masowien).

333Wir wollen der wichtigen Rol-
333le der deutsch-polnischen Dop-
333pelstädte Frankfurt (Oder) – Słu-
334bice und Guben – Gubin geson-
334dert Rechnung tragen. Wir möch-
334ten daher in den letzten Jah-
334ren entstandene Strukturen (wie
334beispielsweise das Gemeinsame
334Polizeiteam Guben-Gubin) stär-
334ken und Entwicklungen in der
334deutsch-polnischen Zusammen-
334arbeit im Gesundheitswesen un-
334terstützend flankieren.

335Einer funktionierenden grenz-
335überschreitenden Infrastruktur
335kommt beim Ausbau des gemein-
335samen Verflechtungsraums eine
335große Bedeutung zu. Wir treten
335daher für einen beschleunigten
335Ausbau der Schieneninfrastruk-
335tur zwischen Deutschland und
335Polen ein.

335Das Kooperationsprogramm
336Interreg fördert Vorhaben, die

336im brandenburgisch-polnischen
336Grenzraum umgesetzt werden
336und leistet einen wichtigen
336Beitrag zur Überwindung grenz-
336übergreifender Probleme und
336zum Abbau von Barrieren. Wir
336setzen uns dafür ein, dass die
336Förderung der grenzüberschrei-
336tenden Zusammenarbeit durch
337die Interreg-Programme der EU
337weiter fortgeführt wird.

337Die Internationalisierungsstra-
337ategie werden wir weiterent-
337wickeln und umsetzen, um
337Brandenburgs internationale
337Handlungsfähigkeit zu stärken.
337Strategische Partnerschaften
337(Regionalentwicklung) im Ostsee-
337raum, insbesondere in Skandi-
338navien (z. B. Hauptstadtregion
338Lusima/Helsinki) und im Balti-
338kum sollen ausgebaut werden.

338³³⁷ Soziales, Gesundheit,
338Migration, Integration und Ver-
338braucherschutz ^{347.1} Soziales

338Die Koalition steht für ein so-
338ziales, gerechtes und inklusives
338Brandenburg. Sie setzt sich für
338ausgeglichene Lebensverhält-
339nisse in Stadt und Land ein
339und möchte sozialen Schiefpla-
339gen begegnen. Dabei ist es das
339Ziel, den sozialen Ausgleich zu
339wahren und Verbesserungen

anzustoßen. Dafür braucht es
eine Sozialpolitik, die sich für
Perspektiven, Gerechtigkeit und
Teilhabe für alle einsetzt. Diese
Politik respektiert alle Menschen
gleichermaßen und begegnet
ihnen auf Augenhöhe. Dazu
zählt auch das Einstehen für
ein gleichberechtigtes Leben
aller Brandenburgerinnen und
Brandenburger, unabhängig von
Herkunft, wirtschaftlichem Sta-
tus, sexueller Orientierung oder
Identität. Die freie Wohlfahrts-
pflege leistet als tragende Säule
sozialstaatlichen Handelns einen
unverzichtbaren Beitrag für das
Gemeinwohl und das gesell-
schaftliche Zusammenleben. Die
Koalition setzt eine angemessene
Förderung der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege
verlässlich fort. Die Koalition wird
den regelmäßigen Austausch mit
den Sozialverbänden fortsetzen

3420

3421 **Prävention von (Kinder-)Armut**

Die Koalition räumt dem Abbau
von sozialen Benachteiligungen
und der Schaffung von Chancen-
gerechtigkeit einen hohen Stel-
lenwert ein. Gerade bei der Be-
kämpfung von Kinderarmut weist
Brandenburg nach Bayern und

342Baden-Württemberg die gerings-
343te Armutsgefährdungsquote von
343Kindern in Deutschland auf. Dar-
343an wird die Koalition anknüpfen.
343Die Verwirklichung von Chancen-
343gerechtigkeit spielt auch in der
343Prävention von Armut und der
343Bekämpfung von lebenslangen
343Armutfolgen eine zentrale Rol-
343le. Armut hat viele Facetten. Im
343Kindesalter verringert sie die Aus-
344sichten auf eine erfolgreiche Bil-
344dungslaufbahn und ein Aufwach-
344sen in Gesundheit. Die Koaliti-
344on wird dazu die verschiedenen
344Maßnahmen zur Armutspräventi-
344on in einem Konzept zusammen-
344fassen. Dieses wird mit den Leis-
344tungen nach dem Präventions-
344gesetz des Bundes sinnvoll ver-
344knüpft.

3450

3451 **Familienpolitik**

3452Brandenburg ist ein familien-
345freundliches Land. Die Politik für
345Familien in Brandenburg muss
345Rahmenbedingungen schaf-
345fen, in denen alle Familien ihre
345individuellen Entscheidungen
345bestmöglich verwirklichen kön-
345nen. Dafür sollen Familien die
346Unterstützung erhalten, die sie
346für ihren Alltag benötigen.

3462Neben finanzieller Entlastung

346 brauchen Familien Betreuungs-
346 und Beratungsangebote. Hier
346 spielen die Familienzentren eine
346 wichtige Rolle. Der seit 2019 er-
346 folgte Auf- und Ausbau über das
346 Landesprogramm Familienzen-
346 tren ist weiter fortzuschreiben.
347 Dazu wird die Koalition die
347 Förderung der Familienzentren
347 verstetigen und weiter stärken.

3473

3474 **Frauen- und Gleichstellungspo-** 3475 **litik**

347 Die Koalition will die tatsächli-
347 che Gleichstellung von Frauen
347 und Männern in Beruf, Politik
347 und Gesellschaft erreichen. Sie
348 setzt sich daher für eine ge-
348 rechte Entlohnung, Beteiligung
348 und Partnerschaftlichkeit in Be-
348 ruf sowie eine Gesellschaft des
348 gegenseitigen Respekts und Zu-
348 sammenhalts ein. Dazu gilt es,
348 die Lohnlücke zwischen Männern
348 und Frauen weiter zu schließen.
348 Die Koalition unterstützt die Ar-
348 beit der Landesgleichstellungsbe-
349 auftragten und wird das Landes-
349 gleichstellungsgesetz als strategi-
349 sches Instrument zur Durchset-
349 zung des Verfassungsauftrages
349 weiterentwickeln.

349 Die Koalition steht für den Kampf
349 gegen Gewalt gegen Frauen. Sie

349**b**ekannt sich zu den Inhalten der
349**d**stanbul-Konvention zur Verhü-
349**t**ung und Bekämpfung von Ge-
350**w**alt gegen Frauen und häusli-
350**c**her Gewalt und wirkt auf deren
350**U**msetzung hin. Wir werden wei-
350**t**er gemeinsam mit dem Bund die
350**b**edarfsgerechte Versorgung mit
350**F**rauenhäusern, Fachberatungs-
350**s**tellen und Präventionsangebo-
350**t**en im Land Brandenburg ausbau-
350**e**n. Dazu gehört auch, dass der
350**U**mgang mit geschlechtsspezifi-
351**s**cher Gewalt in die Ausbildung
351**v**on Ermittlungsbehörden, päd-
351**a**gogischem und medizinischem
351**P**ersonal aufgenommen wird.

3514

3515 **Politik für und mit Seniorinnen** 3516 **und Senioren**

3517 Die Rahmenbedingungen für
3518 ein selbstbestimmtes, eigen-
3519 ständiges und vielfältiges Leben
3520 im Alter im städtischen und
3521 ländlichen Raum Brandenburgs
3522 werden weiter verbessert. Leit-
3523 bild des Handels des Landes
3524 ist ein aktives Älterwerden, das
3525 die gesellschaftliche Teilhabe
3526 älterer Menschen ermöglicht.
3527 Angebote zur Umsetzung dieses
3528 Anspruches sind durch das Land
3529 zu unterstützen.

3530 Daher wird die Koalition die Ar-

353beit des Landesseniorenbeauf-
353tragten unterstützen und die se-
353niorenpolitischen Leitlinien fort-
353schreiben.

353Die Koalition sieht in der gesetzli-
353chen Rente einen zentralen Bau-
353stein der sozialen Gerechtigkeit in
353Deutschland. Daher setzt sie sich
353im Bundesrat dafür ein, dass zu-
354künftig gesetzliche Renten mit ei-
354ner Höhe von unter 2000 Euro
354im Monat steuerfrei sind. Zudem
354sollten alle Erwerbstätigen (auch
354Abgeordnete und Beamte) in die
354Rentenversicherung einzahlen.

3546

3547 **Belange der Menschen mit Be-** 3548 **hinderungen**

3549 Für die Koalition ist wichtig,
3550 dass Menschen mit Behinde-
3551 rung in allen Lebensbereichen
3552 teilhaben können. Dazu gilt es,
3553 die Politik für Menschen mit
3554 Behinderung und Inklusion in
3555 allen Bereichen zu fördern. Dafür
3556 bleibt die Umsetzung der UN-
3557 Behindertenrechtskonvention
3558 unsere Richtschnur. Die Koalition
3559 setzt sich für die Umsetzung
3560 des Bundesteilhabegesetzes
3561 ein. Dabei wird vor allem der
3562 Paradigmenwechsel zu einem
3563 personenzentrierten Leistungs-
3564 system vorangetrieben, um

3565 Menschen mit Beeinträchtigung
3566 eine ihren Bedürfnissen
3567 entsprechende Teilhabe zu er-
3568 möglichen. Zudem werden wir
3569 Barrierefreiheit, insbesondere im
3570 öffentlichen und digitalen Raum
3571 und im ÖPNV fördern und unter-
3572 stützen. ^{357.2} Gesundheit Die
3573 Brandenburgerinnen und Bran-
3574 denburger müssen sich überall
3575 im Land auf die medizinische
3576 und pflegerische Versorgung
3577 verlassen können. Das oberste
3578 Ziel ist eine vollwertige medizini-
3579 sche Versorgung vor Ort, sowohl
3580 im stationären wie ambulanten
3581 Bereich.

3582 Die Krankenhausplanung ist und
3583 bleibt Sache des Landes. Wir wol-
3584 len alle Krankenhausstandorte
3585 als Orte der regionalen Gesund-
3586 heitsversorgung erhalten und da-
3587 mit die wohnortnahe Gesund-
3588 heitsversorgung insgesamt stär-
3589 ken. Dazu setzen wir auf stär-
3590 kere Kooperation und Arbeits-
3591 teilung. Wir sichern insbeson-
3592 dere die Notfallversorgung vor
3593 Ort. Wir werden die gemein-
3594 same Krankenhausplanung mit
3595 Berlin weiterentwickeln. Wir wer-
3596 den die Investitionspauschale er-
3597 höhen und die notwendige Kofi-
3598 manzierung des Transformations-

359fonds sicherstellen. Darüber hin-
360aus prüft die Koalition Möglich-
360keiten zur Hilfe von in Not gera-
360tenen Kliniken.

360Die Koalition setzt sich angesichts
360der besonderen finanziellen Her-
360ausforderungen insbesondere
360für den Erhalt eines breiten
360Netzes von Kinderkliniken,
360Geburtskliniken und haus-
360und fachärztlicher Versorgung
361sowie ausreichend Hebam-
361men ein. Der Hebammenplan
361wird fortgeschrieben. Diese
361Grundversorgung darf nicht
361aus wirtschaftlichen Gründen
361beschnitten werden.

361Für die Koalition stehen bei der
361Begleitung der Krankenhausre-
361form die Interessen Branden-
361burgs im Mittelpunkt. Die Koaliti-
362on wird dafür sorgen, dass die ge-
362sundheitliche Versorgung vor Ort
362gesichert bleibt.

362Damit die Krankenhäuser wirt-
362schaften können, ist es wichtig,
362dass sich Brandenburg auch
362künftig gegenüber dem Bund für
362eine auskömmliche Finanzierung
362der Betriebskosten einsetzt und
362die weitere Umsetzung der Kran-
363kenhausfinanzierungsreform
363eng begleitet.

363Die Koalition ist der Ansicht,

363 dass bei der Trägerschaft von
363 Krankenhäusern, Medizinischen
363 Versorgungszentren und Pflege-
363 einrichtungen den Kommunen
363 und den Trägern der Freien
363 Wohlfahrtspflege eine beson-
363 dere Bedeutung zukommen
364 sollte. Die Koalition wird sich
364 für eine wohnortnahe Gesund-
364 heitsversorgung einsetzen, die
364 sektoren-übergreifende Zusam-
364 menarbeit stärken und hierbei
364 die Erfahrungen der digitalen Ge-
364 sundheitsregion Lausitz nutzen,
364 um eine leistungsfähige Gesund-
364 heitsversorgung sicherzustellen.
364 Die Koalition fordert vom Bund,
365 dass für Leuchtturmprojekte,
365 wie das Krankenhaus in Templin,
365 der bundesgesetzliche Rah-
365 men geschaffen wird, welcher
365 eine regelhafte Finanzierung
365 erlaubt. Die Koalition wird sich
365 auf Landes- und Bundesebene
365 für konkrete Schritte zu einer
365 regionalen sektorübergreifenden
365 Bedarfsplanung einsetzen.
366 Die Koalition wird noch stärker
366 Möglichkeiten für den Einsatz von
366 innovativen, digitalen Lösungen
366 im Gesundheitswesen (z. B. Tele-
366 medizin, KI-gesteuerte Diagnose)
366 eröffnen.
366 Die Koalition wird den Rettungs-

366dienst auf einem qualitativ ho-
366hen Niveau unter Nutzung ei-
366nes landesweit einheitlichen Te-
367denotarztsystems ausbauen und
367s schafft gesetzliche Möglichkeiten
367für regionale Lösungsvorschläge.

367Die Koalition wird die Gesund-
367heitsregion Berlin-Brandenburg
367noch stärker zusammenbringen
367und an der Spitze der Gesund-
367heitsregionen in der Bundesre-
367publik etablieren. Dies betrifft
367die Krankenhauslandschaft, die
368Rehakliniken, die Forschung und
368die Gesundheitswirtschaft.

368Die Koalition verstärkt die Aus-
368bildung junger Medizinerinnen
368und Mediziner durch den zügi-
368gen Aufbau der Universitätsmedi-
368zin in Cottbus und die Unterstüt-
368zung der Medizinischen Hoch-
368schule Brandenburg.

368Die Koalition wird das Landärz-
369teprogramm aufstocken und auf
369Zahnärztinnen und Zahnärzte
369ausweiten.

369Die Koalition unterstützt die Ein-
369richtung von kommunalen me-
369dizinischen Versorgungszentren.

369Die vernetzte Versorgung in Ge-
369sundheitszentren oder Poliklini-
369ken bietet große Chancen ins-
369besondere für den ländlichen
370Raum. Die Koalition wird die

370 rechtlichen Rahmenbedingungen
370 für kommunale Bürgschaften für
370 die Errichtungen von kommunala-
370 4en medizinischen Versorgungs-
370 5zentren erleichtern. Es bleibt das
370 6Ziel, dass alle Arztpraxen bar-
370 7rierefrei erreichbar sein müssen.
370 8Die Koalition setzt sich für den
370 9Ausbau des Agnes-Programmes
371 für Gemeindeschwestern ein.

371 Die Koalition wird die Anerken-
371 2nung ausländischer medizini-
371 3scher Fachkräfte beschleunigen
371 4und die Anwerbung und Inte-
371 5gration ausländischer Fachkräfte
371 6aktiv begleiten.

371 Die Koalition setzt sich für besse-
371 8re Rahmenbedingungen bei der
371 9Aus- und Weiterbildung von me-
372 0dizinischem und pflegerischem
372 1Personal ein. Dabei spielt auch
372 2die Stärkung der geschlechter-
372 3spezifischen Gesundheitsversor-
372 4gung eine Rolle.

372 Die Koalition wird den Öffent-
372 6lichen Gesundheitsdienst weiter
372 7stärken und dabei die Gesund-
372 8heitsförderung und Prävention
372 9zu einem wichtigen Aufgaben-
373 0feld machen. Dabei soll ein Fokus
373 1auf sozial benachteiligten Grup-
373 2pen liegen. Dazu braucht es auch
373 3eine wohnortnahe sozialpsychia-
373 4trische Versorgung.

3735 Apotheken sind wichtig für
3736 die Gesundheitsversorgung im
3737 ganzen Land. Es sollen Anreize
3738 geschaffen werden, um Apo-
3739 thekerinnen und Apotheker für
3740 ländliche Regionen zu gewinnen.
3741 Die Koalition prüft die Einführung
3742 eines Pharmaziestudienganges
3743 in Brandenburg gemeinsam
3744 mit dem Bundesland Sachsen.
3745 Zusätzlich sollen die Ausbildungs-
3746 kapazitäten für pharmazeutisch-
3747 technische Assistenten und für
3748 pharmazeutisch-kaufmännische
3749 Angestellte im Land Brandenburg
3750 ausgebaut werden.

3751 Um aus den Maßnahmen zur Ab-
3752 wehr der Corona-Pandemie für
3753 die Zukunft die richtigen Schlüs-
3754 se zu ziehen, setzen wir eine
3755 Enquetekommission ein. Sie soll
3756 herausarbeiten, wie staatliche
3757 Eingriffe in die Freiheitsrech-
3758 te unter dem Grundsatz der
3759 Verhältnismäßigkeit so gering
3760 wie möglich gehalten werden
3761 können, wie unser Gesundheits-
3762 system für die Bewältigung von
3763 Pandemien aufgestellt ist und
3764 welche Maßnahmen zur Gefah-
3765 renabwehr und zum Schutz der
3766 Menschen erfolgreich waren.
3767 Dazu gehören auch Beratungen
3768 über ein Corona-Amnestiegesetz.

3769 Wir werden sicherstellen, dass
3770 Betroffene von langfristigen,
3771 gesundheitlichen Beeinträchti-
3772 gungen im Anschluss an eine
3773 SARS-CoV-2-Infektion (Long-
3774 COVID-Syndrom) sowie von
3775 Nebenwirkungen der Corona-
3776 Impfstoffe (Post-Vac-Syndrom)
3777 eine angemessene Beachtung
3778 und medizinische Betreuung
3779 erfahren. Die psychologische
3780 und psychotherapeutische Be-
3781 treuung insbesondere von durch
3782 Schulschließungen betroffenen
3783 Kindern und Jugendlichen wollen
3784 wir ausbauen.

3785

3786 **Pflege**

3787 Die Koalition sieht in der Stärkung
3788 der Pflege eine wichtige Aufgabe
3789 ihrer Regierungsarbeit. Dazu wird
3790 sie den Pakt für Pflege verste-
3791 tigen, weiterentwickeln und ins-
3792 besondere die Pflegeversorgung
3793 vor Ort sichern und die häusli-
3794 che Pflege stärken. Das Ziel ist
3795 es, Pflegebedürftige in ihrer ge-
3796 wohnten Umgebung bestmöglich
3797 zu versorgen und Angehörige gut
3798 zu informieren und zu entlasten.
3799 Die Kosten für einen Pflegeplatz
3800 werden für viele Menschen zu ei-
3801 ner großen Belastung. Sie dür-
3802 fen nicht zu einem Armutsrisi-

380ko der Menschen werden. Dafür
380braucht es auf Bundesebene eine
380Reform der Pflegeversicherung
380mit einer Deckelung des Eigenan-
380teils. Die Koalition wird aber auch
380selbst aktiv. Hierzu werden wir
380die Eigenbeteiligung der Gepfleg-
381ten senken, indem wir einen hö-
381heren Anteil an den Investitions-
381kosten als Land übernehmen.

381Grundsätzlich setzt sich die Ko-
381alition für eine solidarische Pfl-
381egeversicherung als einem Teil ei-
381ner Bürgerversicherung ein, in
381die alle Bürgerinnen und Bürger
381einzahlen. Mit unserem Einsatz
381für einen bedarfsgerechten Per-
382sonalschlüssel als Beispiel für gu-
382te Arbeitsbedingungen streben
382wir eine Entlastung der Beschäf-
382tigten an. Zudem braucht es eine
382Begrenzung der Leiharbeit in der
382Pflege.

382Die Koalition wird eine Ausbil-
382dungsoffensive in der Pflege und
382den weiteren Gesundheitsberu-
382fen starten, die Gründung und
383Förderung neuer Berufsfach-
383schulen prüfen und unterstützen
383sowie die Investitionspauschalen
383für Pflegeschulen und Schu-
383len für Gesundheitsfachberufe
383erhöhen. Wir unterstützen mehr-
383stufige Pflegeausbildungen, die

3837Ausbildungsqualifikation sowie
3838die weitere Akademisierung der
3839Pflege. Wir unterstützen die
3840Weiterbildung und Qualifizie-
3841rung von Pflegehilfskräften. Wir
3842werden Maßnahmen ergreifen,
3843um die Abbrecherquote an den
3844Pflege- und Gesundheitsfach-
3845schulen zu senken, wie z. B. eine
3846sozialpädagogische Begleitung.
3847Die Einführung einer Pflegekam-
3848mer gegen den Willen der Betrof-
3849fenen lehnt die Koalition ab.

3850

3851 ³⁶7.3 Migration und Integrati-
3852on Wir stehen zum Grundrecht
3853auf Asyl und bieten asylberechtig-
3854ten Personen Schutz.

3855Gleichzeitig erkennen wir den
3856Handlungsbedarf zur Begren-
3857zung und besseren Steuerung
3858von Migration. Deswegen un-
3859terstützt Brandenburg alle
3860geeigneten und rechtssicheren
3861Maßnahmen zur Eindämmung,
3862Verhinderung und Zurückwei-
3863sung von illegaler und irregulärer
3864Migration. Wir bekräftigen die
3865„Gemeinsame Erklärung der
3866Landrätekonferenz zum Thema
3867Migration und Sicherheit“ vom
38686. September 2024 und werden
3869diese konsequent umsetzen.

3870Wir setzen uns für die erfor-

387 derliche Verbesserung der ent-
387 sprechenden bundes- und euro-
387 parechtlichen Rahmenbedingun-
387 gen ein. Die bereits vorhande-
387 nen Möglichkeiten der Rückfüh-
387 rung Ausreisepflichtiger, insbe-
387 sondere auch nach den Rege-
387 lungen der Dublin-III-Verordnung
387 (EU), werden wir ausschöpfen.

388 Wir unterstützen die lageange-
388 passte Fortsetzung der Kontrol-
388 len an der Grenze zu Polen und
388 die stetige Fortschreibung der
388 Liste sicherer Herkunftsstaaten.
388 Wir treten für die Ausweitung
388 von Rückführungsabkommen
388 ein. Wer kein Bleiberecht besitzt,
388 muss Deutschland verlassen.

388 Die Koalition wird die landeswei-
389 te Bündelung von Aufgaben im
389 Bereich der Erstaufnahme und
389 Rückführung bei der Zentralen
389 Ausländerbehörde (ZABH) bei-
389 behalten und Landesstrukturen
389 (Landesübergangseinrichtung,
389 Ausreisezentren, Behördenzen-
389 trum am BER mit Gewahrsams-
389 einrichtung) für eine effektive
389 und effiziente Aufnahme oder
390 Rückführung von Geflüchteten
390 weiter ausbauen. Dabei folgen
390 wir dem Leitbild einer dezent-
390 ral auf kommunaler Ebene
390 organisierten Unterbringung,

3905 Betreuung und Integration von
3906 Ausländern mit Bleiberecht und
3907 einer zentral auf Landesebene
3908 organisierten Unterbringung,
3909 Betreuung und Rückführung von
3910 Ausländern ohne Bleiberecht.

3911 Wir werden eine Asyldokumenta-
3912 tionsstelle zur Vereinfachung von
3913 Gerichtsverfahren einrichten. Ge-
3914 richtsverfahren sollen nach Mög-
3915 lichkeit in den betreffenden Ein-
3916 richtungen der ZABH durchge-
3917 führt werden.

3918 Die Koalition wird die Landkrei-
3919 se und kreisfreien Städte weiter-
3920 hin wie vereinbart dabei unter-
3921 stützen, die Bezahlkarte nach lan-
3922 desweit einheitlichen Bedingun-
3923 gen einzuführen.

3924 Wir setzen uns für eine zentra-
3925 le Abwicklung der Rückführung
3926 durch den Bund über das Bun-
3927 desamt für Migration und Flücht-
3928 linge oder das Ministerium des
3929 inneren und für Kommunales des
3930 Landes Brandenburg ein. Hier-
3931 zu soll eine Aufgabenbündelung
3932 beim neu entstehenden Behör-
3933 denzentrum in Schönefeld erfol-
3934 gen und somit die kommuna-
3935 len Ausländerbehörden entlastet
3936 werden.

3937

3938 **Integration**

393 Brandenburg ist ein Land, das für
394 Humanität und Solidarität steht.
394 In Brandenburg leben und ar-
394 beiten Menschen aus der gan-
394 zen Welt. Es braucht die Zuwan-
394 derung von Fach- und Arbeits-
394 kräften. Asylberechtigten Perso-
394 nen bietet es Schutz.

394 Die Koalition wird auf Grundla-
394 ge der Evaluation des Landes-
394 aufnahmegesetzes ein Landesin-
395 tegrationsgesetz verabschieden,
395 das die Ziele des Landes und der
395 kommunalen Familie bei der Inte-
395 gration von Menschen mit Migra-
395 tionshintergrund im Sinne eines
395 Systems des „Förderns und For-
395 derns“ definiert und die finanzia-
395 llen Integrationsleistungen sinn-
395 voll zusammenführt, insbesonde-
395 re um

- 396 • die Aufnahmebereitschaft
396 von Gesellschaft und Unter-
396 nehmen zu stärken,
- 396 • die Integrationsbereitschaft
396 und -fähigkeit von Zuge-
396 wanderten zu stärken,
- 396 • den Aufbau bzw. Ausbau
396 landesweiter kommunaler
396 Integrationsstrukturen zu
396 unterstützen,
- 397 • den Zugang zu Vereinen
397 und Ehrenamt für Migran-
397 tinnen und Migranten zu er-

3973 leichtern,
3974 • die Integration in den Ar-
3975 beitsmarkt und das soziale
3976 Umfeld zusammenzuden-
3977 ken und
3978 • die Zusammenarbeit zwi-
3979 schen den unterschiedli-
3980 chen Behörden zu verbes-
3981 sern.

3982 Bestehende Förderansätze
3983 zur Arbeitsmarktintegration
3984 von Menschen mit Flucht- und
3985 Migrationsgeschichte werden
3986 verstetigt. Die Bereitstellung
3987 des Dolmetschertools wird auch
3988 künftig sichergestellt.

3989 Die Koalition wird landesseitig al-
3990 le Ermessensspielräume nutzen,
3991 um Zuwanderer, Asylbewerber
3992 und Geflüchtete mit Bleibeper-
3993 spektive schnellstmöglich in den
3994 Arbeitsmarkt zu integrieren,
3995 ausländische Qualifikationen
3996 anzuerkennen und Fehlanreize
3997 zu reduzieren. Dazu wollen wir
3998 bereits im Asylverfahren Ar-
3999 beitsgelegenheiten und Praktika
4000 anbieten. Ermessensspielräume
4001 der Behörden für langfristige
4002 Arbeitsmöglichkeiten sind zu
4003 nutzen. Dabei lassen wir nicht
4004 außer Acht, dass bei sprachinten-
4005 siven Berufen die Erlangung der
4006 deutschen Sprache im Vorfeld

wichtig ist. Um Sprachbarrieren abzubauen, wird sich die Koalition für zusätzliche Integrationsmaßnahmen stark machen. Die Integration in Arbeit sieht die Koalition als ressortübergreifende Aufgabe der Landesregierung und der kommunalen Familien an. Die Integrationsbeauftragte muss eine klare Aufgabenstellung bekommen, die bei ihrer angesiedelten Beratungsstelle wird weitergeführt. ³⁷7.4 Verbraucherschutz Die Verbraucherinnen und Verbraucher sehen sich großen Herausforderungen gegenüber. Umso wichtiger ist es, notwendige Beratungs- und Unterstützungsangebote bereitzustellen. Daher wird die Koalition die Verbraucherzentrale weiterhin auskömmlich fördern. Die Anschaffung eines dritten „Digi-Mobils“ unterstützen wir. Die Verbraucherpolitische Strategie wird zeitnah aktualisiert und umgesetzt.

Der Zugang zu Bankdienstleistungen, insbesondere der wohnortnahe Bargeldbezug im ländlichen Raum ist für uns wichtig. Die Koalition wird sich für den Erhalt der Bargeld-Infrastruktur und der Möglichkeiten, bar zu bezahlen,

404 einsetzen.

404 Die Koalition wird das Veterinär-
404 wesen stärken, um dem Anliegen
404 des Tier- und Verbraucherschut-
404 zes gerecht zu werden. Tierkrank-
404 heiten wie Afrikanische Schwei-
404 nepest oder Vogelgrippe sind in
404 den letzten Jahren verstärkt auf-
404 getreten. Deshalb werden wir die
405 Prävention gegen Tierkrankhei-
405 ten und Seuchen verstärken.

405 Wir werden die Möglichkeit
405 schaffen, Tierheime mit einer
405 Basisförderung kontinuierlich
405 zu fördern. ³⁸⁸ Infrastruk-
405 tur und Landesplanung ^{398.1}
405 Landesplanung und Regional-
405 entwicklung Die strategische
405 Landesentwicklung der Koalition
406 verfolgt das Ziel, nachhaltiges
406 Wachstum und gleichwertige
406 Lebensverhältnisse in allen Re-
406 gionen Brandenburgs zu fördern.
406 Im Fokus stehen die Vernetzung
406 von Mobilität, Wohnen und
406 Infrastruktur sowie eine stra-
406 tegische Zusammenarbeit mit
406 den Kommunen und dem Land
406 Berlin. Diese Ansätze sollen nicht
407 nur bestehende Stärken unter-
407 stützen, sondern auch gezielt
407 Impulse in strukturschwächeren
407 Gebieten setzen, um eine dyna-
407 mische und zukunftsgerichtete

407 Entwicklung zu ermöglichen.
407 Brandenburg und Berlin sind ein
407 Lebens- und Wirtschaftsraum.
407 Daher denken beide Länder die
407 Landesplanerischen Aufgaben in
408 der Hauptstadtregion zusammen
408 und gehen diese gemeinsam an.
408 Die Koalition führt die gemein-
408 same Landesplanung fort und
408 nutzt die Evaluierung des Lan-
408 desentwicklungsplans, um die
408 Potenziale der gesamten Region
408 weiter zu entwickeln, Wachstum
408 zu befördern und in das gesamte
408 Land zu tragen.

409 Die Koalition wird den Strate-
409 gischen Gesamtrahmen Haupt-
409 stadtregion auf die Schwer-
409 punktt Themen Wirtschaft- und
409 Energie, Wasser, Schienenver-
409 kehr, Wissenschaft und For-
409 schung, Gesundheit, Arbeits- und
409 Fachkräftesicherung, Achsen-
409 entwicklung und Wohnen sowie
409 Digitalisierung ausrichten. Das
410 Kommunale Nachbarschafts-
410 forum bleibt dabei für uns ein
410 wichtiger Akteur bei der Zusam-
410 menarbeit zwischen Kommunen
410 im Berliner Umland und den
410 Außenbezirken Berlins.

410 Gemeinsam mit Berlin wird
410 die Koalition die Zusammen-
410 arbeit mit den benachbarten

4109Metropolen Hamburg, Leipzig,
4110Dresden und Stettin intensivie-
4111ren. Darüber hinaus bekennt
4112sich die Koalition auf Grund-
4113lage des Modellvorhabens der
4114Raumordnung zur integrierten
4115Planung im deutsch-polnischen
4116Verflechtungsraum sowie zur
4117Abstimmung der Raumordnung
4118mit Polen.

4119Brandenburgs Erfolg beruht auf
4120den Stärken und der Zusammen-
4121arbeit seiner unterschiedlichen
4122Regionen. Wir fördern und un-
4123terstützen diese Kooperation.
4124Vor diesem Hintergrund wird die
4125Koalition die Regionalentwick-
4126lungsstrategie weiterentwickeln
4127und bestehende sowie neue
4128Schlüsselvorhaben durch Priori-
4129tätensetzung und Bündelung von
4130Fördermöglichkeiten umsetzen.
4131Für die Koordinierung und Ab-
4132stimmung von Maßnahmen auf
4133den Entwicklungsachsen prüft
4134die Koalition die Etablierung ei-
4135nes Regionalbudgets. Weiterhin
4136unterstützen wir das Dialogfo-
4137rum Airport Berlin-Brandenburg
4138bei der Umsetzung des gemein-
4139samen Strukturkonzeptes für die
4140Flughafenregion.

4141Die Lausitz bleibt Industrie-
4142und Energieregion. Die Koali-

414tion unterstützt den mit dem
414Braunkohleausstieg verbunde-
414nen Strukturwandel und setzt
414das Lausitzprogramm 2038 wei-
414ter um. Die Wirtschaftsregion
414Lausitz GmbH (WRL) und das
414Werkstattverfahren sind dafür
415geeignete Strukturen, die wir
415fortführen. In diesem Zusam-
415menhang setzen wir uns beim
415Bund auch weiterhin für ver-
415lässliche Rahmenbedingungen
415für die Umsetzung der Struktur-
415stärkungsmaßnahmen ein. Für
415mehr Planungssicherheit bei der
415Entwicklung von Naherholungs-
415und Tourismusprojekten soll die
416Nachnutzung von weiteren Ge-
416wässern im Lausitzer Seenland
416spätestens ab 2026 möglich sein.
416Die Koalition wird dafür sorgen,
416dass die Bergbauunternehmen
416ihre berg- und wasserrechtlichen
416Verpflichtungen erfüllen. Recht-
416zeitig vor 2027 wird die Koaliti-
416on mit dem Bund in Verhand-
416lungen für ein Folgeabkommen
417zum Verwaltungsabkommen für
417die Braunkohlesanierung eintre-
417ten.
417Die Koalition betrachtet und
417stärkt den ländlichen Raum in
417seiner Gesamtheit und setzt
417dabei unter anderem auf den

417 Ausbau der Schienenanbindung,
417 Breitband- und Straßenbau,
417 Regional- und Wirtschafts-
418 entwicklung sowie eine gute
418 Gesundheitsversorgung, um das
418 Leben und Arbeiten im gesamten
418 Land, in unseren Städten und
418 Dörfern attraktiv zu gestalten.
418 Dorfgemeinschaften spielen eine
418 entscheidende Rolle für den so-
418 zialen Zusammenhalt und die Le-
418 bensqualität in ländlichen Regio-
418 nen. Orte der Begegnung, wie
419 Gemeindehäuser, Dorfläden und
419 ehrenamtlich organisierte Treff-
419 punkte fördern den Austausch
419 und stärken das Gemeinschafts-
419 gefühl. Solche Einrichtungen bie-
419 ten gleichwohl nicht nur sozia-
419 le Unterstützung, sondern leisten
419 zugleich einen Beitrag zur loka-
419 len Wirtschaft, indem sie wichti-
419 ge Dienstleistungen und Produk-
420 te aus der Region für die Re-
420 gion bereitstellen. Die Koalition
420 wird entsprechende wirtschaftli-
420 che und soziale Initiativen un-
420 terstützen. Das Förderprogramm
420 "Zusammenhalt" setzen wir fort.
420 Die Koalition wird in den ope-
420 rationellen Programmen der
420 europäischen Strukturfonds für
420 die nächste EU-Förderperiode
421 die Regionalentwicklung als

4211 einen Schwerpunkt verankern.
4212 Die Koalition unterstützt die Re-
4213 gionalplanung bei der Aufstel-
4214 lung integrierter Regionalpläne.
4215 Von besonderer Bedeutung ist
4216 die Steuerung des Windenergie-
4217 anlagenbaus. Die Festlegung von
4218 Vorrang- und Vorbehaltsgebieten
4219 muss zügig erfolgen.

4220

4221 ⁴⁰8.2 Stadtentwicklung, Bauen
4222 und Wohnen Wohnraum ist eine
4223 wesentliche Grundlage für ein
4224 menschenwürdiges Leben und
4225 trägt maßgeblich zur sozialen Sta-
4226 bilität einer Gesellschaft bei. Die
4227 Schaffung von ausreichendem
4228 und bezahlbarem Wohnraum
4229 gehört zu den großen Heraus-
4230 forderungen der kommenden
4231 Jahre. Hierzu brauchen wir die
4232 gemeinsamen Anstrengungen
4233 von Bund, Land und Kommunen.
4234 Die Koalition setzt das "Bünd-
4235 nis für Wohnen" mit dem Ziel
4236 fort, es zu der zentralen Platt-
4237 form für Wohnungsbau und be-
4238 zahlbare Mieten im Land Bran-
4239 denburg zu machen. Mit interes-
4240 sierten Kommunen schließen wir
4241 eine Allianz für Wohnungsbau.
4242 Die Koalition hat das Ziel, den so-
4243 zialen Wohnungsbau zu stärken
4244 und dem Rückgang der Bele-

424gungsbindung zu begegnen. Wir
424sichern die soziale Wohnraum-
424förderung auf hohem Niveau und
424fördern insbesondere das kom-
424munale und genossenschaftliche
425Bauen sowie die Schaffung von
425Wohnraum für Studierende und
425Auszubildende. Gebietskulissen
425der Wohnraumförderung sollen
425flexibler ausgeweitet werden
425können. Die Koalition bekennt
425sich zur Kofinanzierung der
425Bundesmittel. Die Wohngemein-
425nützigkeit kann ein wichtiger
425Baustein zur Schaffung sozialen
426Wohnraums werden. Wir wollen
426dieses Instrument in Branden-
426burg nutzen und setzen uns
426gegenüber dem Bund für eine
426Verbesserung der Rahmenbedin-
426gungen ein.

426Die Koalition wird die Bauord-
426nung novellieren, um das Pla-
426nen und Bauen zu beschleunigen,
426Ausbaustandards zu prüfen, seri-
427elles und modulares Bauen sowie
427die Umnutzung oder Umwand-
427lung von Bestandsgebäuden in
427Wohnraum zu erleichtern. Insbe-
427sondere für Kindertagesstätten
427und Schulen ist eine Beschleu-
427nigung und Vereinfachung erfor-
427derlich. Die Koalition wird die
427flächendeckende Umsetzung der

427 digitalen Baugenehmigung vor-
428 antreiben. Die Kompetenzstelle
428 Nachhaltiges Bauen setzen wir
428 fort und erleichtern das Bauen
428 mit Holz und anderen nachhalti-
428 gen Rohstoffen. Die Koalition un-
428 terstützt gute baukulturelle Stan-
428 dards im städtischen und ländli-
428 chen Raum. Sie setzt sich für eine
428 aktive baukulturelle Netzwerkar-
428 beit ein.

429 Wohnen muss bezahlbar bleiben.
429 Dies will die Koalition mit der För-
429 derung des Mietwohnungsbaus,
429 der Unterstützung der Schaf-
429 fung von Wohneigentum und
429 der angemessenen Regulierung
429 der Mietpreise erreichen. Wir
429 wollen den Mieterschutz stär-
429 ken und die Instrumente des
429 Mietrechts dafür nutzen. Dazu
430 werden wir die Verordnungen
430 zur Mietpreisbegrenzung und zur
430 sogenannten Kappungsgrenze
430 überprüfen und dahingehend
430 anpassen, dass übermäßige
430 Mietsteigerungen bei Neuver-
430mietungen und der Erhöhung
430 bestehender Mieten verhindert
430 werden. Die vorhandenen Mög-
430 lichkeiten, die Umwandlung von
431 Miet- in Eigentumswohnungen zu
431 unterbinden, werden wir nutzen.
431 Die Koalition sichert die lan-

431.3 zweiseitige Ko-Finanzierung für
431.4 das Bund-Länder-Programm
431.5 "Sozialer Zusammenhalt", "Le-
431.6 bende Zentren" und die an-
431.7 deren Programme aus der
431.8 Verwaltungsvereinbarung Städ-
431.9 tebau. Hierbei hält sie an dem
432.0 Instrument der Integrierten
432.1 Stadtentwicklungskonzepte als
432.2 grundsätzliche Voraussetzung
432.3 für einen Einsatz von Mitteln aus
432.4 der Verwaltungsvereinbarung
432.5 Städtebauförderung fest. Die
432.6 Landesinitiative "Meine Stadt der
432.7 Zukunft" setzen wir über 2025
432.8 hinaus fort. Die Koalition unter-
432.9 stützt die Entwicklung lebendiger
433.0 Innenstädte.

433.1 Die Koalition unterstützt die
433.2 Zusammenarbeit der Städte mit
433.3 ihrem Umland. Ziel ist, die Her-
433.4 stellung der Gleichwertigkeit der
433.5 Lebensbedingungen. Im Rahmen
433.6 der Städtebauförderung setzt
433.7 sich die Koalition weiterhin für
433.8 eine praktikable Regelung zu
433.9 den Zweckbindungsfristen bei
434.0 der Rückbau-Förderung ein. Ziel
434.1 ist, auf geeigneten Rückbauflä-
434.2 chen standortpolitisch sinnvollen
434.3 Städte- und Wohnungsbau zu
434.4 ermöglichen.

434.5 Die Koalition unterstützt die Kom-
434.6 munen bei Aufgaben wie kom-

4347munaler Wärmeplanung, Erarbei-
4348tung von Klimaschutzkonzepten
4349und Einführung von Energiema-
4350nagementkonzepten.

4351

4352 ⁴¹8.3 Mobilität Mobilität ist ent-
4353scheidend für den Zugang zu Ar-
4354beit, Bildung und sozialen Kon-
4355takten. Dazu braucht es ein gut
4356ausgebautes Verkehrsnetz, das
4357individual- und öffentlichen Ver-
4358kehr gleichermaßen umfasst. Die
4359Koalition will, dass gute Mobili-
4360tät und Erreichbarkeit in allen Tei-
4361len Brandenburgs gewährleistet
4362sind. Dazu verfolgt sie die Zie-
4363le des Mobilitätsgesetzes weiter
4364und unterstützt alle Verkehrsmit-
4365tel. Das Mobilitätsgesetz wird re-
4366gelmäßig evaluiert.

4367Landesplanung, Siedlungsent-
4368wicklung und Mobilität gehören
4369zusammen. Der Siedlungsstern
4370und die durch die Landesplanung
4371definierten Entwicklungskorri-
4372dore werden räumlich und
4373konzeptionell entlang der leis-
4374tungsfähigen Schienen- und
4375Straßenanbindungen entwickelt.
4376Die strategische Flächenent-
4377wicklung erfolgt entlang dieser
4378leistungsfähigen Verkehrsach-
4379sen. Pendlerinnen und Pendler
4380sollen wesentlich stärker als

438 heute mit Bahnen und Bussen
438 unterwegs sein können.

4383

438 **Öffentlicher Personennah-** 438 **verkehr und Schienenverkehr**

438 Der öffentliche Personennah-
438 verkehr (ÖPNV) und der Schie-
438 menverkehr sind wesentliche
438 Bestandteile eines nachhaltigen
439 und effizienten Verkehrssystems.

439 Die Koalition wird im Rahmen des
439 Infrastrukturvorhabens i2030 ge-
439 meinsam mit Berlin und der
439 Deutschen Bahn AG den Ausbau
439 von Schienenstrecken voranbrin-
439 gen. Als Erweiterung von i2030
439 wird sie in Abstimmung mit Berlin
439 und den anderen angrenzenden
439 Bundesländern einen Schienen-
440 Masterplan für Brandenburg
440 erstellen. Die Koalition bekennt
440 sich zum Verkehrsverbund
440 Berlin-Brandenburg.

440 Wir wollen die Attraktivität von
440 Bahnhöfen erhöhen, den Ausbau
440 barrierefreier Zugänge zu Bahn-
440 höfen und Haltestellen voran-
440 bringen und erreichen, dass an
440 allen Bahnhöfen im Land min-
441 destens einmal pro Stunde ein
441 Zug abfährt. Die Koalition wird
441 mit der Deutschen Bahn eine An-
441 schlussvereinbarung zu der 2028
441 auslaufenden Rahmenvereinba-

441 rung zur Sanierung von Bahn-
441 Stationen schließen. Wir setzen
441 eine abgestimmte Taktung im ge-
441 samten ÖPNV um. Zur besseren
441 Verknüpfung der Verkehrsträger
442 werden wir den Ausbau von Park
442 & Ride-Anlagen voranbringen.

442 Das bestehende Angebot an Plus-
442 Bus-Linien werden wir sichern
442 und die Einführung weiterer Lini-
442 en dort unterstützen, wo es ver-
442 kehrlich sinnvoll ist.

442 Die Koalition setzt sich beim Bund
442 für die bedarfsgerechte Bereit-
442 stellung von Regionalisierungs-
443 mitteln und Mitteln aus dem
443 GVFG-Bundesprogramm ein. Sie
443 wird sich ebenso für die Umset-
443 zung des Deutschlandtaktes und
443 die dafür erforderlichen Investi-
443 tionen in die Infrastruktur ein-
443 setzen. Die Anforderungen des
443 Schienengüterverkehrs sind bei
443 den Ausbauvorhaben zu berück-
443 sichtigen.

444 Die Koalition steht zum Deutsch-
444 landticket und wird sich zur
444 erfolgreichen Weiterführung
444 dafür einsetzen, dass neben den
444 Ländern auch der Bund seinen
444 Beitrag frühzeitig und für alle
444 kalkulierbar leistet. Die Koalition
444 setzt sich für eine erhebliche Ver-
444 einfachung der Tarifstruktur im

444 VBB ein. In diesem Zusammen-
445 hang wird sie Vergünstigungen
445 beim Deutschlandticket für wei-
445 zere Personengruppen prüfen.

445 Die Koalition treibt die Planun-
445 gen für die Reaktivierung stillge-
445 legter Bahnstrecken dort voran,
445 wo es klare verkehrliche und wirt-
445 schaftliche Vorteile gibt. Sie setzt
445 sich dafür ein, dass Eisenbahn-
445 verkehrsflächen nicht entwidmet
446 und die Trassen freigehalten wer-
446 den.

4462

4463 Gegenüber dem Bund werden
4464 wir uns dafür einsetzen, dass
4465 die Elektrifizierung und der zwei-
4466 gleisige Ausbau der Ostbahn in
4467 den vordringlichen Bedarf des
4468 Bundesschienenwegeausbaugesetz-
4469 es aufgenommen werden
4470 und Cottbus mit Fertigstellung
4471 des zweiten Gleises zwischen
4472 Lübbenau und Cottbus an das
4473 CE-Netz angebunden wird.

4474 Zur Verbesserung des Individu-
4475 alverkehrs, insbesondere auf
4476 der "letzten Meile", unterstützt
4477 die Koalition die Umsetzung
4478 innovativer Mobilitätskonzepte
4479 wie Mitfahrgelegenheitsplatt-
4480 formen, Rufbusse und weiterer
4481 Mobility-on-demand-Angebote.

4482

448 Straßen- und Radverkehr

448 Als Flächenland ist Brandenburg
448 auf ein gut ausgebautes Stra-
448 ßennetz angewiesen. Dies ist ins-
448 besondere für die zahlreichen
448 Pendlerinnen und Pendler aus
448 ländlichen Gebieten, die auf dem
449 Weg zur Arbeit auf ihr Auto ange-
449 wiesen sind, von großer Bedeu-
449 zung, um die Mobilität in allen
449 Landesteilen zu sichern.

449 Der Erhalt und die Moderni-
449 sierung von Straßen haben
449 Vorrang vor Neubauprojekten
449 (Prinzip Erhalt vor Neubau). Wir
449 gewährleisten die Sicherheit und
449 Funktionsfähigkeit von Brücken.
450 Die Koalition wird Planungs- und
450 Genehmigungsprozesse und
450 Ausbaustandards überprüfen,
450 um Sanierungs- und Modernisie-
450 rungsmaßnahmen erheblich zu
450 beschleunigen und Bürokratie
450 abzubauen. Die erforderliche
450 Abstufung von Landesstraßen
450 werden wir in enger Abstimmung
450 mit den Landkreisen und Ge-
450 meinden fortführen und dafür
451 Pauschalen zur Sanierung der
451 Straßen anbieten.

451 Die Koalition unterstützt
451 den Ausbau der Ladesäulen-
451 infrastruktur, sowohl innerorts
451 als auch entlang von Autobah-

4517nen. Sie wird dazu geeignete
4518landeseigene Flächen für den
4519Bau von Ladesäulen zur Verfü-
4520gung stellen.

4521Alleen sind für Brandenburg
4522landschaftsprägend und leisten
4523einen Beitrag zum Klimaschutz.
4524Daher wird sich die Koalition
4525für den Erhalt und eine stärkere
4526Nach- und Neupflanzung von
4527Alleen einsetzen.

4528Die Koalition wird in Zusam-
4529menarbeit mit den Kommunen
4530und Berlin einen landesweiten
4531Radverkehrsplan erstellen. Da-
4532bei sollen auch Korridore für
4533Radschnellverbindungen berück-
4534sichtigt werden. Touristische,
4535Freizeit- und Alltagsradverkehr
4536sollen effizient verknüpft werden.
4537An Bahnhöfen und Bushaltestel-
4538len sollen sichere Fahrradabstell-
4539plätze und Fahrradparkhäuser
4540errichtet werden, um eine
4541bessere Verknüpfung von ver-
4542schiedenen Verkehrsträgern wie
4543Bus, Bahn und Fahrrad zu errei-
4544chen. Die Koalition unterstützt
4545das "Netzwerk Verkehrssicher-
4546heit Brandenburg" und fördert
4547Maßnahmen zur Erhöhung der
4548Verkehrssicherheit von Schulwe-
4549gen.

4550

455 Güterverkehr und Luftverkehr

455 Der Schienenverkehr ist koor-
455 diniert mit den Planungen für
455 den Personenverkehr zu entwi-
455 ckeln, um ein insgesamt funktio-
455 nierendes und leistungsfähiges
455 Schienenverkehrsnetz als Stand-
455 ortsfaktor anbieten zu können.

455 Um den Güterverkehr nachhal-
456 tig zu gestalten und die Straßen
456 zu entlasten, will die Koalition die
456 LKW-Verkehre verstärkt auf die
456 Schiene und die Wasserstraßen
456 verlagern. Industrie- und Gewer-
456 begebiete sollen so weit mög-
456 lich an das Bahnnetz angeschlos-
456 sen werden. Dazu soll der Neu-
456 bau bzw. die Reaktivierung von
456 Gleisanschlüssen und den kombi-
457 nierten Verkehr durch den Aus-
457 oder Neubau von Umschlaganla-
457 gen unterstützt werden.

457 Die Wasserstraßeninfrastruktur
457 im Land Brandenburg ist ein
457 bedeutender touristischer Wirt-
457 schaftsfaktor. Die Koalition setzt
457 sich dafür ein, dass der Bund sei-
457 ner Verantwortung gerecht wird
457 und die überwiegend touristisch
458 genutzten Bundeswasserstraßen
458 als Teil der nationalen Infra-
458 struktur weiterhin unterhalten
458 und pflegen wird. Die Unter-
458 stützung der Modellprojekte

458 zur Digitalisierung der Elbe und
458 zum autonomen Fahren auf der
458 Oder-Spree-Wasserstraße wer-
458 den fortgeführt. Die Verknüpfung
458 dieser Projekte mit den Wasser-
459 wegen, Häfen und Ladestellen
459 in Berlin und Brandenburg wird
459 ausgebaut.

459 Die Koalition unterstützt die Ent-
459 wicklung des Flughafens Berlin-
459 Brandenburg und wird gemein-
459 sam mit Berlin gegenüber dem
459 Bund weiterhin darauf drängen,
459 dass der Flughafen sein Angebot
459 an Langstreckenflügen ausbauen
460 kann.

460 Die Koalition setzt sich weiterhin
460 für ein Nachtflugverbot zwi-
460 schen 22 und 6 Uhr und für die
460 konsequente Umsetzung der
460 Schallschutzprogramme ein. Wir
460 unterstützen die Arbeit der Flug-
460 lärmkommission insbesondere
460 die Festlegung lärmarmer An-
460 und Abflugverfahren.

461 Eine dritte Start- und Landebahn
461 lehnen wir ebenso wie eine
461 Privatisierung der Flughafenge-
461 sellschaft ab. ⁴²⁹ Landwirt-
461 schaft, Umwelt und Klimaschutz
461 ^{439.1} Land-, Ernährungs- und
461 Forstwirtschaft Brandenburg ist
461 geprägt von weiten ländlichen
461 Gebieten, in denen Land- und

461 Ernährung- sowie Forstwirt-
462 schaft eine zentrale Rolle spielen.
462 Sie sind Teil der Ernährungs-
462 sicherung sowie der Rohstoff-
462 und Energieversorgung. Sie
462 sind tragende Säulen regionaler
462 Wirtschaftskreisläufe und prägen
462 unsere ländlichen Regionen maß-
462 geblich. Vor diesem Hintergrund
462 will die Koalition die unterneh-
462 merischen Kräfte stärken und
463 den Selbstversorgungsgrad in
463 der Region erhöhen. Dazu zählen
463 insbesondere die Unterstützung
463 der Verarbeitung landwirtschaft-
463 licher Produkte vor Ort und
463 der Vermarktung in der Regi-
463 on Berlin und Brandenburg. In
463 der Gemeinschafts- und Außer-
463 Haus-Verpflegung sehen wir ein
463 großes Potenzial zur Stärkung
464 der regionalen Landwirtschaft.
464 Die Koalition unterstützt die
464 Landwirtinnen und Landwirte im
464 Land Brandenburg. Ihre Arbeit
464 ist nicht nur Grundlage für die
464 Versorgung der Menschen mit
464 guten und gesunden Lebensmit-
464 teln, sondern auch ein wichtiger
464 Beitrag zur Pflege unserer Kultur-
464 landschaft und zur nachhaltigen
465 Nutzung natürlicher Ressourcen.
465 Wir stehen für eine verlässliche
465 Agrarpolitik, die den Heraus-

465forderungen des Klimawandels
465begegnen, die regionale Wert-
465schöpfung stärkt und für die
465Land- und ernährungswirtschaft-
465lichen Betriebe – konventionell
465wie ökologisch – die erforder-
465lichen Rahmenbedingungen
466schafft. Vor diesem Hintergrund
466stehen wir zu unserer vielfälti-
466gen Agrarstruktur, wollen ihre
466Wettbewerbsfähigkeit erhalten
466und ihre Innovationsfähigkeit
466stärken. Die Koalition will da-
466für Investitionen fördern und
466gesellschaftliche Leistungen
466honorieren.

466Der Zugang zu landwirtschaft-
467lichen Nutzflächen ist ent-
467scheidend für eine nachhaltige
467Sicherung der Entwicklung
467landwirtschaftlicher Betriebe.
467Landwirtschaftliche Flächen dür-
467fen nicht als Spekulationsobjekte
467insbesondere überregionaler In-
467vestoren dienen. Den Vollzug des
467Grundstücksverkehrsgesetzes im
467Land Brandenburg werden wir
468entbürokratisieren und verein-
468heitlichen. Dabei prüfen wir die
468Möglichkeiten einer effektiven
468Preisbegrenzung. Wir setzen uns
468für die Begrenzung der steuer-
468lichen Vorteile für Investoren
468bei sogenannten "Share Deals"

468 sowie eine Anzeigepflicht und
468 einen Genehmigungsvorbehalt
468 von Anteilskäufen ein, um mehr
469 Transparenz und Gerechtigkeit
469 auf dem Bodenmarkt zu schaf-
469 fen. Bei Anteilskäufen juristischer
469 Personen setzen wir uns für
469 die Absenkung der Grenze zur
469 Erhebung der Grunderwerb-
469 steuer für landwirtschaftliche
469 Unternehmen auf 75 % und
469 die Abschaffung der doppelt
469 anfallenden Zahlungspflicht
470 der Grunderwerbsteuer bei der
470 Ausübung des siedlungsrecht-
470 lichen Vorkaufsrechts ein. Wir
470 werden die Flurneuordnungs-
470 verfahren beschleunigen, um
470 agrarstrukturelle Verbesserun-
470 gen schneller herbeizuführen.
470 Die Privatisierung von Grund und
470 Boden, der sich in öffentlicher
470 Hand befindet, soll auf ein Mi-
471 nimum reduziert werden. Wir
471 befürworten eine rechtssichere
471 Festschreibung des Endes des
471 Privatisierungsauftrags der BVG
471 und die Überführung der Flächen
471 in Landeshoheit.
471 Wir wollen Regelungen schaffen,
471 um die Inanspruchnahme land-
471 wirtschaftlicher Nutzfläche für
471 Ausgleichs- und Ersatzmaßnah-
472 men so gering wie möglich zu

472halten.

472Wir bringen die Brandenburger
472Interessen in die Reform der Ge-
472meinsamen Europäischen Agrar-
472politik (GAP) ein und setzen uns
472für die Beibehaltung der För-
472derstruktur aus 1. und 2. Säule
472ein. Die Ausgleichszulage und das
472Blühstreifenprogramm behalten
473wir bei. Der ökologische Land-
473bau ist in Brandenburg gut aufge-
473stellt.

473Ein wesentliches Anliegen der
473Koalition ist es, bürokratische
473Aufwendungen sowohl für die
473Land- und Ernährungswirt-
473schaftsbetriebe als auch für
473die Verwaltungen spürbar zu
473reduzieren. Wir vertrauen auf die
474gute fachliche Praxis der Fach-
474leute in den grünen Berufen. Die
474Koalition wird den begonnenen
474Bürokratieabbau beschleuni-
474gen, Prozesse vereinfachen und
474digitalisieren. Mit diesem Ziel be-
474gleiten wir auch die Verfahren auf
474den Ebenen der Europäischen
474Union und des Bundes. Vorgaben
474der Europäischen Union und des
475Bundes setzen wir um, ohne mit
475zusätzlichen landesrechtlichen
475Vorschriften den Bürokratieauf-
475wand zu erhöhen. So braucht es
475z. B. für den Einsatz von Pflanzen-

475 Schutzmitteln im konventionellen
475 und ökologischen Landbau einen
475 einheitlichen Rahmen in Europa
475 statt national abweichender
475 Regelungen.

476 Der ländliche Raum, der Land-
476 und Naturtourismus benötigen
476 weiterhin vielfältige Unterstüt-
476 zung. Wir würdigen die beson-
476 dere Leistung der Landfrauen
476 für den Zusammenhalt im länd-
476 lichen Raum. Die Koalition wird
476 das LEADER-Programm fortset-
476 zen und die ländliche Entwicklung
476 mit der Gemeinschaftsaufgabe
477 Agrarstruktur und Küstenschutz
477 (GAK) unterstützen.

477 Wir werden den Ackerbau wei-
477 terentwickeln, weil die klimati-
477 schen Veränderungen vielschich-
477 tige Anpassungsprozesse erfor-
477 dern. Im Fokus stehen dabei
477 Düngung, Pflanzenschutz, Pflan-
477 zenzüchtung und Bodenbearbei-
477 tung. Wir wollen die Straßen-
478 verkehrsvorschriften prüfen, um
478 die Benutzungsmöglichkeiten für
478 moderne Agrartechnik zu verbes-
478 sern.

478 Tierhaltung ist für die Wertschöp-
478 fung im ländlichen Raum ele-
478 mentar. Wir wollen viehhalten-
478 de Betriebe stärken, die Tierbe-
478 stände wieder stabilisieren und

4789möglichst erhöhen. Dazu wird
4790die Koalition die Nutztierstrate-
4791gie überarbeiten und zukunfts-
4792fähig ausgestalten. Ein Schwer-
4793punkt liegt auf der Weidetierhal-
4794tung. Wir unterstützen die Betrie-
4795be bei der Prävention gegen Tier-
4796krankheiten und Seuchen. Den
4797Tierschutz bei Haltung, Transport
4798und Schlachtung gewährleisten
4799wir durch die Unterstützung des
4800amtlichen Veterinärwesens, eine
4801Stärkung des Vollzugs und die
4802Förderung der mobilen Schlach-
4803tung. Gegenüber dem Bund set-
4804zen wir uns für eine bessere Re-
4805gulierung von Lebewesen trans-
4806porten in Drittländer ein.

4807Die Koalition wird Möglichkei-
4808ten prüfen, wie die Marktmacht
4809entlang der Wertschöpfungsket-
4810ten zugunsten von Produzentin-
4811nen und Produzenten regiona-
4812ler Agrarerzeugnisse ausgewo-
4813gen verteilt werden kann und ei-
4814ne diesbezügliche Bundesratsin-
4815itiative auf den Weg bringen, wo-
4816von im Ergebnis auch Verbrau-
4817cherinnen und Verbraucher pro-
4818fitieren.

4819Wissenschaft, Forschung und
4820Entwicklung zu Land- und Ernäh-
4821rungswirtschaft, Gartenbau und
4822Forstwirtschaft sowie Fisch- und

4823 Gewässerwirtschaft sind im Land
4824 Brandenburg breit aufgestellt.
4825 Dazu gehören Lehr- und Ver-
4826 suchsanstalten, Leibniz-Institute,
4827 die Hochschule in Eberswalde
4828 und eine Reihe weiterer Institute.
4829 Diese Vielfalt wollen wir erhalten
4830 und weiterentwickeln.

4831 Wie in vielen anderen Bereichen
4832 ist die Sicherung von Arbeits-
4833 Fach- und Führungskräften
4834 auch in den grünen Berufen
4835 eine wachsende Herausfor-
4836 derung. Gleiches gilt für den
4837 Nachwuchs, der bereit ist, einen
4838 landwirtschaftlichen Betrieb zu
4839 übernehmen. Daher fördert die
4840 Koalition die Junglandwirtinnen
4841 und Junglandwirte sowie das
4842 Kompetenzzentrum Landwirt-
4843 schaft und ländlicher Raum
4844 AGRARaktiv, um die Fachkräfte-
4845 situation im Land Brandenburg
4846 zu verbessern. Wir unterstützen
4847 die berufliche Weiterbildung
4848 in der Land- und Ernährungs-
4849 sowie Forstwirtschaft, u. a. in
4850 der Heimvolkshochschule am
4851 Seddiner See, führen das Projekt
4852 "Waldbauernschule" und das
4853 Projekt LANDaktiv, zur ländlichen
4854 Bildung von Schulkindern in den
4855 Klassen 1 bis 6, fort.

4856 Viele brandenburgische

485 Gartenbau- sowie Land- und
485 Ernährungswirtschaftsbetriebe
485 sind zudem ganz wesentlich
486 auf die Unterstützung durch
486 ausländische Saisonarbeitskräf-
486 te angewiesen. Mit dem Ziel,
486 gute Arbeitsbedingungen für
486 Saisonarbeitskräfte zu schaffen,
486 führt die Koalition die Runden
486 Tische "Gute Saisonarbeit" und
486 7 Ernährungswirtschaft" fort.

486 Die Koalition bekennt sich zum
486 Gartenbau mit seinen vielfältigen
487 Ausrichtungen. Wir unterstützen
487 den Gartenbau bei der Erarbei-
487 tung innovativer Konzepte. Wir
487 wollen berufsständisch getrage-
487 ne Mehrgefahrenversicherungen
487 für Gartenbaubetriebe fördern,
487 um deren betriebliche Risikovor-
487 sorge zu unterstützen. Wir set-
487 zen die Arbeit des Kleingartenbei-
487 rates fort und verstetigen die fi-
488 nanzielle Unterstützung. Die Lan-
488 desgartenschau 2027 in Witten-
488 berge soll modellhaft Vorschlä-
488 ge für die Zukunft von Kleingär-
488 ten im ländlichen Raum entwi-
488 ckeln. Landesgartenschauen sol-
488 den auch zukünftig langfristig ver-
488 geben und durchgeführt werden.
488 Die Brandenburg-Halle auf
488 der Grünen Woche in Berlin,
489 die Landwirtschaftsausstellung

489 BraLa in Paaren im Glien, die
489 Landpartie und das landesweite
489 Dorf- und Erntefest sind für
489 uns weiterhin wichtige Schau-
489 fenster der regionalen Agrar-
489 und Lebensmittelwirtschaft und
489 des ländlichen Raums, die wir
489 weiterentwickeln werden. Die
489 Marketingkampagne für regio-
490 nale Vermarktung führen wir
490 fort.

490 Der Landesbetrieb Forst Bran-
490 denburg ist ein Garant für
490 eine nachhaltige Bewirtschaf-
490 tung des Landeswaldes mit
490 Vorbildwirkung für alle Wald-
490 besitzerinnen und -besitzer.
490 Die Koalition wird die Struk-
490 tur des Landesforstbetriebes
491 beibehalten. Wir unterstützen
491 private und forstwirtschaftliche
491 Zusammenschlüsse und stärken
491 Forstbetriebsgemeinschaften.

491 Wir führen den Waldumbau
491 weiter, um stabile und gesunde
491 Waldbestände zu erreichen.
491 Dazu zählt auch die gezielte
491 Reduzierung von Wildtierbestän-
491 den. Ziel ist eine nachhaltige
492 Waldbewirtschaftung, die die
492 Nutzung des Rohstoffes Holz
492 genauso einschließt, wie die
492 Aufrechterhaltung der Klima-
492 schutzfunktion des Waldes.

492 Dazu überprüfen wir auch die
492 Flächenkulisse "Naturwaldent-
492 wicklung" im Landeswald. Die
492 Koalition unterstützt die Ar-
492 beit der Brandenburgischen
493 Pilzsachverständigen. Kampfmit-
493 telberäumung auf Waldflächen
493 und die Förderung von Lösch-
493 wasserbrunnen führen wir fort.
493 Mit diesen Maßnahmen wird
493 zugleich ein Beitrag zur Wald-
493 brandprävention geleistet. Wir
493 prüfen die Einrichtung einer
493 weiteren Waldarbeitsschule im
493 Süden von Brandenburg.

494 Das Jagdwesen in Brandenburg
494 stützt sich auf das ehrenamtliche
494 Engagement der Jägerinnen und
494 Jäger. Dabei kommt den Jagd-
494 genossenschaften eine besonde-
494 re Bedeutung zu. Wir werden
494 das Jagdrecht novellieren und
494 die Jagdverordnung überarbei-
494 ten. Wir werden alle Möglichkei-
494 ten nutzen, um ein Bestandsma-
495 nagement für den Wolf und den
495 Biber einzuführen. Im Bund set-
495 zen wir uns für die notwendigen
495 rechtlichen Änderungen ein.

495 Wir unterstützen die Erwerbs-
495 fischerei und die organisierte
495 Anglerschaft und anerkennen
495 die Bedeutung der Teichwirt-
495 schaften für die Erhaltung der

4959 Artenvielfalt. Die traditionelle
4960 Fluss- und Seenfischerei und die
4961 Karpfenteichwirtschaft haben
4962 in Brandenburg eine lange Tra-
4963 dition und sind damit Teil der
4964 Landesgeschichte. Anträge zur
4965 Aufnahme in das Verzeichnis
4966 des immateriellen Kulturerbes
4967 werden wir unterstützen.

4968 Die Koalition unterstützt die wert-
4969 volle Arbeit der Imker, die maß-
4970 geblich zum Erhalt der Biodiversi-
4971 tät beiträgt.

4972 Pferdesport und Pferdezucht er-
4973 freuen sich im Land Brandenburg
4974 großer Beliebtheit. Die Koalition
4975 bekennt sich zur Rennbahn Hop-
4976 pegarten und zum Brandenbur-
4977 gischen Haupt- und Landgestüt
4978 in Neustadt (Dosse) sowie des-
4979 sen erfolgreicher Arbeit. Sie wird
4980 die Stiftung Brandenburgisches
4981 Haupt- und Landgestüt auch zu-
4982 künftig fördern und mit Landes-
4983 mitteln unterstützen.

4984

4985 ⁴⁴9.2 Klimawandel und -
4986 anpassung, Umwelt, Naturschutz
4987 und Wasser Die Koalition be-
4988 trachtet Natur und Umwelt als
4989 wichtige Entwicklungsgrundlage
4990 des Landes. Wir nehmen die
4991 Auswirkungen des Klimawandels
4992 ernst und werden notwendige

499 Gegen- und Anpassungsstrate-
499gien umsetzen und weiterent-
499wickeln. Wir wollen bis 2045
499klimaneutral wirtschaften. Die
499Klimaneutralität erfordert, dass
499in allen Lebens- und Wirtschafts-
499bereichen insgesamt keine
500klimaschädlichen Treibhaus-
500gase mehr ausgestoßen oder
500nicht vermeidbare ausgeglichen
500werden.

500 Wir stehen für einen Klima-
500schutz mit den Menschen.
500Klimaschutzmaßnahmen müs-
500sen sozialverträglich gestaltet
500werden und dürfen das Le-
500ben der Menschen nicht durch
501überbordende Bürokratie ver-
501komplizieren. Das schmälert
501die Akzeptanz für notwendige
501Klimaschutzmaßnahmen.

501 Die Koalition wird den Klima-
501plan des Landes Brandenburg ge-
501meinsam mit Landnutzern, Land-
501eigentümern, Unternehmen, Bür-
501gerinnen und Bürgern und Kom-
501munen umsetzen und weiter-
502entwickeln. Wir bekennen uns
502zu den Prinzipien der nachhalti-
502gen Entwicklung und werden die
502Nachhaltigkeitsstrategie des Lan-
502des Brandenburg im Dreiklang
502aus Ökologie, Ökonomie und So-
502zialem umsetzen. Wir führen die

502 Koordinierungsstelle Nachhaltig-
502 keit und die Koordinierung der
502 Umsetzung des Klimaplanes admi-
503 nistrativ zusammen. Der Klima-
503 beirat berät die Landesregierung
503 gleichzeitig bei der Umsetzung
503 der Nachhaltigkeitsstrategie.

5034

5035

5036 **Umwelt und Naturschutz**

5037 Unsere Naturreichtümer sind der
5038 größte Schatz unserer Heimat.
5039 Die Koalition will die natürlichen
5040 Ressourcen und Lebensräume
5041 bewahren, um die Lebensgrund-
5042 lagen für heutige und zukünftige
5043 Generationen zu sichern. Un-
5044 sere Großschutzgebiete sind
5045 Bestandteil der Nationalen Na-
5046 turlandschaften Brandenburgs.
5047 Wir wollen diese weiter sichern
5048 und Natur- und Artenschutz
5049 noch stärker mit nachhaltiger
5050 Regionalentwicklung verbinden.
5051 Die Koalition setzt sich dafür ein,
5052 dass Grünanlagen, Gärten und
5053 Parks in Siedlungsräumen stär-
5054 ker als bisher zur Förderung der
5055 biologischen Vielfalt herangezo-
5056 gen werden. Das Instrument des
5057 Vertragsnaturschutzes setzen wir
5058 zur Sicherung der biologischen
5059 Vielfalt auch weiterhin ein.
5060 Im Interesse von Gesundheit und

5061 Lebensqualität unterstützen wir
5062 die Kommunen bei der Planung
5063 und Umsetzung von notwendi-
5064 gen Lärmschutz- und Luftreinhal-
5065 tungsmaßnahmen in Siedlungs-
5066 gebieten.

5067 Wir überprüfen die Verord-
5068 nungen zu den Landschafts-
5069 schutzgebieten. Zielstellung
5070 ist es, die Bewahrung von Na-
5071 tur und Landschaft mit einer
5072 nachhaltigen kommunalen und
5073 regionalen Entwicklung in Ein-
5074 klang zu bringen und Bürokratie
5075 abzubauen. So sollen die Errich-
5076 tung von landschaftsintegrierten
5077 Agri-Photovoltaik-Anlagen und
5078 kommunale sowie gewerbliche
5079 Investitionen in Ortsrandla-
5080 gen ermöglicht werden. Sied-
5081 lungsbereiche sollen aus den
5082 Landschaftsschutzgebieten aus-
5083 gegliedert werden. Die Verfahren
5084 dazu wollen wir beschleunigen.

5085

5086 **Wasser**

5087 Wasser ist die Grundlage allen
5088 Lebens und unverzichtbar. Der
5089 verantwortungsvolle und scho-
5090 nende Umgang mit Wasserres-
5091 sourcen ist daher entscheidend,
5092 um die nachhaltige Nutzung und
5093 den Schutz dieses lebenswichti-
5094 gen Elements zu gewährleisten.

509 Die Koalition bekräftigt den
509 Grundsatz, dass die öffentliche
509 Wasserversorgung Vorrang vor
509 anderen Benutzungen haben
509 muss.

510 Die Koalition wird die Verbes-
510 serung des Landschaftswasser-
510 haushaltes intensiv bearbeiten.

510 Die erforderlichen Maßnahmen
510 bei der mengen- und qualitäts-
510 bezogenen Bewirtschaftung
510 des Grund- und Oberflächen-
510 wassers, der bezahlbaren öf-
510 fentlichen Wasserversorgung
510 und Abwasserentsorgung, der
511 Wasserrückhaltung, der Was-
511 serwiederverwendung, der
511 Umsetzung des Landesnied-
511 rigwasserkonzepts sowie zur
511 Bewältigung der Folgen des
511 Braunkohlenbergbaus setzen
511 wir schrittweise um. Wir werden
511 Strategien weiterentwickeln und
511 zentral zusammenführen, um
511 Wasser in der gesamten Fläche
512 des Landes besser zu halten und
512 die regionalen Potenziale besser
512 zu nutzen.

512 Wir werden das Brandenbur-
512 gische Wassergesetz mit dem
512 Ziel einer nachhaltigen und kli-
512 maangepassten Wasserver- und
512 entsorgung sowie Wasserwie-
512 derverwendung weiterentwi-

5129ckeln. Wir werden die wasser-
5130baulichen Anlagen ertüchtigen,
5131die Verfahren zur Errichtung
5132wasserbaulicher Anlagen be-
5133schleunigen und kleinräumige
5134Steuerungsmöglichkeiten zum
5135Wohle des Wasserhaushaltes
5136besser nutzen. Wir werden die
5137Einführung einer Gewässerka-
5138tegorie dritter Ordnung prüfen,
5139um kleine Gewässer besser zu
5140schützen.

5141Die Koalition wird ein aktives
5142Wassermanagement voranbrin-
5143gen. Dazu gehören insbesondere
5144die Erarbeitung der gemeinsa-
5145men Wasserstrategie mit Berlin
5146und die gemeinsame Wasserbe-
5147wirtschaftung mit Sachsen für
5148die Lausitz, um insbesondere
5149den Wasserhaushalt von Spree,
5150Neiße und Schwarzer Elster
5151zu stabilisieren. Wir werden den
5152"Strategischen Gesamtplan Spree
5153zur Senkung der bergbaubeding-
5154ten Stoffeinträge in die Spree und
5155deren Zuflüsse in der Lausitz"
5156weiterhin umsetzen und fortent-
5157wickeln. Zudem werden wir die
5158Entwicklung von Anlagen der 4.
5159Reinigungsstufe voranbringen,
5160um noch mehr Wasser in regio-
5161nalen Kreisläufen zu halten. Wir
5162werden die zusätzliche Auswei-

5163ung von Wasserschutzgebieten
5164überprüfen.

5165Starkregenereignisse haben im
5166Jahr 2024 in vielen europäischen
5167Ländern zu verheerenden Zer-
5168störungen geführt und einmal
5169mehr verdeutlicht, dass Maß-
5170nahmen zum Hochwasserschutz
5171essenziell sind, um Schäden an
5172Leben, Eigentum und Umwelt zu
5173verhindern. Die Koalition wird
5174deshalb Hochwasserschutzmaß-
5175nahmen für das Land weiter
5176konsequent vorantreiben. ⁴⁵10

5177Toleranz, Demokratie, Ehrenamt
5178und Medienpolitik ⁴⁶10.1 Tole-

5179ranz, Demokratie und Ehrenamt
5180Unsere Heimat Brandenburg
5181steht seit Jahrhunderten für
5182eine Kultur der Toleranz und
5183Weltoffenheit. Der Erhalt de-
5184mokratischer Strukturen, die
5185demokratische Aushandlungs-
5186prozesse gewährleisten, ist kein
5187Selbstlauf. Demokratie braucht
5188Meinungsfreiheit. Es gilt immer
5189wieder Kompromisse zwischen
5190allen gesellschaftlichen Gruppen
5191des Landes zu finden. Politik
5192muss sich dabei an den Be-
5193dürfnissen und Interessen der
5194Bevölkerung orientieren.

5195Rechtsextremismus und Rassis-
5196mus gefährden die Demokratie

5197 und das friedliche Zusammenle-
5198 ben in Brandenburg. Deshalb ist
5199 es wichtiger denn je, den zivil-
5200 gesellschaftlichen Kräften, die für
5201 Demokratie und Toleranz stehen,
5202 den Rücken zu stärken. Dazu stär-
5203 ken wir das zivilgesellschaftliche
5204 Beratungssystem.

5205 Die Koalition wird das Handlungs-
5206 konzept Tolerantes Brandenburg
5207 mit dem Bündnis für Branden-
5208 burg sowie die Programme und
5209 Projekte zur Demokratiestärkung
5210 und des Kampfes gegen Extre-
5211 mismus evaluieren, weiterentwi-
5212 ckeln und umsetzen. Konzepte
5213 gegen Rassismus, Islamismus
5214 und Antisemitismus werden wir
5215 fortschreiben und Schritt für
5216 Schritt umsetzen. Wir setzen auf
5217 eine enge Zusammenarbeit des
5218 Antisemitismus-Beauftragten
5219 des Landtages Brandenburg und
5220 der Brandenburger Fachstelle
5221 Antisemitismus. Eine starke
5222 Demokratie braucht eine gute
5223 politische Bildung. Wir werden
5224 die Demokratie an den Schulen
5225 stärken, indem wir die Instru-
5226 mente der Demokratiebildung
5227 an unseren Schulen ausbauen.
5228 Die Landeszentrale für politische
5229 Bildung soll stärker vor Ort in den
5230 Regionen wirken und ihr digitales

523 Angebot ausbauen.

523 Akzeptanz von Demokratie hat
523 auch mit Gerechtigkeitsempfin-
523 den, Identifikation und Verständ-
523 nis zu tun. Noch immer gibt
523 es große Unterschiede zwischen
523 Ost- und Westdeutschland bei
523 Löhnen, Renten und Vermögen.
523 Wir setzen uns dafür ein, ost-
524 deutsche Perspektiven einzubrin-
524 gen und die große Repräsenta-
524 tionslücke zu verkleinern. Ost-
524 deutsche sind in Führungsposi-
524 tionen von Verwaltung und Jus-
524 tiz, Wirtschaft und Medien, Wis-
524 senschaft und Kultur unterreprä-
524 sentiert. Wir sind uns einig, dass
524 mehr Ostdeutsche in leitenden
524 Positionen arbeiten sollen und
525 begreifen das als Auftrag. Gerade
525 Menschen mit ostdeutscher Her-
525 kunft sollen über Rückkehrpro-
525 gramme und Beratungsangebo-
525 te gezielt Anreize erhalten, in die
525 frühere Heimatregion zurückzu-
525 kehren. In diesem Sinne unter-
525 stützen wir die Rückkehr- und Zu-
525 zugsinitiativen in Brandenburg.
525 Lebendige Demokratie und
526 bürgerschaftliches Engagement
526 gehören zusammen. Mehr als
526 **800.000 Menschen** in Branden-
526 burg **engagieren sich** freiwillig
526 und stärken so das demokrati-

5265che Miteinander. Die Kommu-
5266nen sind hier wichtiger Partner.
5267Hier findet bürgerschaftliches
5268Engagement konkret statt. Wir
5269unterstützen die regionalen
5270Partnerschaften für Demokratie
5271sowie die Landesarbeitsgemein-
5272schaft der Freiwilligenagenturen,
5273die bürgerschaftliches Engage-
5274ment vor Ort mit Beratungs-
5275und Vernetzungsstrukturen
5276befördern.

5277Der Staat ist auf die Mitwirkung
5278seiner Bürgerinnen und Bürger
5279angewiesen. Er muss dafür gute
5280Voraussetzungen schaffen, En-
5281gagierten zur Seite stehen und
5282Lust machen auf Beteiligung.
5283Bürgerschaftliches Engagement
5284lebt von Dialog, Austausch
5285und Vernetzung. Dafür soll das
5286Landesnetzwerk Bürgerschaft-
5287liches Engagement (LBE) weiter
5288gestärkt werden. Zusammen
5289mit der Zivilgesellschaft, der
5290kommunalen Ebene und dem
5291Landesnetzwerk Bürgerschaftli-
5292ches Engagement wollen wir eine
5293Strategie für bürgerschaftliches
5294Engagement erarbeiten. Die
5295Koordinierungsstelle Ehrenamt
5296und bürgerschaftliches Engage-
5297ment in der Staatskanzlei bleibt
5298Informations- und Servicestelle

529 sowie Ansprechpartnerin für
530 Vereine, Verbände, Stiftungen,
531 Initiativen, Kommunen sowie
532 engagierte Bürgerinnen und
533 Bürger. Die Unterstützung des
534 ehrenamtlichen Engagements
535 erfolgt auf breiter Basis durch
536 alle Fachressorts. Die Koalition
537 wird die Kultur der Anerkennung,
538 Sichtbarmachung und Würdi-
539 gung fortführen und weiterent-
540 wickeln. Die Ehrenamtskarte
541 wird als gemeinsames Projekt
542 mit Berlin attraktiver gestaltet
543 und als App angeboten.

544 Wir prüfen die Unterstützung
545 unserer gemeinnützigen Vereine
546 durch eine Vereinbarung mit der
547 Gema. Ziel soll sein, dass das
548 Land die Gebühren für einige
549 Veranstaltungen übernimmt.

5320

5321 ⁴⁷10.2 Medienpolitik und Lo-
5322 kaljournalismus Meinungs- und
5323 Pressefreiheit gehören zu den
5324 Grundfesten der Demokratie. Die
5325 Koalition wird die Freiheit der Me-
5326 dien und ihre Unabhängigkeit si-
5327 chern. Sie sieht den öffentlich-
5328 rechtlichen Rundfunk als eine tra-
5329 gende Säule der unabhängigen
5330 Berichterstattung in der Bundes-
5331 republik an. Gleichwohl bedarf
5332 es auch im öffentlich-rechtlichen

533 Rundfunk tiefgreifender Refor-
533 men, um alle Teile der Gesell-
533 schaft anzusprechen und seine
533 Akzeptanz zu sichern.

533 Brandenburg und Berlin haben
533 mit dem neuen rbb-Staatsvertrag
533 bereits eine umfassende Reform
534 des rbb auf den Weg gebracht.
534 Damit haben die Länder auch
534 die Konsequenzen aus der Krise
534 beim rbb gezogen.

534 Die Koalition setzt sich auch in
534 der Rundfunkkommission der
534 Länder für eine Reform des
534 öffentlich-rechtlichen Rundfunks
534 ein. Ziel ist es, auch bundes-
534 weit schlankere, effizientere
535 Strukturen und einen stabi-
535 len Rundfunkbeitrag für die
535 nächsten Jahre zu erreichen.
535 Darüber hinaus müssen im
535 öffentlich-rechtlichen Rundfunk
535 journalistische Standards weiter
535 gestärkt, die Beschäftigungs-
535 situation der Mitarbeitenden
535 verbessert und zu hohe Gehälter
535 gesenkt werden.

536 Die lokalen und regionalen priva-
536 ten Medien sind für Information,
536 Miteinander und den Austausch
536 in der gesamten Fläche des Lan-
536 des wichtig. Die Koalition wird
536 die staatsferne Förderung lokal-
536 journalistischer Angebote durch

5367die Landesmedienanstalt Berlin-
5368Brandenburg fortsetzen und wei-
5369terentwickeln.

5370Wir wollen, dass es auch in der
5371Fläche unseres Landes digitalen
5372Radioempfang und lokale Nach-
5373richtenangebote gibt. Deshalb
5374werden wir durch die Landesme-
5375dienanstalt Berlin-Brandenburg
5376die digitale Hörfunkverbreitung
5377und lokale Informationsangebote
5378staatsfern fördern.

5379Um die Landesmedienanstalt
5380Berlin-Brandenburg in die Lage
5381zu versetzen, die Förderun-
5382gen durchzuführen und ihre
5383Aufgaben bei der Medienauf-
5384sicht (etwa Bekämpfung von
5385Kinderpornographie) bei gleich-
5386zeitiger Wahrung der Presse-
5387und Meinungsfreiheit angemes-
5388sen wahrzunehmen, werden
5389wir gemeinsam mit Berlin den
5390Medienstaatsvertrag Berlin-
5391Brandenburg novellieren und
5392den Vorwegabzug reduzieren.

5393Wir werden das digitale Lern-
5394angebot „Zeitung in der Schule“
5395finanziell fördern und in den
5396Schulen regelhaft etablieren. Das
5397Zeitungsprojekt stärkt die Medi-
5398enbildung und insbesondere die
5399digitalen Medienkompetenzen.

5400⁴⁸11 Haushalt und Finanzen Der

540 Brandenburger Haushalt steht
540 nach mehreren Krisenjahren vor
540 enormen Herausforderungen.
540 Für die politische Handlungs-
540 fähigkeit ist eine realitätsori-
540 entierte, dauerhaft tragfähige
540 Gestaltung von Einnahmen
540 und Ausgaben unabdingbare
540 Voraussetzung. In der nun be-
541 ginnenden Legislaturperiode
541 müssen zunächst bestehende
541 Verpflichtungen finanziell abge-
541 sichert und sodann durch das
541 Land gesetzte Standards mit
541 neuen Herausforderungen abge-
541 wogen werden. Alle Maßnahmen
541 des Koalitionsvertrages stehen
541 ebenso unter dem Vorbehalt der
541 Finanzierbarkeit (Haushaltsvor-
542 behalt).

5421

5422 **Schuldenbremse**

5423 Die Schuldenbremse hat im aktu-
5424 ellen wirtschaftlichen Umfeld den
5425 Realitätscheck nicht bestanden.
5426 Wir werden uns daher für ihre Ab-
5427 schaffung einsetzen. Es ist unser
5428 Ziel, die Spielräume für öffent-
5429 liche Investitionen zu erweitern.
5430 Wir unterstützen entsprechende
5431 Reformen. Wir prüfen rechtlich
5432 bestehende Möglichkeiten zur Fi-
5433 nanzierung (finanzielle Transakti-
5434 on) insbesondere im Bereich von

5435 Investitionsvorhaben.

5436

5437 **Investitionsbank des Landes**
5438 **Brandenburg (ILB)**

5439 Öffentliche Förderungen sind
5440 elementar für die wirtschaftliche
5441 Entwicklung in Brandenburg.
5442 Die Investitionsbank des Lan-
5443 des Brandenburg als zentrales
5444 Förderinstitut des Landes ver-
5445 fügt bereits über viel Erfahrung
5446 und Expertise. Diese Exper-
5447 tise soll noch mehr genutzt
5448 werden. Ziel ist es, noch mehr
5449 Förderprogramme bei der ILB zu
5450 konzentrieren. Zudem soll zur
5451 effizienteren Umsetzung die ILB
5452 mit mehr Eigenverantwortung
5453 ausgestattet werden.

5454

5455 **Finanzverwaltung**

5456 Die Koalition wird die Vor-
5457 aussetzung für die digitale
5458 Transformation der branden-
5459 burgischen Steuerverwaltung
5460 schaffen. Hier gehört insbeson-
5461 dere der vollständige Ausbau der
5462 elektronischen Eingangs- und
5463 Ausgangskommunikation, die
5464 Teil- und Vollautomatisierung
5465 der Bearbeitungsprozesse sowie
5466 die Einführung einer zentralen
5467 Hotline als primäre Anlaufstelle
5468 für alle steuerlichen Belange.

546 Wesentlich für den Erfolg sind
547 verbesserte Kommunikations-
547 strukturen und eine entspre-
547 chende Steuerung der Finanz-
547 ämter. Dazu kann die Errichtung
547 eines Landesamtes für Steuern
547 geprüft werden.

547 Wir werden Steuerhinterziehung
547 konsequent bekämpfen.⁴⁹ 12 Zu-
547 sammenarbeit und Organisatori-
547 sches⁵⁰ **Grundsätze der Zusam-**
548 **menarbeit**

548 Die Koalitionsvereinbarung gilt
548 für die Dauer der 8. Legislatur-
548 periode des Landtags Branden-
548 burg. SPD und BSW werden die-
548 se Vereinbarung zum Wohle des
548 Landes und seiner Bürgerinnen
548 und Bürger umsetzen. Die Koali-
548 tionspartner tragen für die ge-
548 samte Politik der Koalition ge-
549 meinsam Verantwortung. Sie ste-
549 hen für einen respektvollen Um-
549 gang und eine vertrauensvolle
549 Zusammenarbeit ein. Sie achten
549 die unterschiedlichen Positionen
549 und Grundüberzeugungen.

549 Die Koalitionspartner sind sich ei-
549 nig, dass Entscheidungen in Fra-
549 gen von grundsätzlicher Bedeu-
549 tung, die nicht ausdrücklich Ge-
550 genstand der Koalitionsvereinba-
550 rung sind, nicht gegen den Wil-
550 len des anderen Partners getrof-

5503fen werden.

5504Um Fragen von grundsätzlicher
5505Bedeutung in Umsetzung der Ko-
5506alitionsvereinbarung zu erörtern,
5507wird ein Koalitionsausschuss ge-
5508bildet, der regelmäßig, mindes-
5509tens einmal im Vierteljahr tagt. Er
5510tritt auch zusammen, wenn einer
5511der Partner dies für notwendig
5512erachtet.

5513Der Koalitionsausschuss besteht
5514aus zehn Personen. Ihm gehören
5515der Ministerpräsident, der stell-
5516vertretende Ministerpräsident,
5517die Fraktions- und die Landes-
5518vorsitzenden sowie die General-
5519sekretäre der Koalitionsparteien
5520bzw. ein weiteres Mitglied an.
5521Ständiger Gast ist die Chefin
5522oder der Chef der Staatskanzlei.
5523Bei Personalunion entscheidet
5524der jeweilige Koalitionspartner
5525über die Besetzung der freien
5526Stelle. Bei Bedarf können zu den
5527Beratungen von Einzelfragen
5528weitere Vertreterinnen oder
5529Vertreter zugezogen werden. Die
5530Ergebnisse der Beratungen des
5531Koalitionsausschusses werden
5532schriftlich festgehalten.

5533

5534**Zusammenarbeit im Landtag**

5535Zur Abstimmung über die par-
5536lamentarische Zusammenarbeit

553 findet zwischen den Regierungs-
553 fraktionen ein enger und regel-
553 mäßiger Austausch statt. Dazu
554 treffen sich die Fraktionsvorsit-
554 zenden und die parlamentari-
554 schen Geschäftsführer regelmä-
554 ßig.

554 Die Koalitionspartner werden An-
554 träge (Gesetzentwürfe, sonstige
554 Anträge, Große Anfragen) nur ge-
554 meinsam in den Landtag einbrin-
554 gen. Anträge und Initiativen an-
554 derer Fraktionen, Gruppen oder
555 Abgeordneter werden grundsätz-
555 lich abgelehnt. Davon kann abge-
555 wichen werden, wenn im gegen-
555 seitigen Einvernehmen eine an-
555 dere Vorgehensweise vereinbart
555 wurde. Über Anträge zu Aktuellen
555 Stunden informieren die Koali-
555 tionspartner sich rechtzeitig ge-
555 genseitig.

555 Die Koalitionspartner verpflich-
556 ten sich, im Landtag Branden-
556 burg, in seinen Ausschüssen
556 und weiteren Gremien gemein-
556 sam aufzutreten und nicht mit
556 wechselnden Mehrheiten abzu-
556 stimmen. Die Koalitionspartner
556 bereiten Ausschusssitzungen ge-
556 meinsam vor. Die betreffenden
556 Mitglieder der Landesregierung
556 bzw. ihre Staatssekretärinnen
557 und Staatssekretäre können an

557 diesen Sitzungen teilnehmen.

557 **Zusammenarbeit in der Lan-**
557 **desregierung**

557 Mitglieder der Landesregierung
557 sind der Ministerpräsident sowie
557 die Ministerinnen und Minister.

557 Der Ministerpräsident bestellt
557 auf Vorschlag des BSW ein Mit-
557 glied der Landesregierung zur
558 stellvertretenden Ministerprä-
558 sidentin oder zum stellvertre-
558 tenden Ministerpräsidenten.

558 Die/der Regierungssprecher/in
558 wird auf Vorschlag der SPD,
558 die/der stellvertretende Regie-
558 rungssprecher/in auf Vorschlag
558 des BSW bestellt.

558 An den Kabinettsitzungen neh-
558 men die Ministerinnen und
559 Minister, die Chefin/der Chef
559 der Staatskanzlei, im Fall der
559 Verhinderung der Ministerin/des
559 Ministers die/der jeweilige
559 Staatssekretärin/Staatssekre-

559 tär, die/der Bevollmächtigte
559 des Landes beim Bund, die/der
559 Regierungssprecherin/ Regie-
559 rungssprecher und die/der
559 stellvertretende Regierungsspre-
560 cherin/Regierungssprecher teil.

560 Die Staatskanzlei stellt die Pro-
560 tokollführung. Die Vorsitzenden
560 der Koalitionsfraktionen können
560 ohne Stimmrecht – teilnehmen.

560 Die Koalitionspartner verpflichten sich bei Abstimmungen im Kabinett zu gegenseitiger Rücksichtnahme. Bei Grundsatzfragen wird keine der beiden Seiten überstimmt. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit abweichender Voten einzelner Ministerinnen und Minister in Sachfragen.

561 Die Koalitionspartner und die Ressortchefinnen/Ressortchefs verpflichten sich, die Diskussion vor Verabschiedung des Entwurfs des jeweiligen Haushaltes kabinettsintern zu führen.

562 Die Finanzministerin / der Finanzminister unterrichtet den Ministerpräsidenten und den stellvertretenden Ministerpräsidenten, bevor er haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (z. B. nach § 41 LHO) ergreift oder andere grundsätzliche Entscheidungen im Haushaltsvollzug trifft. Wenn eine Einigung über die jeweilige Maßnahme nicht erzielt werden kann, ist vor deren Umsetzung der Koalitionsausschuss zu befassen.

563 Alle Kabinettsvorlagen und Vorlagen an den Landtag sind unbeschadet der Zuständigkeitsregelungen im Übrigen rechtzeitig

5639 mit dem Ressort des stellvertre-
5640 tenden Ministerpräsidenten ab-
5641 zustimmen (Mitzeichnung).

5642 Regierungserklärungen des Mi-
5643 nisterpräsidenten sind im Kabi-
5644 nett mindestens eine Woche vor
5645 ihrer Abgabe einvernehmlich zu
5646 beraten.

5647 Die Staatskanzlei und die Mi-
5648 nisterien tauschen die Einla-
5649 dungen und Protokolle für die
5650 Ministerpräsidenten- und die
5651 Fachministerkonferenzen zum
5652 frühestmöglichen Zeitpunkt aus.

5653 Die Fachminister unterrichten
5654 rechtzeitig über strittige Punkte
5655 von politischer Bedeutung in
5656 Fachministerkonferenzen.

5657 Der Ministerpräsident unterrich-
5658 tet den stellvertretenden Minis-
5659 terpräsidenten im Sinne einer
5660 vertrauensvollen Zusammenar-
5661 beit über alle staatsleitenden
5662 Entscheidungen und wichtigen
5663 Termine.

5664 Vertreter beider Koalitionspart-
5665 ner sind in den von der Landesre-
5666 gierung zu besetzenden Gremien
5667 angemessen vertreten. Die Be-
5668 setzung von Kommissionen, Bei-
5669 räten usw. erfolgt im Benehmen.

5670 Die Geschäftsordnung der Lan-
5671 desregierung wird entsprechend
5672 den Regelungen im Koalitionsver-

5673trag überarbeitet.

5674

5675 **Struktur der Landesregierung**

5676 Die SPD hat das Vorschlagsrecht
5677 für folgende Ressorts:

- 5678 • Staatskanzlei
- 5679 • Ministerium des Innern und
5680 für Kommunales
- 5681 • Ministerium für Land-
5682 und Ernährungswirtschaft,
5683 Umwelt und Verbraucher-
5684 schutz
- 5685 • Ministerium für Bildung, Ju-
5686 gend und Sport
- 5687 • Ministerium für Wissen-
5688 schaft, Forschung und
5689 Kultur
- 5690 • Ministerium für Wirtschaft,
5691 Arbeit, Energie und Klima-
5692 schutz
- 5693 • Ministerium der Justiz

5694

5695 Das BSW hat das Vorschlagsrecht
5696 für folgende Ressorts:

- 5697 • Ministerium der Finanzen
5698 und für Europa
- 5699 • Ministerium für Infrastruk-
5700 tur und Landesplanung
- 5701 • Ministerium für Gesundheit
5702 und Soziales

5703

5704 **Abstimmungsverhalten im** 5705 **Bundesrat**

5706 Das Land Brandenburg wird

5707 seine grundgesetzlichen Auf-
5708 gaben im Bundesrat im Sinne
5709 einer konstruktiven Mitgestal-
5710 tung gegenüber dem Bund und
5711 anderen Bundesländern wahr-
5712 nehmen. Die Koalitionspartner
5713 einigen sich im Einzelfall über das
5714 Abstimmungsverhalten im Bun-
5715 desrat. Dabei werden folgende
5716 Prämissen zu Grunde gelegt:

- 5717 • Die Interessen des Landes
5718 haben absoluten Vorrang.
- 5719 • Wortlaut und Geist dieser
5720 Koalitionsvereinbarung
5721 sind zu berücksichtigen.
5722 Sie sind Grundlage der
5723 vereinbarten Politik.
- 5724 • Es werden nur solche Fra-
5725 gen als strittig gestellt, die
5726 nach Auffassung eines Ko-
5727 alitionspartners von grund-
5728 sätzlicher Bedeutung sind.
- 5729 • Kommt eine Einigung nicht
5730 zustande, enthält sich das
5731 Land der Stimme. Diese Ver-
5732 einbarung gilt auch für alle
5733 schon bislang in den Bun-
5734 desrat eingebrachten Initia-
5735 tiven, die noch nicht abge-
5736 schlossen sind.

5737 Beide Koalitionspartner ver-
5738 ständigen sich für besondere
5739 Einzelfälle, in denen über die
5740 Einhaltung der vorgenann-

5741ten Prinzipien keine Einigung
5742hergestellt werden kann, im
5743Koalitionsausschuss im kon-
5744sensualen Verfahren auf eine für
5745beide Partner akzeptable Lösung.
5746Dabei sind auch die Chancen der
5747Konsensfindung durch Anrufung
5748des Vermittlungsausschusses
5749auszuloten.

5750

5751 **Beiräte**

5752Die Mitglieder der Landesregie-
5753rung können zu ihrer Beratung
5754in ihrem Geschäftsbereich Gre-
5755mien oder Beiräte bestellen. Die
5756Einrichtung oder Fortführung von
5757Beiräten und institutionalisierten
5758Beratungsgremien ist dem Kabi-
5759nett zur Entscheidung vorzule-
5760gen.

5761Gremien und Beiräte sind zu
5762verpflichten, auf die Beratungstä-
5763tigkeit gegenüber der jeweiligen
5764Fachministerin bzw. dem jewei-
5765ligen Fachminister hinzuweisen.
5766Beratungstätigkeit gegenüber
5767der Landesregierung ist ausge-
5768schlossen, es sei denn, sie wird
5769ausdrücklich gewünscht. Die Be-
5770stellung erfolgt maximal bis zum
5771Ende der Legislaturperiode; die
5772Mitgliederzahl ist grundsätzlich
5773auf maximal 10 zu begren-
5774zen. Um eine Verknüpfung von

5775 Ressort- und Beiratsinteressen
5776 zu vermeiden, dürfen Ressort-
5777 vertreter nicht Mitglieder dieser
5778 Beiräte sein oder ihnen inhaltlich
unmittelbar zuarbeiten. Orga-

-
- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23
 - 24
 - 25
 - 26
 - 27
 - 28
 - 29
 - 30
 - 31
 - 32
 - 33
 - 34
 - 35
 - 36
 - 37
 - 38
 - 39
 - 40
 - 41

nisatorische Unterstützung ist
möglich.

42
43
44
45
46
47
48
49
50